

Stand: 30.12.2025 08:01:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2870

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2870 vom 17.09.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 25 vom 30.09.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4667 des HA vom 04.12.2014
4. Beschluss des Plenums 17/4778 vom 11.12.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 24.12.2014



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)

A) Problem

Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/2016 ist die finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs zu überprüfen und ist das Finanzausgleichsgesetz entsprechend anzupassen. Änderungsbedarf besteht in folgenden Punkten:

- Die aktuelle Zahl der Personen mit Nebenwohnung wurde im Rahmen des Zensus 2011 nicht festgestellt.
- Die Pauschalen nach Art. 13a und 13b FAG sind seit dem Jahr 2011 als Festbetrag ausgestaltet. Seither hat sich die Länge der Straßen, für die die Kommunen Träger der Straßenbaulast sind, geändert. Außerdem haben sich nach dem Zensus 2011 Änderungen in der Straßenbaulastträgerschaft von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes- und Staatsstraßen ergeben.

B) Lösung

I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2015 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtert (Art. 23 Abs. 1 FAG). Grundlagen waren die Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, die Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und der Ausblick auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2015. Danach ist die finanzielle Lage der bayerischen Kommunen nach wie vor als gut zu bewerten. Die Auswertung der Einzelindikatoren lässt in der Gesamtschau weiterhin eine für die Kommunen im Vergleich zum Staatshaushalt günstigere Ausgangslage erkennen. Den bayerischen Kommunen stehen erhebliche Mittel für die Erfüllung freiwilliger Aufgaben zur Verfügung. Diese konnten sogar noch gesteigert werden. Der Ausblick lässt keine Verschlechterung erwarten. Es besteht kein Verteilungsdefizit zu Lasten der Kommunen.

Im kommunalen Finanzausgleich 2015 wird insbesondere die Entwicklung der Steuerverbünde umgesetzt. Diese ist geprägt durch die Verbundsatzanhebungen der letzten Jahre. Allein die mehrfache Anhebung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund seit 2010 von 12 % auf aktuell 12,75 % bedeutet für die Kommunen im Jahr 2015 eine zusätzliche Einnahme von 232 Mio. €.

II. Notwendige Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden

- Auf die Zurechnung der Personen mit Nebenwohnung wird verzichtet. Damit sich die betroffenen Gemeinden hierauf einstellen können, wird eine mehrjährige Übergangsregelung geschaffen.
- In die Pauschalen nach Art. 13a und 13b FAG wird die bis Ende 2014 eingetretene Entwicklung der Straßenlängen, für die die Kommunen Träger der Straßenbaulast sind, eingearbeitet. Außerdem werden Wechsel in der Trägerschaft von Ortsdurchfahrten von Staats- und Bundesstraßen berücksichtigt.

Weitere Änderungen dienen der Bereinigung des Gesetzestextes.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat und Kommunen

Die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich steigen im Jahr 2015 gegenüber 2014 um 248,8 Mio. € (3,1 %) auf 8.289,7 Mio. €.

Die reinen Landesleistungen wachsen 2015 gegenüber 2014 um 300,5 Mio. € (4,0 %) auf 7.815,5 Mio. €.

2. Bürger und Wirtschaft

Bürger und Wirtschaft sind durch dieses Gesetz nicht unmittelbar betroffen.

Informationspflichten für Unternehmen werden nicht begründet.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)

§ 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl S. 210, BayRS 605-1-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 187), wird wie folgt geändert:

1. Art. 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 einleitender Satzteil werden die Worte „die Personen mit Nebenwohnung sowie“ gestrichen.
- b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Abweichend von Abs. 1 werden für die Ermittlung der Ausgangsmesszahl und des Hauptansatzes die bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen 2014 auf Basis der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987 berücksichtigten Zahlen der Personen mit Nebenwohnung bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen 2015 mit vier Fünfteln, der Schlüsselzuweisungen 2016 mit drei Fünfteln, der Schlüsselzuweisungen 2017 mit zwei Fünfteln und der Schlüsselzuweisungen 2018 mit einem Fünftel zugerechnet.“

2. Art. 13a wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- b) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:
„²Die pauschalen Zuweisungen nach Satz 1 werden zum Stichtag 1. Januar 2015 fortgeschrieben, indem die bis zum 31. Dezember 2014 eingetretenen Veränderungen in der Länge des Straßennetzes in kommunaler Straßenbaulast durch entsprechende prozentuale Zu- oder Abschläge auf die pauschalen Zuweisungen berücksichtigt werden. ³Soweit Zuschläge auf Veränderungen entfallen, die sich aus einem Wechsel der Straßenbaulast-

trägerschaft ab dem 1. Januar 2010 ergeben, erhöhen sich diese bei einem Wechsel von Satz 1 Nr. 2 nach Satz 1 Nr. 1 um ein Drittel und bei einem Wechsel von Satz 1 Nr. 3 nach Satz 1 Nr. 2 um die Hälfte.“

3. Dem Art. 13b wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die pauschalen Zuweisungen nach Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 werden zum Stichtag 1. Januar 2015 fortgeschrieben, indem die bis zum 31. Dezember 2014 eingetretenen Veränderungen in der Länge des Kreis- oder Gemeindestraßennetzes durch entsprechende prozentuale Zu- oder Abschläge auf die pauschalen Zuweisungen nach Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 berücksichtigt werden.“

4. In Art. 13h wird die Abkürzung „FAG“ gestrichen.

5. Art. 24 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:
„(2) Art. 3 Abs. 4 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft.“
- b) Die bisherigen Abs. 2 bis 5 werden Art. 23a Abs. 1 bis 4.

§ 2

Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden

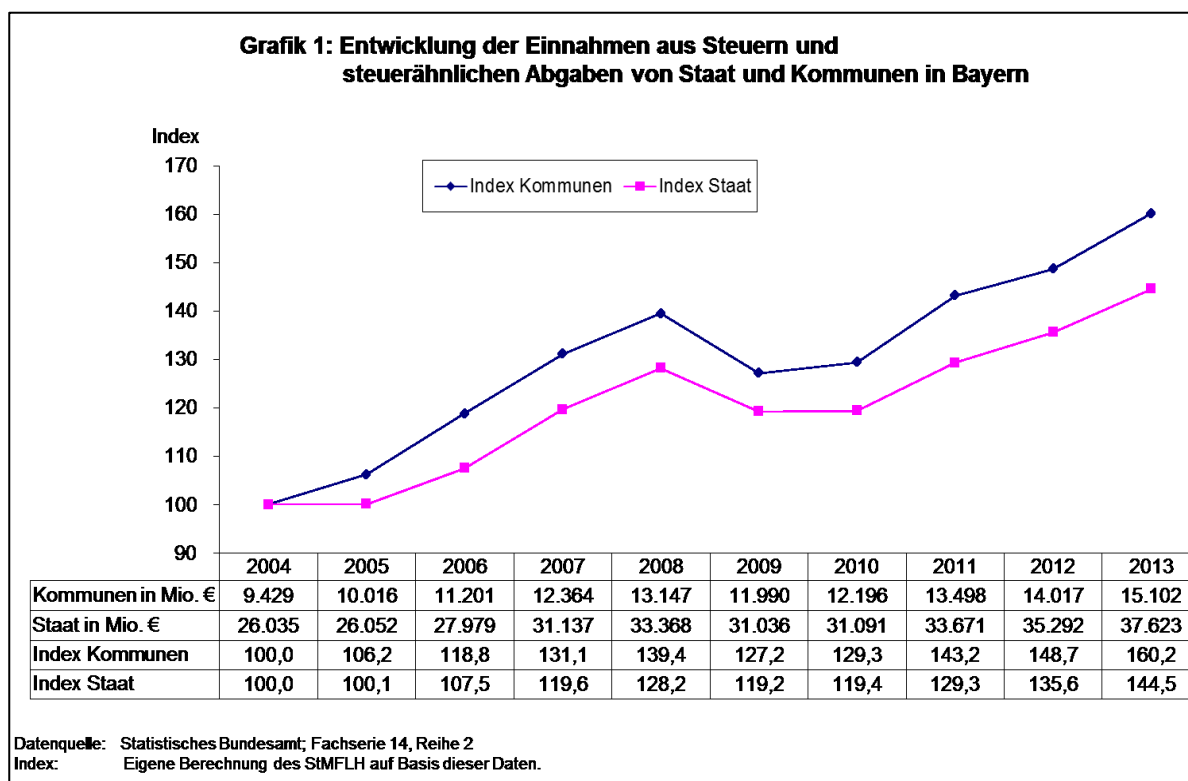
Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 187), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 wird aufgehoben.
2. In § 4 Abs. 1 Nr. 2 werden die Worte „zur Bay-AVOGFRG“ durch die Abkürzung „BayAVGFRG“ ersetzt.
3. § 23 Satz 2 wird aufgehoben; die Satznummerierung des bisherigen Satz 1 entfällt.

§ 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemein****I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen****1. Ist-Entwicklung der Steuereinnahmen im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 1 FAGDV 2002)**

Bereits 2011 hatten Staat und Kommunen in Bayern den konjunkturbedingten Einbruch der Steuereinnahmen 2009 überwunden und wieder das Niveau von vor der Wirtschaftskrise 2008 erreicht. Seitdem steigen die Steuereinnahmen beim Staat und bei den Kommunen kontinuierlich weiter an. Während 2012 der Anstieg beim Staat (+ 4,8 % vor LFA, + 5,0 % nach LFA) über dem der Kommunen (+ 3,8 %) lag, fiel der Anstieg der Steuereinnahmen 2013 bei den Kommunen höher aus (+ 7,7 %) als beim Staat (+ 6,6 % vor LFA, + 6,7 % nach LFA).

Im Zehnjahreszeitraum, ausgehend vom Jahr 2004, stellt sich die Entwicklung bei den Kommunen mit einem Zuwachs von 60,2 % insgesamt deutlich günstiger dar als beim Staat, der ein Plus von 44,5 % vor LFA (41,2 % nach LFA) verzeichnen konnte.

Tabelle 1: Zuwachs der Steuereinnahmen von Staat und Kommunen in Bayern

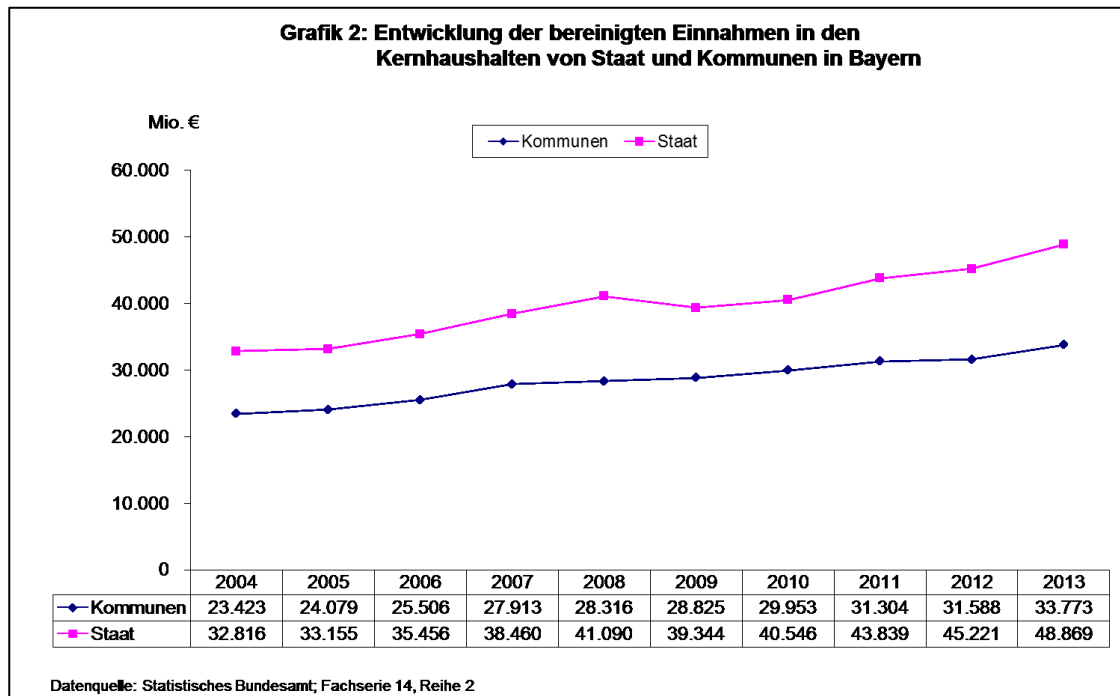
	Kommunen	Staat	
		vor LFA	nach LFA
Steuereinnahmenezuwachs von 2004 bis 2013	+ 5.673 Mio. €	+ 11.588 Mio. €	+ 9.814 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2004 bis 2013	+ 60,2 %	+ 44,5 %	+ 41,2 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2. Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

2.1 Einnahmen

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 2 FAGDV 2002)



Der Zuwachs der staatlichen Einnahmen belief sich 2013 auf 8,1 %, während die Kommunen 6,9 % mehr Einnahmen erzielen konnten.

Im Zehnjahreszeitraum von 2004 bis 2013 erzielte der Staat einen etwas höheren Einnahmezuwachs (+ 48,9 %) als die Kommunen (+ 44,2 %).

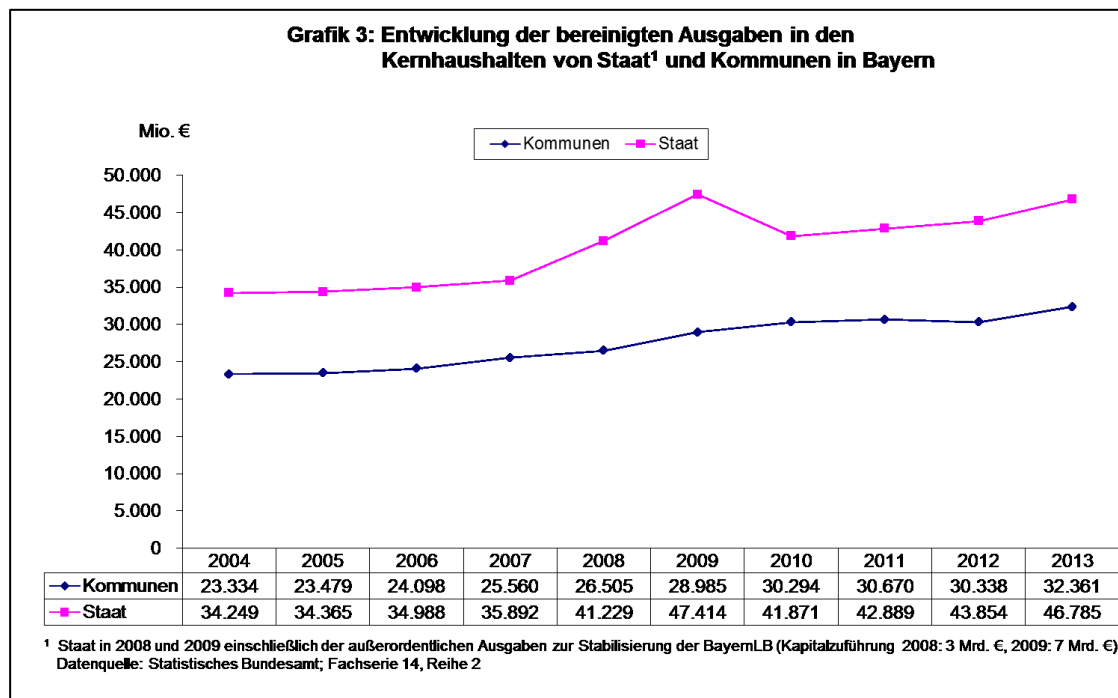
Tabelle 2: Einnahmenezuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Einnahmenezuwachs von 2004 bis 2013	+ 10.350 Mio. €	+ 16.053 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2004 bis 2013	+ 44,2 %	+ 48,9 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.2 Ausgaben

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 3 FAGDV 2002)



Die Ausgaben von Staat und Kommunen sind im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr jeweils um 6,7 % gestiegen.

Im Zehnjahreszeitraum von 2004 bis 2013 stiegen die Ausgaben des Staates um 36,6 %, während die Ausgaben der Kommunen mit 38,7 % etwas stärker anstiegen.

Tabelle 3: Ausgabenzuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

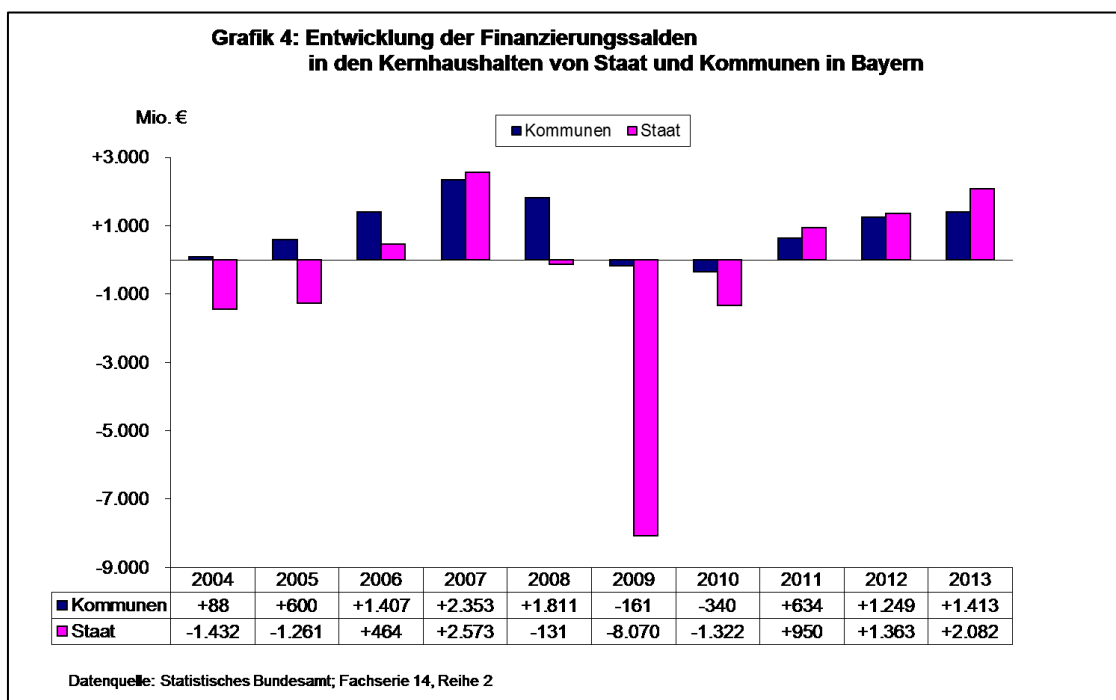
	Kommunen	Staat
Ausgabenzuwachs von 2004 bis 2013	+ 9.027 Mio. €	+ 12.536 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2004 bis 2013	+ 38,7 %	+ 36,6 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.3 Vergleich des Einnahmen- und Ausgabenwachstums im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

Im Zehnjahreszeitraum von 2004 bis 2013 übertraf der Anstieg der Einnahmen bei den Kommunen mit 44,2 % den Anstieg ihrer Ausgaben, der bei 38,7 % lag. Beim Staat übertraf der Anstieg der Einnahmen mit 48,9 % den Anstieg seiner Ausgaben, der bei 36,6 % lag, deutlicher.

3. Entwicklung der Finanzierungssalden im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 4 FAGDV 2002)



Staat und Kommunen konnten 2013 den positiven Finanzierungssaldo von 2012 nochmals übertreffen. Bei den Kommunen erhöhte sich der Finanzierungssaldo von 1.249 Mio. € auf 1.413 Mio. € um 13 %. Der Staat konnte seinen Finanzierungssaldo von 1.363 Mio. € auf 2.082 Mio. € und damit um rd. 53 % steigern.

In der Zehnjahresbetrachtung von 2004 bis 2013 ergibt sich für die Kommunen ein Überschuss von 9.054 Mio. €. Für den Staat ergibt sich für den Zehnjahreszeitraum ein negativer Gesamtsaldo von - 4.785 Mio. € (davon - 10.000 Mio. € bedingt durch den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB).

Tabelle 4: Summe der Finanzierungssalden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Finanzierungssalden von 2004 bis 2013	+ 9.054 Mio. €	- 4.785 Mio. €

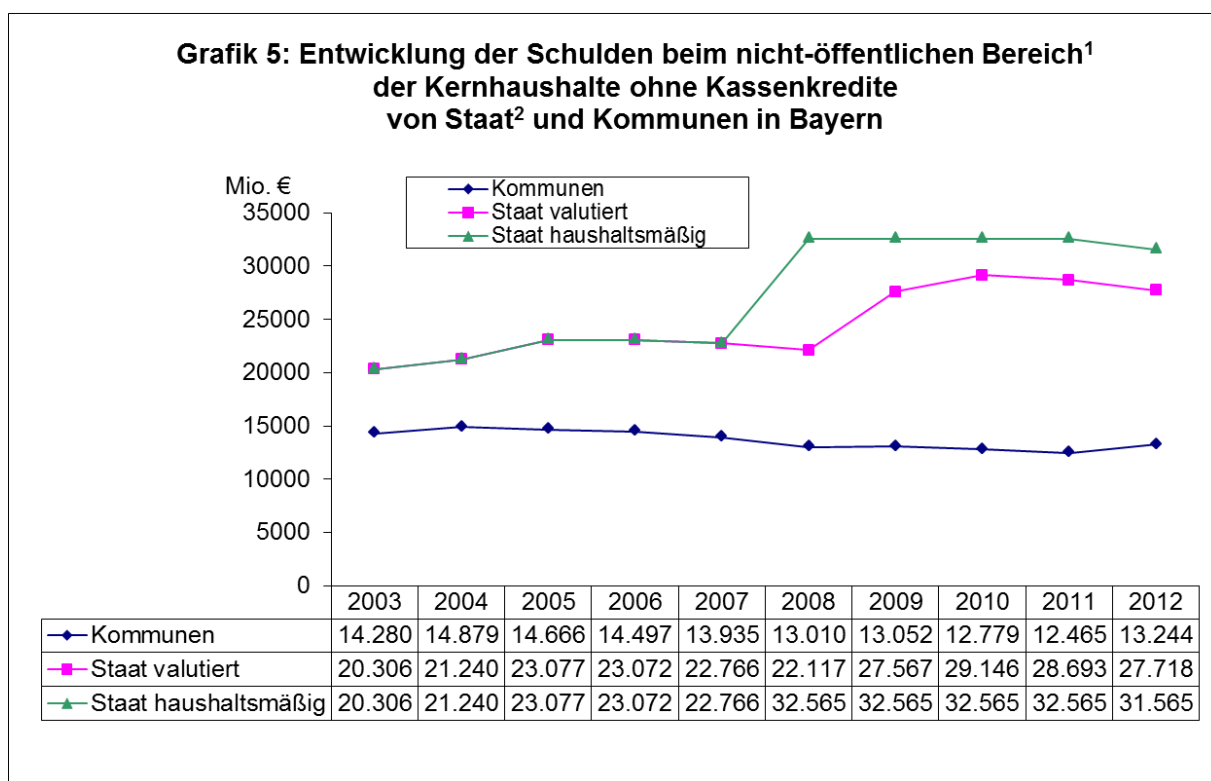
Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

4. Entwicklung der Verschuldung im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum

Hinsichtlich der Verschuldung stehen für die Darstellung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen gegenüber der Gesetzesbegründung des Vorjahres noch keine neuen Werte zur Verfügung. Da die Schuldenstatistik für 2013 erst im Herbst 2014 erscheint, können die neuen Zahlen nicht mehr für die Beschlussfassung der Staatsregierung über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2015 und den kommunalen Finanzausgleich 2015 berücksichtigt werden. Daher wird dieser Abschnitt der Begründung zum Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2014 (Drs. 17/875) entnommen.

Bis einschließlich 2009 wurden für den Vergleich der finanziellen Ausgangslage von Staat und Kommunen auf Basis der damaligen Rechtslage die Kreditmarktschulden des Staates und der Kommunen aus dem Statistischen Bericht „Finanzen und Steuern, Schulden der öffentlichen Haushalte (Fachserie 14 Reihe 5)“ entnommen. Seit dem Jahr 2010 wird in diesem Bericht der Begriff „Kreditmarktschulden“ durch den Begriff „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ ersetzt. Daher wurde ab dem Jahr 2010 auf diese Abgrenzung umgestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den bis 2009 anzusetzenden „Kreditmarktschulden“ sind die ab 2010 anzusetzenden „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ um die Kassenkredite zu bereinigen (§ 19 Abs. 2 Nr. 5 und 6 FAGDV 2002).

4.1 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 5 FAGDV 2002)



- 1 Bis 2009: Stand der Kreditmarktverschuldung im weiteren Sinne zum 31.12. in den Kernhaushalten;
ab 2010: wegen Umstellung der Statistik Stand der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite zum 31.12.
- 2 Die Grafik gibt für die Kommunen die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt. Maßgeblich für die Beurteilung der Staatsverschuldung ist jedoch die haushaltsmäßige Verschuldung, die im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sowie bestimmte Kreditmarktschulden beinhaltet, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Sie stellt sich für den Freistaat wie folgt dar (Angaben in Mio. €):

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarktschulden	Haushaltsmäßige Kreditmarkt- verschuldung	Haushaltsmäßige Verschul- dungsquote
		Anschluss- finanzierung	Kredite für den Stabi-Fonds			
2008	22.117	1.956	8.493		32.565	79,0 %
2009	27.567	3.459	1.539		32.565	68,7 %
2010	29.146	3.307	0	113	32.565	77,8 %
2011	28.693	3.489	0	384	32.565	75,9 %
2012	27.718	3.491	0	357	31.565	72,0 %

Quelle: Stat. Bundesamt; Fachserie 14, Reihen 5 und 2; Quote: Eigene Berechnungen des StMFLH auf Basis dieser Daten

Die Grafik gibt für die Kommunen die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt. Die Schulden der Kommunen am Stichtag 31. Dezember 2012 werden gegenüber dem Vorjahr um 6,2 % höher ausgewiesen. Der Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass in 2012 Schulden, die bisher dem öffentlichen Bereich zugerechnet wurden, nun beim nicht-öffentlichen Bereich erfasst werden. Ohne diesen Effekt wären die Schulden 2012 gegenüber dem Vorjahr um ca. 260 Mio. € gesunken.

Beim Staat ist die kassenmäßige Verschuldung am Stichtag 31. Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahr um - 3,4 % gesunken (bei haushaltsmäßiger Betrachtung um - 3,1 %). Im Zehnjahreszeitraum von 2003 bis 2012 verzeichneten die Schulden bei den Kommunen trotz der 2012 statistisch veränderten Zurechnung einen Rückgang um - 7,3 %, während sie beim Staat um 36,5 % angestiegen sind (bei haushaltsmäßiger Betrachtung um 55,5 %).

Tabelle 5: Zunahme der Schulden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Zunahme der Schulden von 2003 bis 2012	- 1.036 Mio. €	+ 7.412 Mio. €	+ 11.259 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2003 bis 2012	- 7,3 %	+ 36,5 %	+ 55,5 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 5 (bis 2009 Tabelle 4.1, ab 2010 Tabelle 5.1)

Für eine Beurteilung der Verschuldung des Staates ist auf die haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung abzustellen. Diese beinhaltet im Gegensatz zur rein kassenmäßigen Verschuldung auch aufgeschobene Anschlussfinanzierungen gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sowie bestimmte Kreditmarktschulden, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Diese haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung des Staates ist zum 31.12.2012 gegenüber dem Vorjahr um - 3,1 % gesunken.

Von den statistisch erfassten Schulden des Staates entfallen 10 Mrd. €, die in den Jahren 2008 bis 2010 im Kernhaushalt entstanden sind, auf den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB. Für die Jahre ab 2008 ergibt sich für die staatliche Verschuldung hierdurch folgendes Bild:

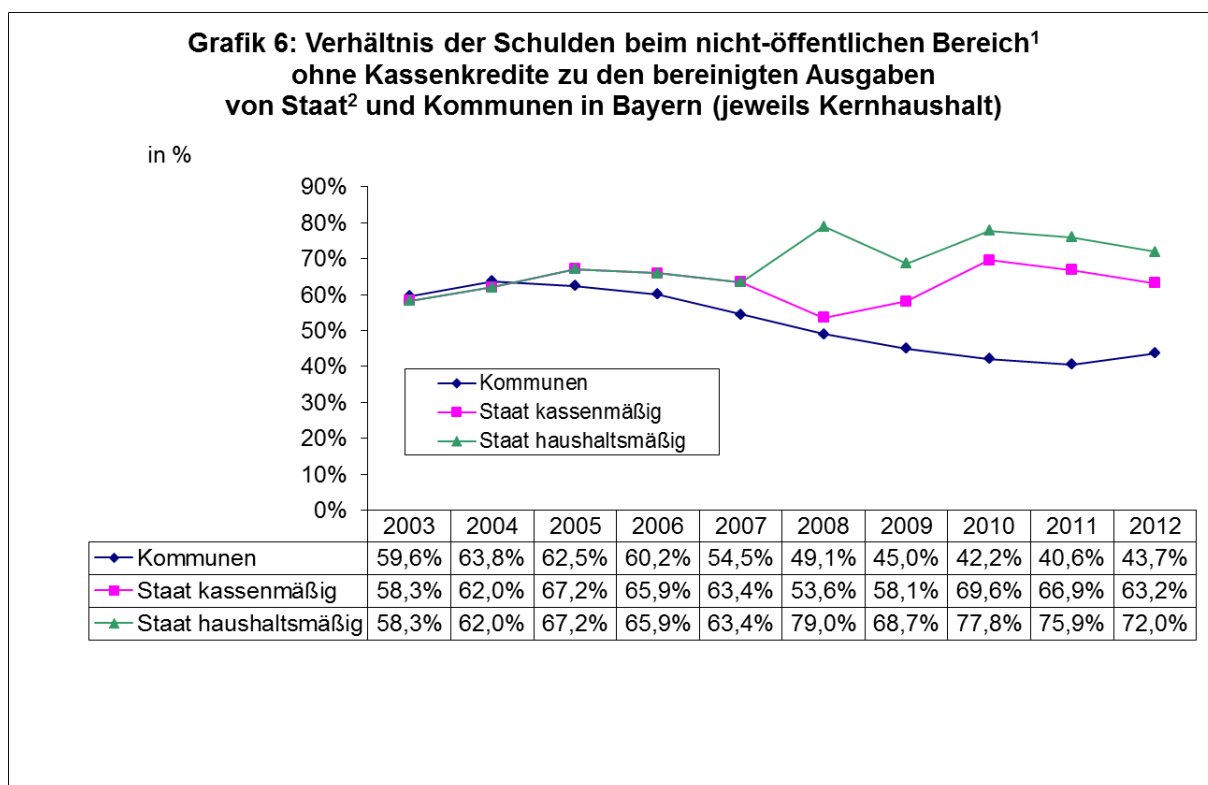
Tabelle 6: Haushaltsmäßige Schulden des Staates

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarkt- schulden	Haushalts- mäßige Kre- ditmarktver- schuldung	Haushalts- mäßige Ver- schuldungs- quote
		Anschluss- finanzie- rung	Kredite für den Stabi- Fonds			
2008	22.117	1.956	8.493		32.565	79,0 %
2009	27.567	3.459	1.539		32.565	68,7 %
2010	29.146	3.307	0	113	32.565	77,8 %
2011	28.693	3.489	0	384	32.565	75,9 %
2012	27.718	3.491	0	357	31.565	72,0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihen 5 und 2

Quote: Eigene Berechnungen des StMFLH auf Basis dieser Daten

4.2 Schulden der Kernhaushalte in Relation zu den Gesamtausgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 6 FAGDV 2002)



- 1 Bis 2009: Stand der Kreditmarktverschuldung im weiteren Sinne zum 31.12. in den Kernhaushalten; ab 2010: wegen Umstellung der Statistik Stand der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite zum 31.12.
- 2 Die Grafik gibt für die Kommunen die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt. Maßgeblich für die Beurteilung der Staatsverschuldung ist jedoch die haushaltsmäßige Verschuldung, die im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sowie bestimmte Kreditmarktschulden beinhaltet, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Sie stellt sich für den Freistaat wie folgt dar (Angaben in Mio. €):

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarkt- schulden	Haushaltsmä- ßige Kredit- marktver- schuldung	Haushaltsmä- ßige Verschul- dungsquote
		Anschlussfi- nanzierung	Kredite für den Stabi- Fonds			
2008	22.117	1.956	8.493		32.565	79,0 %
2009	27.567	3.459	1.539		32.565	68,7 %
2010	29.146	3.307	0	113	32.565	77,8 %
2011	28.693	3.489	0	384	32.565	75,9 %
2012	27.718	3.491	0	357	31.565	72,0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihen 5 und 2

Quote: Eigene Berechnungen des StMFLH auf Basis dieser Daten

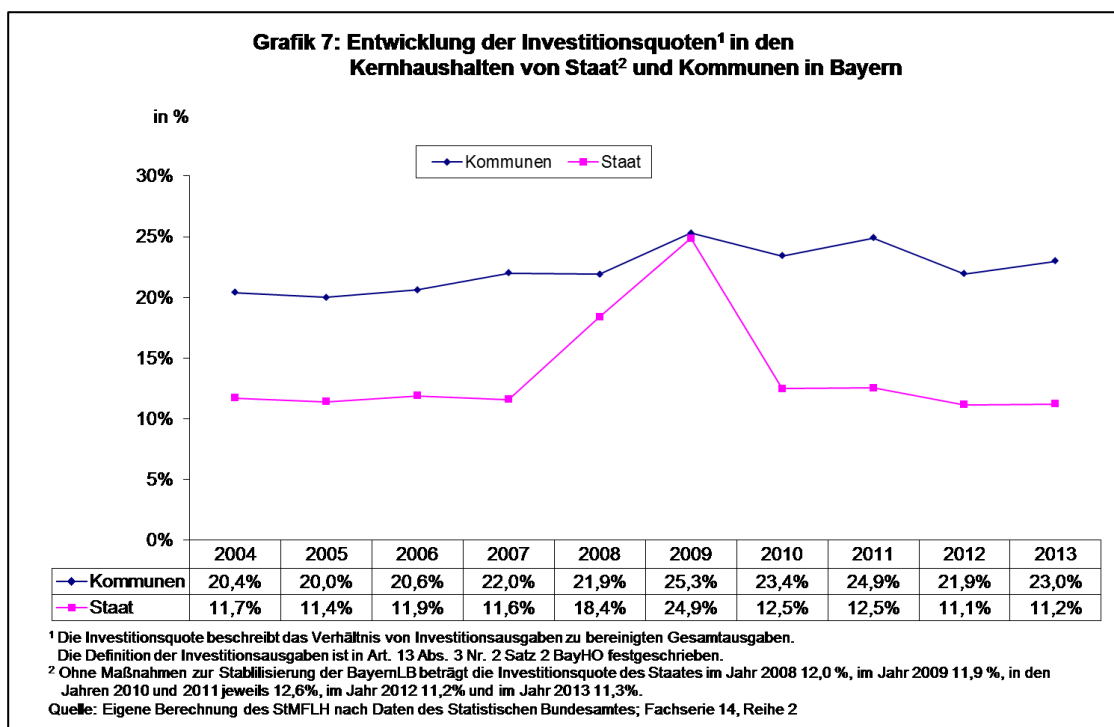
Im Zehnjahresvergleich von 2003 bis 2012 ist das Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben bei den Kommunen trotz der in 2012 statistisch veränderten Zurechnung (vgl. Nr. 4.1) von 59,6 % auf 43,7 % gesunken. Beim Staat ist die kassenmäßige Verschuldungsquote von 58,3 % auf 63,2 % gestiegen. Betrachtet man die haushaltsmäßigen Schulden des Staates (vgl. Nr. 4.1), so ergibt sich ein Anstieg der Verschuldungsquote von 58,3 % auf 72,0 %.

Tabelle 7: Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Quote 2003	59,6 %	58,3 %	58,3 %
Quote 2012	43,7 %	63,2 %	72,0 %
Prozentuale Veränderung	- 26,8 %	+ 8,4 %	+ 23,4 %

Quelle: Eigene Berechnungen des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihen 2 und 5

5. Entwicklung der Investitionsquoten im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 7 FAGDV 2002)



Die Investitionsquote des Staates blieb im Jahr 2013 mit 11,2 % nahezu unverändert (2012: 11,1 %), während sich die Investitionsquote der Kommunen von 21,9 % im Jahr 2012 auf 23,0 % im Jahr 2013 verbessert hat.

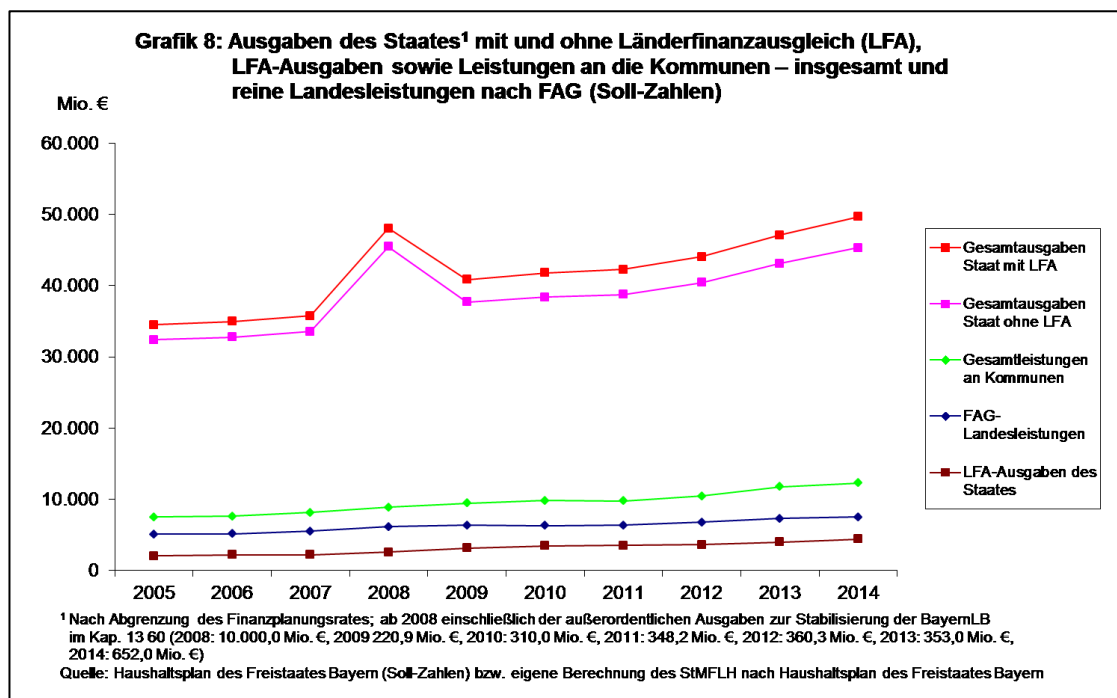
Im Zehnjahresvergleich von 2004 bis 2013 ist die Investitionsquote des Staates um - 4,1 % zurückgegangen, während die Investitionsquote der Kommunen um 12,6 % angestiegen ist.

Tabelle 8: Vergleich der Investitionsquoten von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Investitionsquote 2004	20,4 %	11,7 %
Investitionsquote 2013	23,0 %	11,2 %
Prozentuale Veränderung	+ 12,6 %	- 4,1 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2; Verhältnis Investitionsausgaben (Kapitalrechnung ohne Schuldentilgung und ohne sonstige Vermögensübertragungen) zu bereinigten Ausgaben.

**6. Entwicklung der Ausgaben des Staates und staatliche Leistungen an die Kommunen im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum
(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 8 FAGDV 2002)**



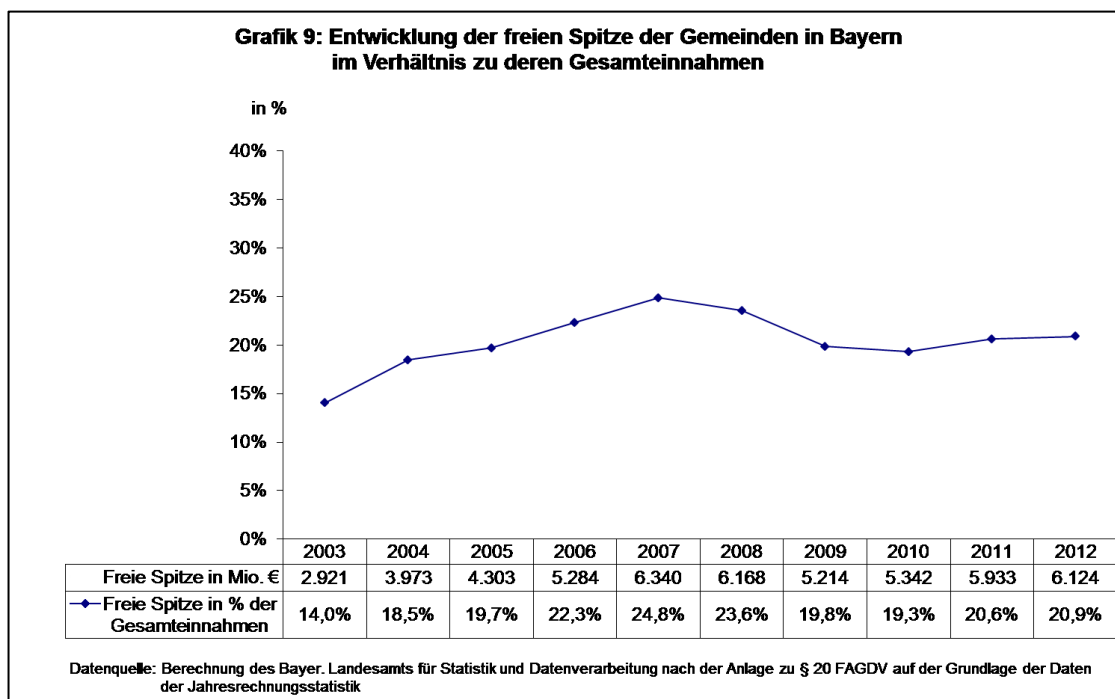
Ein beachtlicher Teil der Gesamtausgaben des Staates entfällt auf Abführungen und Zuweisungen an andere Gebietskörperschaften. Dazu gehören neben den Zahlungen im Länderfinanzausgleich auch die Leistungen an die Kommunen innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Im Zehnjahresvergleich von 2005 bis 2014 sind die Ausgabeansätze für Leistungen an die Kommunen mit 63,6 % deutlich stärker angestiegen als die Gesamtausgaben des Staates, die sich um 44,1 % erhöht haben.

Tabelle 9: Ausgabenzuwachs des Staates insgesamt im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtleistungen des Staates an die Kommunen (Haushaltssoll)

	Staatsausgaben	Leistungen an die Kommunen
Zuwachs von 2005 bis 2014	+ 15.208 Mio. €	+ 4.771 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2005 bis 2014	+ 44,1 %	+ 63,6 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Haushaltsplänen des Freistaates Bayern

7. Entwicklung der verfügbaren Mittel der Gemeinden für freiwillige Aufgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 2 FAG, § 20 FAGDV 2002)



Der Anteil an den Gesamteinnahmen der Gemeinden, der ihnen zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibt, ist von 20,6 % im Jahr 2011 auf 20,9 % im Jahr 2012 leicht angestiegen.

8. Ausblick (Art. 23 Abs. 2 Nr. 3 FAG, § 21 FAGDV 2002)

8.1 Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr 2014 und Schätzung für das Folgejahr 2015

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat sich 2013 zunächst noch verlangsamt, befindet sich nun aber im Aufschwung.

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2013 in Deutschland nur um 0,4 % angestiegen. Dabei verzeichnete Bayern mit einem Wachstum von 1,0 % ein weit überdurchschnittliches Jahresergebnis. Für 2014 rechnet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprognose mit einem realen Wirtschaftswachstum von 1,8 %, für 2015 liegt die Erwartung sogar bei 2,0 %. Die an der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ beteiligten Forschungsinstitute prognostizieren die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ähnlich (2014: +1,9 %, 2015: +2,0 %). Tatsächlich lag im ersten Quartal 2014 – begünstigt durch den milden Winter – das Wachstum in Deutschland preis-, saison- und kalenderbereinigt bei 0,8 %, während es im Vergleichszeitraum des Vorjahres zu einer Stagnation gekommen war.

In ihrer am 15. April 2014 veröffentlichten Frühjahrsprojektion hat die Bundesregierung die Schätzung für die Steigerungsrate des – der Steuerschätzung zu Grunde liegenden – nominalen BIP im Jahr 2014 im Vergleich zur letzten Herbstprojektion 2013 von 3,3 % auf 3,5 % erhöht. Im Jahr 2015 rechnet sie mit einem Anstieg des nominalen BIP in Höhe von 3,8 %.

Die Rezession im Euroraum scheint überwunden. Seit dem Frühjahr 2013 wächst die Wirtschaftsleistung wieder. Im 1. Quartal 2014 legte sie um 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal zu. Zudem ist die Arbeitslosenrate etwa konstant geblieben und zuletzt im April 2014 sogar leicht auf 11,7 % gesunken. Unabhängig davon bestehen nach wie vor Risiken aus dem internationalen Umfeld, insbesondere aufgrund der noch nicht bereinigten Bankenbilanzen vor allem in den Krisenländern und in Folge von Einzelereignissen wie der Krim-Krise.

Nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 sind in Bayern die Steuereinnahmen bereits im Jahr 2010 wieder gestiegen. 2011 konnten Staat und Kommunen wieder das Niveau von vor der Wirtschaftskrise 2008 erreichen. 2012 setzte sich die positive Entwicklung für Staat und Kommunen fort und verstärkte sich 2013 deutlich (siehe Nr. 1).

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014 steigen die Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2014 bundesweit um 3,6 %. Für die Steuereinnahmen der Länder wird mit einem Anstieg um 3,3 % gerechnet.

Im Jahr 2015 wird der Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen auf 4,4 % geschätzt, der Zuwachs der Steuereinnahmen der Länder auf 4,1 %.

Die Steuerschätzung berücksichtigt die seit der letzten Schätzung in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen.

Tabelle 10: Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2014

(Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr)	2014	2015
Steuern insgesamt	3,3 %	4,2 %
Bund	3,2 %	3,9 %
Länder	3,3 %	4,1 %
Gemeinden	3,6 %	4,4 %

Quelle: Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014

8.2 Für die Ausgabenseite wichtige Entwicklungen

Solide ist auch die prognostizierte Entwicklung am Arbeitsmarkt. Ausgehend von 2,95 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2013 wird ihre Zahl im Jahr 2014 nach Einschätzung der Bundesregierung (jahresdurchschnittlich 2,89 Millionen) und der Forschungsinstitute (jahresdurchschnittlich 2,87 Millionen) wieder sinken. Für 2015 rechnet die Bundesregierung mit einem weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 2,86 Millionen, während die Gemeinschaftsdiagnose von einem Anstieg auf 2,88 Millionen ausgeht. Bei der Zahl der Erwerbstätigen wird übereinstimmend ein Anstieg erwartet.

In Bayern liegt die Arbeitslosenquote im Mai 2014 bei 3,6 %. Dies ist der niedrigste Wert aller Bundesländer, weit unter dem Bundesdurchschnitt (6,6 %). Die Arbeitskräftenachfrage (gemeldete - ungeforderte - Arbeitsstellen) befindet sich weiter auf einem hohen Niveau. Im Mai 2014 gab es 67.154 gemeldete Arbeitsstellen, wovon rd. 95 % sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen waren. Dies entspricht einer Zunahme im Vorjahresvergleich um 3.239 Stellen bzw. 5,1 %.

Im Rechtskreis des SGB II blieb die Zahl der Arbeitslosen in Bayern im Mai 2014 im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 132.275 Personen nahezu unverändert. Die Ausgaben der bayerischen Kommunen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) verändern sich daher kaum. In Deutschland erhalten aktuell rd. 69 % der Arbeitslosen Leistungen nach dem SGB II. In Bayern ist diese Quote mit rd. 52 % deutlich geringer. Die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern ist im

Mai gegenüber dem Vorjahr auf 22.166 Personen gesunken (= -3,5 %) und liegt mit einer Quote von 2,7 % nur bei der Hälfte des Bundesdurchschnitts von 5,4 %. Die Arbeitslosigkeit der älteren und der schwerbehinderten Menschen ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen (+2,1 % bzw. +1,4 %).

Bei den sonstigen Sozialausgaben ist mit einem weiteren Anstieg der Ausgaben zu rechnen. Dies gilt besonders für die Bereiche der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Gemäß dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung werden die Kommunen ab 2015 im Vorgriff auf das für die Eingliederungshilfe angekündigte Bundesteilhabegesetz bundesweit um 1 Milliarde Euro entlastet. Auf die bayerischen Kommunen entfällt hierbei ein Anteil von rd. 115 Mio. €. Die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) wurden vom Bund seit dem Jahr 2014 in voller Höhe übernommen. Damit wurde ein nachhaltiger Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen geleistet. Für die bayerischen Kommunen bedeutet die Vollübernahme der Kosten durch den Bund eine geschätzte jährlich fortwirkende Entlastung im Vergleich zur Rechtslage 2011 (Bundesbeteiligung: 16 %) von rd. 550 Mio. €.

Der Tarifabschluss 2014 im öffentlichen Dienst führt bei den Kommunen zu Mehrausgaben. Zum 1. März 2014 erhöhten sich die Entgelte für die Beschäftigten der Kommunen um 3,0 %, zum 1. März 2015 erhöhen sie sich um weitere 2,4 %. Nach Angaben der Arbeitgeber kostet die Einigung die Kommunen im Jahr 2014 deutschlandweit rund 2,55 Milliarden Euro und 2015 weitere 2 Milliarden Euro.

Nach wie vor stellen die Bereiche „Schule“ und „Kinderbetreuung“ große Aufgabenschwerpunkte für Staat und Kommunen dar. Insbesondere der ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 eingeführte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder von über einem bis zu drei Jahren erfordert weiterhin hohe Anstrengungen von den Kommunen. Im schulischen Bereich stellen der Ausbau der Ganztagsbetreuung und die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, das in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, weiterhin die größten Herausforderungen dar. Die zunehmende Nachfrage nach inklusiven Unterrichtsformen kann dabei zu Kosten für die kommunalen Schulaufwandsträger führen.

Beim Staat steigen 2015 und 2016 die Ausgaben gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 insbesondere aufgrund einer Reihe von zwangsläufigen Belastungen weiter an. Ursächlich hierfür sind u.a.

- die aufgrund des gestiegenen Steuerverbundaufkommens und gesetzlicher Vorgaben ansteigenden Zuweisungen an die Kommunen,
- höhere Belastungen im Länderfinanzausgleich, auch wegen der Steuerstärke der bayerischen Gemeinden,

- erhöhte Zugangszahlen bei Asylbewerbern,
- Förderung der Kommunen beim Breitbandausbau,
- bevorstehende Tarif- und Besoldungsrunde für 2015 und 2016,
- die Fortführung der im Doppelhaushalt 2013/2014, im Bildungsfinanzierungsgesetz sowie im 2. Nachtragshaushalt 2014 vorgenommenen programmatischen Schwerpunktsetzungen.

9. Schlussfolgerung

Auch bei einer verlangsamten konjunkturellen Entwicklung 2013 haben sich die staatlichen und kommunalen Finanzen weiter verbessert. Gegenüber dem Vorjahr sind 2013 die Einnahmen des Staates um 8,1 % und die der Kommunen um 6,9 % gestiegen. Allerdings wuchsen auch die Ausgaben 2013 um jeweils 6,7 %. Im Ergebnis ist der weiterhin positive Finanzierungssaldo 2013 beim Staat stärker gewachsen als bei den Kommunen. Der Staat konnte seinen Finanzierungssaldo 2013 gegenüber dem Vorjahr um rd. 53 % auf knapp 2,1 Mrd. € steigern. Bei den Kommunen wuchs der Finanzierungssaldo 2013 gegenüber dem Vorjahr um 13 % auf über 1,4 Mrd. €. Über den Zehnjahreszeitraum von 2004 bis 2013 betrachtet zeigt sich jedoch weiterhin ein für die Kommunen günstigeres Bild mit einem kumulierten Saldo von über 9 Mrd. € im Vergleich zu einem negativen Ergebnis für den Staat.

Die positive Entwicklung der Kommunalfinanzen zeigt sich auch in der Investitionsquote. Diese ist, nachdem sie 2012 leicht gesunken war, 2013 wieder gestiegen. Mit 23 % übertrifft die Investitionsquote 2013 die im Jahr 2004 erreichte Quote von 20,4 % deutlich. Demgegenüber blieb die Investitionsquote des Staates mit 11,2 % im Jahr 2013 sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch im Zehnjahresvergleich nahezu konstant.

Ein großer Teil der Ausgaben des Staatshaushalts entfällt auf die Kommunen. Die Gesamtleistungen an die Kommunen innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs stiegen im Zehnjahresvergleich von 2005 bis 2014 um rd. 64 %. Das Ausgabevolumen des Staatshaushalts wuchs im gleichen Zeitraum nur um rd. 44 %. Enthalten sind in beiden Zuwachsraten die Leistungen des Bundes zu den Kosten der Unterkunft für erwerbsfähige Arbeitssuchende, für die Kinderbetreuung, für das Bildungs- und Teilhabepaket und für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Der zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibende Gesamtbetrag der Gemeinden stieg 2012 auf über 6,1 Mrd. €. Der Anteil dieser Mittel an den Gesamteinnahmen erhöhte sich geringfügig von 20,6 % im Jahr 2011 auf 20,9 % im Jahr 2012. Damit hatten die Gemeinden in ihrer Gesamtheit auch im Jahr 2012 einen erheblichen Spielraum für eine kraftvolle Wahrnehmung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die günstige finanzielle Ausgangslage der Kommunen ist eine solide Basis für die Bewältigung der im Jahr 2015 anstehenden Aufgaben. So führt der Tarifabschluss 2014 zu steigenden Personalausgaben. Nach wie vor von Bedeutung sind die Bereiche „Schule“ und „Kinderbetreuung“. Bei den sozialen Aufgaben ist weiterhin mit Ausgabensteigerungen zu rechnen. Entlastet werden die Kommunen von den Leistungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die der Bund seit dem Jahr 2014 vollständig finanziert. Eine weitere finanzielle Verbesserung bringt die vom Bund im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz ab 2015 angekündigte Entlastung, von der auf Bayern schätzungsweise 115 Mio. € jährlich entfallen.

Für den Staat zeichnen sich weiterhin hohe Belastungen durch den Länderfinanzausgleich und programmatische Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Bildung und Demografie ab. Hinzu kommt die Breitbandförderung der Kommunen. Erhöhte Zugangszahlen bei Asylbewerbern führen zu Mehrbelastungen.

Die Einnahmeentwicklung stellt sich für Staat und Kommunen positiv dar. Es ist mit einem weiteren Anstieg der Steuereinnahmen zu rechnen. Das für die Ländergesamtheit geschätzte Steuerwachstum liegt allerdings etwas unter der Zuwachsrate der bundesweiten kommunalen Steuereinnahmen.

Die finanzielle Lage der bayerischen Kommunen ist nach wie vor als gut zu bewerten. Die Auswertung der Einzelindikatoren lässt in der Gesamtschau weiterhin eine für die Kommunen im Vergleich zum Staatshaushalt günstigere Ausgangslage erkennen. Den bayerischen Kommunen stehen erhebliche Mittel für die Erfüllung freiwilliger Aufgaben zur Verfügung. Diese konnten sogar noch gesteigert werden. Der Ausblick lässt keine Verschlechterung erwarten. Es besteht kein Verteilungsdefizit zu Lasten der Kommunen.

II. Finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2015

Der Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zum kommunalen Finanzausgleich 2015 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen (Art. 23 Abs. 1 FAG). Dabei wurden die Belange des Staates und die Forderungen der Kommunen eingehend erörtert. Nach dem Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, der den kommunalen Spitzenverbänden vor dem Erörterungsgespräch übermittelt worden ist, steigen die Finanzausgleichsleistungen 2015 um 3,1 % auf 8.289,7 Mio. €. Dieser Zuwachs beruht insbesondere auf aufkommensbedingten Zuwächsen der Steuerverbünde und sonstiger Überlassungsbeträge sowie die Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Er liegt im Rahmen der für den Doppelhaushalt 2015/2016 angestrebten Steigerungsrate von jährlich 3 %. Die kommunalen Spitzenver-

bände forderten demgegenüber zusätzliche Verbesserungen insbesondere in den Bereichen allgemeiner Steuerverbund, Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund und Zuweisungen zu den Kosten der notwendigen Schülerbeförderung. Die Mehrforderungen belaufen sich, soweit sie beziffert werden können, auf etwa 575 Mio. €. Einschließlich der schrittweise angestrebten Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund betragen sie rd. 1,3 Mrd. €.

Im intensiven Austausch der Argumente wurde unter Würdigung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, der Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und des Ausblicks auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2015 das im Entwurf vorgesehene Volumen des kommunalen Finanzausgleichs 2015 beibehalten. Eine (teilweise) Berücksichtigung der von den kommunalen Spitzenverbänden geforderten zusätzlichen finanziellen Verbesserungen hätte zu einer Verschiebung zulasten des Staates geführt. Angesichts der finanziellen Ausgangslage war jedoch kein Anlass, über den Entwurf, der ohnehin eine Steigerung um 3,1 % vorsieht, hinauszugehen. Die kommunalen Spitzenverbände hielten jedoch ihre zusätzlichen Forderungen aufrecht.

Im kommunalen Finanzausgleich 2015 wurden Schwerpunkte zugunsten der allgemeinen Leistungsfähigkeit und der Investitionstätigkeit gesetzt. Letzteres wird durch Umschichtungen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erreicht. Hinsichtlich der in dem Gesetzentwurf enthaltenen inhaltlichen Änderungen wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden Einvernehmen erzielt.

Insgesamt wächst der kommunale Finanzausgleich 2015 gegenüber 2014 um 248,8 Mio. € auf 8.289,7 Mio. €. Nach Abzug des Kommunalanteils an den Kosten der Krankenhausfinanzierung und der Bundesleistungen nach dem Entflechtungsgesetz steigen die reinen Landesleistungen 2015 im Vergleich zu 2014 um 300,5 Mio. € auf 7.815,5 Mio. €. Da der Zeitraum für die Berechnung des allgemeinen Steuerverbunds 2015 erst am 30. September 2014 endet, liegt diesen Summen eine Schätzung des allgemeinen Steuerverbunds zugrunde. Die endgültige Verbundentwicklung wird im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens einzuarbeiten sein. Weitere Schwerpunkte können sich in einer Gesamtschau der Ergebnisse eines im Herbst 2014 durchzuführenden Kommunalgipfels ergeben.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Das Finanzausgleichsgesetz regelt die im kommunalen Finanzausgleich angesiedelten Finanzbeziehungen zwischen Staat und Kommunen in Bayern sowie im Verhältnis der bayerischen Kommunen untereinander. Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden enthält notwendige

Ausführungsregelungen. Die Regelungen sind im Rahmen des Vorbehalts des Gesetzes zur Bestimmung der Höhe der Steuerverbünde erforderlich. Außerdem werden sie benötigt, um nach einheitlichen Maßstäben und Kriterien die im kommunalen Finanzausgleich eingeplanten Zuweisungen auf die einzelnen Kommunen in Bayern aufteilen und auszahlen sowie die notwendigen Umlagen erheben zu können.

Die vorgesehenen Änderungen bezwecken eine erhöhte, an geänderte Verhältnisse angepasste Zielgenauigkeit bei der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Kommunen. Die Übergangslösung, die bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen den Wegfall der Personen mit Nebenwohnung abfedert, ist erforderlich, damit sich die Kommunen auf diese aufgrund fehlender Datengrundlage notwendige Änderung einstellen können. Weitere Änderungen dienen der Bereinigung des Gesetzestextes und der redaktionellen Anpassung an geänderte Normen.

Das Finanzausgleichsgesetz unterfällt nicht der Paragrafenbremse.

C. Einzelbegründung

Zu § 1 Nr. 1

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen wird die Ausgabenbelastung einer Gemeinde nach pauschalen Gesichtspunkten ermittelt. Ausgangsgröße ist die Einwohnerzahl einer Gemeinde am 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres. Der Einwohnerzahl zugerechnet wurden bisher die Personen mit Nebenwohnung. Maßgebend für die Zahl der Personen mit Nebenwohnung ist das Ergebnis der letzten Volkszählung.

Die Volkszählung zum 9. Mai 2011 wurde in Form eines registergestützten Zensus durchgeführt. Die Zahl der Personen mit Nebenwohnung wurde dabei nicht erhoben. Ein Rückgriff auf die Zahlen der Volkszählung 1987 wird von Jahr zu Jahr problematischer, da diese Zahlen veraltet sind. Die Zahl der Personen mit Nebenwohnung lässt sich – anders als die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnung – aufgrund der melderechtlichen Gegebenheiten auch nicht fortschreiben. Eine solche Fortschreibung scheitert an dem teilweise unzureichenden Meldeverhalten der Inhaber von Zweitwohnungen und den fehlenden flächendeckenden Kontrollmöglichkeiten durch Melderegisterabgleich. So kann man zwar nur eine Hauptwohnung, jedoch mehrere Nebenwohnungen innehaben. Der Zensustest 2001 hat vor allem bei der Nebenwohnsitzbevölkerung Registerfehler ergeben. Deshalb scheiden auch die in den Melderegistern enthaltenen Zahlen aus. Auch ein Rückgriff auf die Daten der Zweitwohnungsteuer führt nicht weiter, da nicht alle Gemeinden eine Zweitwohnungsteuer erheben. Weitere Datenquellen sind nicht ersichtlich. Da somit keine für alle Gemeinden einheitliche und belastbare Datengrundlage zur Verfügung steht, kann die Zahl der Personen mit Nebenwohnung bei der Berechnung

der Gemeindeschlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt werden. Bei der Berechnung der Gemeindeschlüsselzuweisungen 2014 wurden die veralteten Zahlen der Personen mit Nebenwohnung im Wege einer Übergangsregelung nochmals berücksichtigt, da das Gutachten zur Verteilungsgerechtigkeit der Gemeindeschlüsselzuweisungen abgewartet werden sollte. Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen 2014 wurden den rd. 12,5 Mio. Einwohnern und Einwohnerinnen am 31. Dezember 2012 rd. 447 Tsd. Personen mit Nebenwohnung zugerechnet.

Das nun im Entwurf vorliegende Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln kommt zu dem Schluss, dass die Zahl der Personen mit Nebenwohnung bei der Berechnung der Gemeindeschlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt werden sollte und bestätigt die bisherige Einschätzung.

Mit dem Wegfall der Personen mit Nebenwohnung ist keine Einsparung für den Landeshaushalt verbunden, sondern es findet eine Umverteilung unter den Gemeinden statt. Da einige Gemeinden eine im Verhältnis zur Einwohnerzahl hohe Anzahl von Personen mit Nebenwohnung aufweisen, wird eine mehrjährige Übergangsregelung geschaffen. Die Auswirkungen der Umverteilung werden auf fünf Jahre verteilt.

Zu § 1 Nrn. 2 und 3

Zu Art. 13a Satz 1 und Art. 13b Abs. 3 FAG

Seit dem Finanzausgleichsgesetz 2011 werden die pauschalen Zuweisungen nach Art. 13a und 13b FAG als verwaltungseinfache Festbeträge gewährt, deren Höhe in angemessenen Zeitabständen überprüft werden soll.

Die Überprüfung der Höhe dieser Festbeträge erfolgt erstmals zum 1. Januar 2015. Dabei werden bis zum 31. Dezember 2014 eingetretene Veränderungen in der Länge des gewidmeten Straßennetzes, das sich nach den Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes und des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes in kommunaler Straßenbaulast befindet, ab 2015 verwaltungseinfach durch entsprechende prozentuale Zu- bzw. Abschläge auf die pauschalen Zuweisungen nach Art. 13a FAG bzw. Art. 13b FAG berücksichtigt. Die als Festbeträge ausgestalteten pauschalen Zuweisungen werden entsprechend fortgeschrieben.

Eine erneute Überprüfung der Höhe der Festbeträge nach Art. 13a und Art. 13b FAG soll frühestens in fünf Jahren erfolgen.

Zu Art. 13a Satz 3 FAG

Durch das Ergebnis des Zensus 2011 haben sich bei einigen Gemeinden infolge der Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes und des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes auch Änderungen in der

Straßenbaulast für Bundes- und Staatsstraßen ergeben. Straßenbaulastträger von Bundes- und Staatsstraßen sind für diese qualifizierten Straßen mit höheren Straßenunterhaltskosten belastet. Daher werden die Zuschläge für Veränderungen, die auf einem Wechsel der Straßenbaulastträgerschaft für Ortsdurchfahrten von Bundes- oder Staatsstraßen beruhen, um jeweils ein Drittel bzw. um jeweils die Hälfte erhöht. Diese Erhöhung entspricht der Staffelung, die bei der Beteiligung am örtlichen Kraftfahrzeugsteueraufkommen entsprechend der Straßenbaulast nach Art. 13a FAG in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung vorgenommen worden ist. Ein Verzicht auf die Gewichtung der Abschläge beim Verlust der Straßenbaulast für höher qualifizierte Straßen ist zugunsten der betroffenen Gemeinden und im Hinblick auf die verwaltungseinfache Handhabung des Verfahrens gerechtfertigt.

Zu § 1 Nr. 4

Eine nicht erforderliche Binnenverweisung wird gestrichen.

Zu § 1 Nr. 5 Buchst. a

Für die zeitlich befristete Übergangsregelung wird das Außerkrafttreten geregelt.

Zu § 1 Nr. 5 Buchst. b

Redaktionelle Änderung zur Verbesserung der Gesetzesklarheit.

Zu § 2 Nr. 1

Die für das Jahr 2014 geltende Regelung ist entbehrlich geworden.

Zu § 2 Nr. 2

Folgeänderungen aus der geänderten Bezeichnung der Ausführungsverordnung Gemeindefinanzreformgesetz.

Zu § 2 Nr. 3

Da die Rechtsfolge der in § 23 Satz 2 FAGDV 2002 geregelten Außerkraftsetzung der Vorgängerverordnung von 1996 bereits am 1. Januar 2002 eingetreten ist, kann § 23 Satz 2 FAGDV 2002 aufgehoben werden.

Zu § 3

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Peter Winter

Abg. Bernhard Pohl

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Claudia Stamm

Abg. Günther Knoblauch

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)

(Drs. 17/2870)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG 2015/2016)

(Drs. 17/2871)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu einem von der Bedeutung her und für die Zukunft Bayerns noch essenziellerem Thema.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Wenn wir die Zeitung lesen und wahrnehmen, wie sich die Welt derzeit entwickelt, dann spüren wir ein hohes Maß an Unsicherheit. Obwohl die Kerndaten Deutschlands und insbesondere Bayerns, was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, hervorragend sind, ist uns klar, dass das, was um uns herum passiert, irgendwann Auswirkungen auf uns haben muss. Manchmal kommt es mir so vor, als diskutierten wir in Deutschland darüber, ob die Bilder noch etwas gerader und besser hängen sollen, während

um uns herum die Welt in Flammen steht. Ich nenne die Stichworte Krise zwischen Ukraine und Russland, massive Bedrohung durch ISIS, viele Flüchtlingsströme, von denen auch wir betroffen sind – dazu komme ich später noch -, und die Ebola-Epidemie. Insgesamt befindet sich die Welt im Umbruch. Möglicherweise wird das auch Auswirkungen auf uns haben, die weit über das hinausgehen, was wir uns derzeit vorstellen können.

In einer solchen Zeit ist es umso wichtiger, den Menschen in Bayern das Signal zu geben, dass wir diese Situation nicht ignorieren, sondern mit den Mitteln, über die wir als demokratische Gemeinschaft verfügen, vorsorgen wollen. Deswegen signalisiert der Haushalt, den wir heute vorlegen und über den wir entscheiden, Vorsicht und Vorsorge, meine Damen und Herren, Solidität und Solidarität. Er zeigt eindeutig, dass die Bayern in den nächsten beiden Jahren und darüber hinaus beruhigt sein und ruhig schlafen können. Der Freistaat Bayern ist auf alles vorbereitet. Das ist die Botschaft des heutigen Tages.

(Beifall bei der CSU)

Dass es sich so verhält, ist uns am vergangenen Freitag bestätigt worden. Ich weiß, dass meine folgende Aussage den einen oder anderen nervt: Ratingagenturen sind heute in der Lage, Regierungen zu stürzen, weil der Druck aufgrund der Bewertungen durch die Ratingagenturen so groß ist, dass so manche Regierung nicht in der Lage ist, sich zu refinanzieren, und sie muss dann unter dem Druck einen Rückzug machen. Das haben wir in der Eurokrise gemerkt.

In Bayern ist genau das Gegenteil der Fall. Während andere Bundesländer, die ich nachher erwähnen werde, ganz extreme Probleme haben und kaum mehr überlebensfähig sind, haben wir erneut als Signal von Standard & Poor's das beste Rating AAA mit bestem Ausblick bekommen. Meine Damen und Herren, dies ist ein Testat der Solidität, das sich andere nur wünschen würden, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen ganz klar: Wir sind die Nummer eins in Deutschland und wollen es auch bleiben. Wir sind auch möglicherweise in Europa, ohne das vermessen zu behaupten, eine der Spitzenregionen, was wirtschaftliche Entwicklung, Dynamik und Solidität betrifft. Das ist ein Erfolg der Menschen und der Wirtschaft. Aber die Grundlage dafür legen, ehrlich gesagt, wir hier gemeinsam; denn die Regionen sind anderswo genauso fleißig. Dass der Erfolg dennoch anders ausfällt, könnte möglicherweise mit unserer Mannschaftsaufstellung in diesen Belangen zu tun haben.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es uns wichtig, dass im neuen Haushalt alles so bleibt. Wie lauten die Eckdaten? Der Ministerpräsident hat in einer Presseerklärung nach der Sitzung in Sankt Quirin gesagt: Dies wird der beste Haushalt aller Zeiten. Ich finde, da hat er recht, meine Damen und Herren. Bei den Eckzahlen des Haushalts wird sogar für unsere Verhältnisse ein neuer Maßstab gesetzt. Normalerweise freue ich mich nicht immer über den Bericht des Obersten Rechnungshofes, das gebe ich zu; denn man fragt sich oft, ob die angelegten Maßstäbe tatsächlich identisch sind. Aber dieses Mal glaube ich, es wird nächstes Jahr einen schönen Bericht geben; denn wir gehen den Dingen wirklich auf den Grund. Es wird eigentlich ein ORH-Jubelhaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin mal gespannt, ob er diese Erwartung am Ende einlösen wird. Auf jeden Fall versuchen wir, dies an dieser Stelle zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Was sind die Leitlinien, worum geht es? Das erste ganz Wichtige und Entscheidende ist: Natürlich machen wir wieder keine Schulden. Das ist ganz klar. Man könnte nun denken, das sei schon ganz normal in Deutschland. Aber es gibt Bundesländer, die trotz Rekordeinnahmen und Rekordniedrigzinsen noch Schulden machen, meine Damen und Herren. Dieser Tage rechtfertigt sich in Nordrhein-Westfalen Frau Kraft mit den Worten, ein ausgeglichener Haushalt sei ein reiner Fetisch. Eine schwarze Null sei ein Fetisch; damit will man nichts zu tun haben. Ich will mich nicht darauf einlassen, ob ihre Wortwahl zur Sache passt. Ein Bundesland muss trotz Rekordeinnah-

men beschließen, dass es bei Bewirtungen des Landes nur noch Leitungswasser und nichts mehr zu essen gibt. Ein peinlicheres Signal kann man als Bundesland nicht setzen, als wenn man trotz Rekordeinnahmen nicht einmal mehr für eine normale Bewirtung sorgen kann. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt.

(Beifall bei der CSU)

Der erste Punkt lautet also ganz klar: Wir machen keine Schulden.

Der zweite Punkt lautet: Wir setzen die Schuldentilgung fort. Dieses Signal ist gerade jetzt sehr wichtig. Man mag denken, wir diskutieren nur hier im Bayerischen Landtag; aber alles, was wir hier tun, hat tatsächlich Signalwirkung auf Deutschland und von Deutschland aus auf Europa. Die Stärke Bayerns basiert im Übrigen auch darauf, dass wir in einem starken Deutschland leben. Im Moment wird in Europa die Frage diskutiert, wie es mit der Geldpolitik eigentlich weitergeht. Verschiedene Staaten in Europa spüren, dass sie mit billigem Geld von der Europäischen Zentralbank an die Grenze gekommen sind, ohne sich wirtschaftlich besonders zu erholen, und beginnen erneut die Frage zu stellen, ob Konjunktur auf Pump denn nicht besser sei als saubere Fiskalpolitik. Diese Debatte findet derzeit statt. Wenn Sie gelesen haben, dass auf europäischer Ebene überlegt wird, den Kapitalgrundstock des Rettungsfonds Europäischer Stabilitätsmechanismus zur Finanzierung von neuen Konjunkturprogrammen zu verwenden, spüren Sie, dass die Währung möglicherweise erneut ins Wanken geraten könnte; denn die Märkte werden diese Taschenspielertricks nicht hinnehmen. Dessen können Sie sich sicher sein.

Umso wichtiger ist, dass Deutschland hier stark bleibt. Wir müssen von Deutschland aus ein Signal setzen. Ebenso wie der Bund müssen auch wir das Signal setzen, nicht nur keine Schulden zu machen; vielmehr werden wir in den nächsten beiden Jahren die Schuldentilgung mit einem Betrag von über einer Milliarde Euro fortsetzen. Damit reduzieren wir die Schuldenlast und Zinszahlungen und stärken das Rating, meine Damen und Herren. Ganz wichtig ist, dass wir auch gegenüber den Ländern, die nach

wie vor überlegen, ob sie nicht lieber Schulden machen, eine Benchmark bleiben. Wir müssen in Deutschland und auch in Europa ein Vorbild sein. Ein solches Vorbild ist der Freistaat Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben uns entschieden, nicht nur einen tatsächlichen positiven Finanzierungssaldo auszuweisen. "Tatsächlich" bedeutet, wir nehmen Geld aus Steuern und anderen Einnahmen ein – beispielsweise kommt die Justizkasse dazu, in letzter Zeit gab es einige populäre Fälle -, und hinzu kommen Steuereinnahmen, die über dem geplanten Betrag liegen.

Ich berichte es immer wieder, weil es mir wichtig ist: Manche Bundesländer planen ihre Steuereinnahmen extrem großzügig und müssen in der Regel am Ende des Jahres feststellen, dass die Planung doch nicht so gut war; dann fangen sie an zu sperren. – Ein Markenkern bayerischer Finanzpolitik seit vielen Jahrzehnten besteht darin, dass man bei Steuereinnahmen die konservative Linie wählt und manchmal mehr einnimmt, sodass sich unsere Kassen stärker füllen können und wir mehr Spielräume haben. Deswegen hatten wir schon immer, Peter Winter, einen richtigen, tatsächlichen, positiven Finanzierungssaldo aufzuweisen.

Nun gehen wir allerdings einen Schritt weiter. Der Oberste Rechnungshof fordert: Seid noch genauer und legt doch einen bilanziellen Saldo vor. – Was bedeutet das? Wir planen nur mit den Steuereinnahmen, die wir schätzen, und können trotzdem noch Schulden tilgen. Das, meine Damen und Herren, ist der eigentliche Quantensprung. Wir sind nicht nur tatsächlich die Solidesten, sondern schaffen es, noch einen Schritt weiter zu gehen. Auch bilanziell setzen wir einen völlig neuen Maßstab. Wir erreichen einen positiven Finanzierungssaldo. Meine Damen und Herren, das schafft tatsächlich niemand sonst in Deutschland; darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU)

Weil wir wissen und spüren, dass wir trotzdem mit den Herausforderungen der Welt zu tun haben, haben wir festgelegt, dass drei Aspekte im Einklang bleiben müssen. Wir müssen nicht nur Schulden tilgen und dürfen nicht nur keine Schulden machen, sondern müssen auch darauf achten, dass drei Elemente in der Balance bleiben, weil davon wirtschaftliche Stärke abhängt:

Der erste, sehr wichtige Aspekt besteht darin, dass wir Investitionsquoten halten. Manche Bundesländer, in denen die Investitionsquoten sinken, leisten fast nur noch das, was die gesetzlichen Auflagen verlangen, befassen sich aber nicht mit den Investitionsquoten. Darauf komme ich im Detail nochmals zurück; ich will es hier ansprechen.

In Bayern verhält es sich wie folgt: Hinsichtlich des Wachstums setzen wir ein maßvolles Signal. In den letzten Jahren ist Bayern nämlich hinsichtlich des Haushalts und übrigens auch hinsichtlich der Zahl der Menschen stark gewachsen. Ich erwähne nur nebenbei: Der Finanzminister von Sachsen-Anhalt hat mir einmal vorgerechnet, er habe ungefähr 2,2 Millionen Menschen zu betreuen. Diese Zahl entspricht ungefähr der Zahl der Zuwanderer nach Bayern in den letzten Jahren. Natürlich muss sich Zuwanderung auch wirtschaftlich abbilden, in der Zahl der Lehrer, in der Bildung, an Hochschulen und in der Versorgung der Menschen. Deswegen haben wir Wachstumsraten zu verzeichnen gehabt. Wir haben aber festgelegt, dass wir die Herausforderung dieses Mal deutlich vorsichtiger angehen. – Ich danke der Fraktion, dass sie hier den Finanzminister unterstützt hat; normalerweise besteht der Wunsch, eher noch etwas mehr auszugeben. – Eine 3-%-Grenze hinsichtlich des Wachstums bedeutet meiner Meinung nach insgesamt ein maßvolles Signal. Bei einer Begrenzung des Wachstums gleichzeitig die Investitionsquote stabil bei 12 % zu halten, also nahezu 12 Milliarden Euro zu investieren: ein besseres Konjunkturprogramm gibt es derzeit nicht, meine Damen und Herren. Auch darin besteht eine Leitlinie dieses Haushalts.

(Beifall bei der CSU)

Meine Ausführungen haben gezeigt, dass die Kennzahlen an dieser Stelle stimmen: Investitionsquote, Wachstumsbegrenzung, positiver bilanzieller Saldo. Hinzu kommt, dass wir die Personalquote stabil halten; auch das ist nicht immer einfach. Das ist durchaus ein wichtiges Signal, übrigens unter einer ganz besonderen Prämisse, an die wir uns halten. Die Personalquote bedeutet aktuell in dem jeweiligen anstehenden Haushalt kein allzu großes Problem, aber sie erweist sich bei einer auf 20 oder 30 Jahre angelegten Prognose als Problem; denn es verhält sich wie bei uns im Raum: Auch durch unsere Tätigkeit erwachsen Pensionsansprüche, übrigens nicht wenige. Diese müssen immer wieder finanziert werden. Deswegen ist es ein wichtiges Signal, dass wir die Personalquote stabil halten.

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig schaffen wir es zum Beispiel im Bildungsbereich, lieber Gerhard Waschler, die demografische Rendite in den Schulen zu behalten. Das ist uns ganz besonders wichtig. Obwohl es weniger Schüler gibt, behalten wir die Pädagogen, um die Bildung zu verbessern, zu individualisieren und in ländlichen Räumen Schulstandorte zu erhalten. Wer kann das in Deutschland überhaupt vorweisen?

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einen Vergleich nennen, aber möchte nicht immer Vergleiche zu Berlin und dem Saarland ziehen. Das ist auch ein bisschen unfair, selbst wenn solche Vergleiche deutlich wären. Wir müssen uns vielmehr mit dem Land vergleichen, mit dem wir uns im stärksten Wettbewerb befinden. Das ist Nordrhein-Westfalen; da kann man das machen. Dort sitzen DAX-Konzerne. Das Land verfügt über eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das war in den letzten 60 Jahren nicht immer so. Früher hat Bayern die Leistungskraft von Nordrhein-Westfalen fasziniert. Wie sieht es denn heute aus etwa beim Thema Schulden? - Bayern tilgt insgesamt eine Milliarde Euro Schulden. Was macht NRW? - Eine Neuverschuldung von 2,4 Milliarden Euro.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört! Hört!)

Im allgemeinen Haushalt liegt die Schuldenlast Bayerns unter 20 Milliarden Euro. NRW hat derzeit mit neuer Nettokreditaufnahme eine absolute Schuldenlast von 190 Milliarden Euro. Wenn das ehemals stärkste und bevölkerungsreichste Bundesland in Deutschland sagt, dass es trotz Rekordeinnahmen und Rekordniedrigzinsen nicht mehr lebensfähig sei, dann ist damit die finanzielle Symmetrie in ganz Deutschland gefährdet. Bayern kann machen, was es will. Wir brauchen mehr Bayern in der deutschen Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Nur für die Statistiker sage ich Folgendes – ich glaube das ist spannend -: Man muss einmal sehen, was NRW allein an Zinsen zahlt. NRW zahlt durch das, was es aufnimmt, insgesamt noch einmal fast drei Milliarden Euro mehr an Zinsen. Damit könnte man 1.000 km Staatsstraßen bauen, 54.000 neue Polizisten bezahlen oder 46.000 neue Lehrerstellen finanzieren. Das ist allein wegen der Schuldzinsen nicht finanzierbar.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wer regiert denn dort?)

Wir führen immer die Personaldebatte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Das wird nichts für mich werden. Nehmen Sie doch einmal einen anderen Aspekt. Schön, dass Sie es ansprechen. Sie möchten noch mehr von NRW hören?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe noch eine Zahl für Sie. In den Landtagsdebatten wurde uns vorgeworfen – ich bin sicher, das wird später noch kommen –, wir hätten zu wenig Beamte, mal abgesehen von den Finanzbeamten. Zwischen den Jahren 2014 und 2016 werden 700 zusätzliche Finanzbeamte eingestellt. Nächstes Jahr werden wir vom ORH ein mildes Signal – wie die es halt können - bekommen, dass wir vielleicht auf dem richtigen Weg

sind. Wie sieht es generell mit dem öffentlichen Dienst aus? Wie geht man mit ihm um? Wie gehen wir und andere mit dem öffentlichen Dienst um? Kollegin Heckner als Schutzpatronin des öffentlichen Dienstes, jedenfalls in unserer Fraktion, weiß das.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir haben mit den Beamten nicht etwa gespielt und über Bezüge geredet. In Nordrhein-Westfalen hat man gesagt: Wir übertragen Tarifbeschlüsse nicht vollständig. Wir verweigern das. Die dortige Beamtenschaft ist vor das Landesverfassungsgericht gegangen, und, meine Damen und Herren, es gab eine ganz üble Klatsche. Das Landesverfassungsgericht in NRW hat gesagt: Ihr verhaltet euch gegenüber den Beamten unanständig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solcher Weg wäre in Bayern undenkbar. Den gehen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es wird immer so geschimpft. Später wird es ohnehin angesprochen, deshalb sage ich es gleich: Ein bayerischer Steuerhauptsekretär in Endstufe von A 8 – nur zum Vergleich – erhält in Bayern im Jahr rund 1.100 Euro mehr als sein vergleichbarer Kollege in NRW.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Was zahlt er dort an Miete?)

- Wenn er in Wunsiedel wohnt, nicht so viel. - Ein bayerischer lediger Beamter in der Endstufe von A 13 erhält im Jahr 5.000 Euro mehr als ein vergleichbar eingestufte Kollege in NRW. Eines ist klar: Es ist deutlich besser, Beamter in Bayern zu sein als in einem SPD-Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, wir haben uns Mühe gegeben. Wir versuchen, auch in schweren Zeiten die Investitionsquote, die Personalquote, die Finanzierungssalden und die Schuldentilgung ins Gleichgewicht zu bringen.

Lassen Sie mich noch ein paar inhaltliche Aspekte erwähnen. Wir stellen uns Aufgaben, mit denen wir vor einem oder zwei Jahren noch gar nicht gerechnet haben. Eine große Herausforderung ist selbstverständlich das Thema Asyl. Jeden Tag spüren wir die Schwierigkeiten. Wir spüren, dass jeden Tag viele Menschen kommen, auch aus Sorge und Not. Das sage ich ausdrücklich, weil wir uns als Freistaat Bayern der Verantwortung stellen, übrigens mehr, als dies viele andere Bundesländer überhaupt können. Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten beiden Jahren unseren christlichen Verpflichtungen – das sage ich ganz bewusst – nachkommen, humanitäre Hilfe für Menschen in Not zu leisten. Für die nächsten beiden Jahre sind dafür fast eine Milliarde Euro veranschlagt worden. Davon gehen übrigens 650 Millionen Euro direkt an die Kommunen. In anderen Bundesländern wird eine harte Debatte zwischen der jeweiligen Landesregierung und den Kommunen geführt, weil die Landesregierungen den Kommunen kaum Geld geben. Bayern unterstützt die Kommunen mit 650 Millionen Euro. Das ist ein gutes Signal der Solidarität und der Fairness im Umgang miteinander.

(Beifall bei der CSU)

Nur nebenbei bemerkt: Ich glaube, dass wir im Vergleich zu vielen anderen dieser Verpflichtung gut nachkommen. Herr Ministerpräsident, heute hat das Kabinett eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Wir sehen beide Seiten. Selbstverständlich leisten wir humanitäre Hilfe. Das ist in einem christlich geprägten Land selbstverständlich. Wir tun alles, um die Situation zu verbessern. Es gibt aber auch die andere Seite. Deshalb war die Entscheidung im Bundesrat so wichtig, selbst wenn es der einen oder anderen Partei schwergefallen ist. Man hat gemerkt, wie die eigenen Ministerpräsidenten speziell bei den GRÜNEN angegriffen worden sind. Ich glaube, Deutschland braucht ein Instrumentarium. Ich nenne beispielsweise die Drittstaatenregelung, das EU-Recht im Hinblick auf die Einhaltung des Schengen-Abkommens oder Kontingente. Aus Sicht der Staatsregierung ist es wichtig, nicht nur für die Entwicklung eines Ma-

nagements zu sorgen, was die Sozialministerin hervorragend macht. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich bekennen.

(Beifall bei der CSU)

Für solche Krisen gibt es keine erprobten Mittel. Es ist nicht so, dass man einfach ein Muster herausziehen kann. Man muss das gemeinsam entwickeln. Auf der anderen Seite müssen wir, was Überforderung und Verträglichkeit betrifft, gemeinsam daran arbeiten, dass am Ende nicht nur Deutschland und vielleicht sogar nur Bayern alleine die Lasten einer internationalen Flüchtlingsbewegung trägt. An dieser Stelle sind auch andere Partner in Deutschland gefragt. Dafür wollen wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Schwerpunkt ist – glaube ich – fast der wichtigste. Wenn man diesen mit den anderen Punkten zusammenzählt, erkennt man die Stärke Bayerns. Was zeichnet Bayern aus? Warum ist die Wirtschaft hier attraktiver? Warum funktioniert es hier besser? - Die Zuwanderung entsteht hier deshalb, weil die Leute mehr Chancen auf Arbeitsplätze und auf Ausbildung erwarten. Deshalb ist die Entscheidung, ein Drittel der gesamten Staatsausgaben, fast 36 Milliarden Euro bezogen auf die beiden Jahre im Doppelhaushalt – das muss man sich einmal überlegen –, für Bildung, Forschung, Wissenschaft und Entwicklung auszugeben, ein ganz wichtiges Signal. Während andere Länder überlegen, diese Kosten auch zulasten von Arbeitnehmern zu senken, gehen wir den umgekehrten Weg: Wir wollen diesen Wettbewerb des Wissens, den Wettbewerb der Köpfe gewinnen, indem wir ein Angebot machen, das den Schwächeren individuell hilft, aber gleichzeitig die Chance bietet, den Starken zu fördern. Ich sage noch einmal: Beim Erhalt der demografischen Rendite ist die Euphorie des Finanzministers zunächst nachgeordnet. Ich glaube jedoch, dass es eine wichtige und richtige Entscheidung ist. Mit unseren Pädagogen, die in Bayern, wie ich finde, großartige Arbeit leisten, besteht die Chance, im Wettbewerb um Menschlichkeit, aber auch um Wissen ganz vorne dran zu sein. Das ist ein wichtiger Aspekt.

(Beifall bei der CSU)

Das zeigt sich übrigens auch in verschiedenen Relationen. Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen. Woanders wird lange überlegt, was man für die Ganztagesbetreuung machen kann. Einige überlegen sich tatsächlich, Angebote zu machen. In Berlin gibt es für jede Familie und jedes Kind einen Maxi-Cosi umsonst. Das wird durch uns finanziert.

(Lachen bei der CSU)

Das kann man ganz einfach nachvollziehen. Dazu komme ich später noch. Wir sind wieder einen Schritt weiter gegangen. Die Staatsregierung und die Mehrheit des Parlaments haben letzte Woche im Rahmen unserer Klausurtagung, wenn ich das ansprechen darf, die Ganztagsbetreuung thematisiert. Wir wissen, dass die Betreuung heute nicht allein über die Institution Schule im klassischen Sinne gewährleistet ist. Die Lebenssituation der Eltern schreiben wir nicht vor. Wir wollen die bürgerliche Autonomie wahren. Wir schreiben den Leuten nicht vor, was sie essen sollen. Wir schreiben ihnen auch nicht vor, wie sie zu leben haben. Wir helfen ihnen, in diesem Prozess ihr Leben so zu führen, wie sie es wollen.

(Beifall bei der CSU)

Die Beschlüsse zur Ganztagsgarantie sind ein klares Versprechen, das den Bürgerinnen und Bürgern vor der Landtagswahl gegeben wurde. Dieses Versprechen wird erfüllt. In den nächsten Doppelhaushalt werden dafür rund 410 Millionen Euro eingestellt. Wir entwickeln die Konzepte fortlaufend weiter und sagen: Ein gutes Angebot für die Familien in Bayern wird nicht am Geld scheitern. Wir wollen, dass sich jeder, der zu uns kommt und arbeiten möchte, mit seiner Familie hier wohlfühlen kann. Das ist ein ganz klares Signal.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Oliver Jörg, wir knacken zum ersten Mal die Fünf-Milliarden-Grenze bei den Hochschulen. Hier kommen 400 Millionen Euro hinzu. Das ist ein ganz starkes Signal, nicht nur für die Lebensqualität, sondern auch für die Zukunftsoptionen. Der Wissenschaftsminister hat sich mit den Kolleginnen und Kollegen eine Strategie überlegt: Einerseits sollen weiterhin internationale Leuchttürme von einer Qualität geschaffen werden, die nur mit der Qualität in den Ländern vergleichbar ist, wo so hohe Studiengebühren entrichtet werden müssen, dass sich nur die Reichsten der Reichen ein Studium leisten können. Wir gehen aber noch einen Schritt weiter: Der Wissenschaftsminister verfolgt andererseits auch den Ansatz der Dezentralisierung der Hochschulen. Dieser Ansatz ist in Deutschland einzigartig. Woanders sagt man: Zieht halt in die Stadt, in den Ballungsraum. Der Rest wird schon irgendwo etwas finden. Wir sagen genau das Gegenteil. In Bayern ist die Dezentralität eine Stärke. Die Dezentralisierung der Hochschullandschaft wird Bayern Wettbewerbserfolge bringen. Wir stärken damit den ländlichen Raum. Das ist eine Frischzellenkur für unser Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der dritte Schwerpunkt ist die Digitalisierung, eine der ganz großen Zukunftsaufgaben. Ich bin nach wie vor nicht ganz sicher, ob die Mehrzahl der politischen Debattierer verstanden hat, worum es hier geht. Das ist tatsächlich eine grundlegende Veränderung. Der Erfolg der Vereinigten Staaten, deren Rückkehr in den weltweiten Wettbewerb, hängt neben den Energiepreisen sehr stark mit dieser digitalen Entwicklung zusammen. Dort wird die Wertschöpfung der Zukunft gemacht. Das kann jeder bei seinen eigenen Geräten sehen. Das gilt umgekehrt auch für die Arbeitsplätze.

Wir haben hier zwei grundlegende und unglaublich starke Akzente gesetzt. Dieses Konzept betrifft auch die Wirtschaft. Unsere Wirtschaftsministerin hat es vorgestellt. Das Konzept enthält echte Leuchttürme, aber auch Fackeln, die auf ganz Bayern verteilt sind, um dort die wirtschaftliche und digitale Entwicklung voranzutreiben. Wir haben vor anderthalb Jahren einmal vorsichtig gefragt, ob es möglich wäre, eine Digitalisierungs-Milliarde einzustellen. Damals dachten wir, dies wäre ein bisschen voll-

mundig. Im jetzigen Doppelhaushalt werden rund 1,8 Milliarden Euro für digitale Prozesse ausgegeben. Während andere Länder Leitungswasser trinken und versuchen, Bleistifte zu spitzen, gehen wir den Weg ins digitale Zeitalter und werden hier einen Wettbewerbsvorteil haben, den kein anderes Bundesland haben wird.

(Beifall bei der CSU)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt, über den wir hier schon vier Monate lang nicht mehr diskutiert haben, woran man sieht, dass es funktioniert: zum Breitbandausbau. Wir haben lange darüber diskutiert, ob wir in Bayern zu langsam oder zu spät dran sind. Ich respektiere, dass hier gedrängelt wurde. Wir haben auch gedrängelt; denn da muss etwas passieren. Sehen Sie sich einmal die nationale Situation an. Der für Verkehr und digitale Infrastruktur zuständige Bundesminister entwirft derzeit ein Konzept, um anderen Bundesländern zu helfen, damit deren ländliche Gebiete erschlossen werden können. Diese Bundesländer schaffen es selbst nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen schon, dass wir in Deutschland auf einem mittleren Platz sind!)

Woanders besteht überhaupt keine Chance, Gewerbe anzusiedeln, selbst wenn Flächen und Ideen vorhanden sind. Auch eine Hochschule nützt gar nichts, wenn es keine Leitung gibt. Da steht niemand auf der Leitung; da gibt es einfach keine Leitung. Bayern gibt hier 1,5 Milliarden Euro, das sind 1.500 Millionen Euro, aus. Die Ausgaben anderer Länder sind im Vergleich dazu Brotrumen. 54 % der bayerischen Gemeinden, also über 1.100, sind jetzt im Förderverband. In der kurzen Zeit haben über 4.400 Beratungsgespräche stattgefunden, um mit den Kommunen über die beste Ausbauparallel zu sprechen. Allein das "Startgeld Netz" wurde von Hunderten Gemeinden in Anspruch genommen, die sich auf den Weg gemacht haben. Wir werden das Ziel noch nicht in diesem Jahr erreichen, aber bis zum Jahr 2018 oder möglicherweise deutlich schneller werden die bayerischen Gemeinden digital erschlossen sein und

können teilhaben. Nicht nur München, nicht nur Nürnberg und nicht nur Augsburg, das ganze Land muss an der digitalen Entwicklung teilhaben können.

(Beifall bei der CSU)

Für die neuen Energieprogramme wurden 95 Millionen Euro und für die Staatsstraßen 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das ist auch wichtig; denn neben einer digitalen Leitung muss auch eine tatsächliche Erreichbarkeit bestehen. Für Investitionen der Regionalförderung stehen 245 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu passt ein wichtiger Punkt: Über die regionale Förderung und die soziale Verantwortung wurde sehr viel geredet, zum Beispiel über die Barrierefreiheit. Der Freistaat Bayern wird in den nächsten beiden Jahren 200 Millionen Euro einsetzen, um einem wichtigen gesellschaftlichen Anliegen den angemessenen Anschub zu verleihen. Meine Damen und Herren, suchen Sie ein Land, das für dieses Anliegen so viel Geld ausgibt. Liebe Präsidentin Barbara Stamm, das ist ein wichtiges Signal für die Menschen mit Behinderung in Bayern. Wir stellen 200 Millionen Euro für die Barrierefreiheit zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen sind ebenfalls ein wichtiges Thema. Wir diskutieren darüber im Zusammenhang mit dem FAG. Ich möchte nicht darüber reden, was bei den Kommunen insgesamt passiert. Ich habe das Thema Asyl angesprochen. Übrigens ist das Breitband-Programm nichts anderes als ein Zuschuss von 1,5 Milliarden Euro an die Kommunen. Ich spreche auch nicht von den Ganztagsprogrammen, die ebenfalls den Kommunen helfen. Ich spreche auch nicht über die Entlastung in Höhe von fast einer halben Milliarde, die durch die volle Übernahme der Grundsicherung entstanden ist, die der Ministerpräsident durchgesetzt hat. Dies alles sind wichtige Punkte, um die Gemeinden zu entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer dieser Punkte sind die 115 Millionen Euro, die im Vorfeld des Bundesleistungsgesetzes kommen. Dies sind wichtige Entlastungen für die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Kommunen von Schwierigkeiten entlasten, damit sie die Kraft haben, woanders zu investieren und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Hier sind wir mit unserem kommunalen Finanzausgleich auf einem guten Wege. Der Finanzausgleich hat im letzten Jahr bereits die Rekordmarke von 8 Milliarden Euro geknackt. In diesem Jahr wird der Finanzausgleich auf 8,3 Milliarden Euro anwachsen. Das ist erneut ein Rekordfinanzausgleich für die Kommunen. Immer wieder wird gefragt, ob Bayern seine Kommunen etwas wert seien. Die Mehrzahl der Leute in diesem Raum sind Kommunalpolitiker. Bayern fühlt sich immer etwas anders als manches andere Bundesland. Im Städtetag und im Gemeindetag sagen Vertreter aus anderen Bundesländern bezüglich der Bund-Länder-Finzen: Den anderen Bundesländern wollen wir das Geld nicht geben; denn die anderen Finanzminister haben zu klebrige Hände. Das Geld, das für die Kommunen geplant ist, kommt in diesen Ländern nicht bei den Kommunen an. In Bayern können wir feststellen: Wir geben das Geld, das für die Kommunen gedacht ist, 1 : 1 weiter. Meistens legen wir sogar noch etwas drauf.

(Beifall bei der CSU)

Wir diskutieren derzeit auch über Strukturfragen, wo wir ein Signal für den ländlichen Raum setzen wollen. Ich möchte hier jedoch nicht vorgreifen, weil es zur Seriosität gehört, dieses Thema mit den kommunalen Spitzenverbänden im Detail zu besprechen. Ich sage nicht, dass alles toll ist, dass es keine Risiken gibt und dass alles rosarot wäre. Natürlich gibt es auch Herausforderungen. Ich habe bereits die internationalen externen Faktoren angesprochen. Es gibt aber auch Themen, die uns selbst betreffen. Die größte Herausforderung für uns bleibt die BayernLB. Bei der BayernLB hat sich die Situation deutlich verbessert. Wir werden nachher wieder hören, dass dort alles ganz schlimm sei. Dabei wird auf die Jahre 2007 und 2008 verwiesen werden. Das

haben wir auch immer eingestanden. Wir haben immer gesagt, dass der Kauf der HGAA der schwerste wirtschaftspolitische Fehler der bayerischen Nachkriegsgeschichte gewesen ist. Unsere Aufgabe ist es jedoch jetzt, zu überlegen, wie wir es besser machen können. Wir sollten nicht nur sagen: Damals war etwas schlimm. Politik, die sich nur darin erschöpft, einen Rucksack voller Erinnerungen mit sich zu tragen, kann nicht gerade laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Man muss sagen, die BayernLB hat im Kerngeschäft ordentlich gewirtschaftet. Im ersten Halbjahr hat sie ein Ergebnis vor Steuern von 527 Millionen Euro erreicht. Sie verfügt über eine hohe Eigenkapitalquote von über 14 %. Man geht davon aus, dass die derzeitige Überprüfung durch die Europäische Zentralbank für alle systemrelevanten Banken ein gutes Ergebnis bringen wird. Trotzdem bleiben Altlasten. Herr Kollege Weidenbusch, Sie sind unser Landesbankbeauftragter und ich möchte Ihnen und vielen anderen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, ein Dankeschön für das sagen, was hier geleistet wird.

Wir haben jedenfalls ein Problem gelöst, das uns die letzten zwei bis drei Jahre das Leben schwer gemacht hat, nämlich die ungarische Tochter MKB. Durch verschiedene Maßnahmen, die getroffen wurden und für die die MKB nichts kann, war für diese Bank die Situation sehr schwer. Dieser Tage konnte man lesen, dass die ungarische Regierung Beschlüsse gefasst hat, die eine weitere Belastung von über drei Milliarden Euro für ausländische Banken bringen werden. Offiziell ist dies zur Stabilisierung des Finanzplatzes geschehen. Anfang des Jahres war nicht abzusehen, wie mit dem Risiko MKB umgegangen wird. Die Ratingagenturen und die Bankenaufsicht haben uns befragt. - Liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern wurde der Vertrag endgültig unterzeichnet. Möglicherweise erzielen wir zusätzlich 55 Millionen Euro als Kaufpreis, statt etwas überweisen zu müssen. Dadurch wurde erkennbar eine Altlast beseitigt. Das wäre ohne den Einsatz des Ministerpräsidenten unmöglich gewesen. Dafür sage ich ausdrücklich ein Dankeschön. Darin zeigt sich auch, dass jemand

Verantwortung für etwas übernimmt, wofür er überhaupt nichts kann. Das Problem MKB ist gelöst worden. Das ist ein gutes Signal in dieser Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite: Das Problem der ABS-Papiere ist zwar noch nicht gelöst, aber eine Belastung von ehemals 20 Milliarden Euro ist heute auf eine Größenordnung von 6,5 Milliarden zurückgegangen. Daran sieht man, wie die Prozesse verlaufen. Sicherlich haben wir mit der HGAA noch große Schwierigkeiten, da beißt die Maus keinen Faden ab. Mit der HGAA hatten wir – das kann man ausdrücklich so sagen – eine starke Rechtsposition vor den Gerichten gehabt. Wir hätten uns nie vorstellen können, dass ein Land ein Gesetz erlässt, mit dem es sich quasi selbst entschuldet. Dieses Gesetz ist übrigens unter heftiger Kritik der Europäischen Union, des Österreichischen Bankenvverbandes und des IWF erlassen worden. Der Bundespräsident von Österreich hat bei der Unterzeichnung des Gesetzes gesagt, er könne das Gesetz nicht als verfassungsgemäß bezeichnen, aber er unterschreibe es, weil er dem Verfassungsgericht die Möglichkeit geben wolle, die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes genau zu überprüfen. Wir werden dem Verfassungsgericht diese Möglichkeit eröffnen. Das wird noch ein schwieriger Prozess. Es ist noch nicht absehbar, wie sich das entwickeln wird. Wir versuchen alles, um von Bayern Schaden abzuwenden. An der Stelle kann man wirklich sagen: Der Freistaat hat nichts versäumt und nichts falsch gemacht. Die Schuld liegt hier erkennbar bei anderen. Trotzdem nehmen wir auch diese Herausforderung an. Wir werden alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Landesbank und den Haushalt des Freistaates Bayern stabil zu halten. Es ist ein schwieriger Prozess, aber wir werden uns da einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Ein allerletzter Punkt, wenn wir von Risiken reden: Wir müssen auch mit Ratingagenturen reden. Auch das ist anders als vor 20 Jahren. Als Ratingagenturen das erste Mal einen Länderfinanzminister gefragt haben, wie es geht, habe ich mir gedacht, das sei

eher ein Witz. Bei diesen Gesprächen ist der Minister persönlich anwesend. Natürlich ist bei diesen Gesprächen die Bank immer eine Frage. Bei einem zweiten Risiko besteht bei den Beratern aber völliges Unverständnis. Insbesondere von Beratern, die nicht aus Deutschland kommen, wird immer die Frage gestellt: Wieso überweisen Sie fast 10 % Ihres Haushalts einfach so, ohne sich dagegen zu wehren, obwohl es Ihr Steuergeld ist? Sie ahnen, was damit gemeint ist. Es ist der Länderfinanzausgleich. Die veranschlagten 4,7 bzw. 4,9 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2015/2016 sind die größten Einzelposten im bayerischen Staatshaushalt. Der größte Posten im bayerischen Staatshaushalt ist der Länderfinanzausgleich. Mittlerweile zahlen wir fast 60 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Das zahlt nur Bayern. Deswegen sage ich Ihnen: Es ist unfair, dass der bayerische Steuerzahler Steuern zahlt und dafür kein Äquivalent bekommt. Der bayerische Steuerzahler bekommt weniger von seinen Steuern zurück, weil er anderswo schlechte Politik mitfinanzieren muss. Das geht einfach nicht weiter so. Daran muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen verfolgen wir eine zweigeteilte Strategie. Das eine ist die Klage. Das andere sind die neuen Bund-Länder-Verhandlungen, die übrigens sehr schwierig sind, weil die Interessen völlig unterschiedlich sind. Dabei streiten sich viele andere. Mittlerweile rückt selbst das grün-rot regierte Baden-Württemberg trotz Versuchen, es parteilich anders zu sehen, immer weiter zu uns, weil die Schwaben und die Badenser mit dem Länderfinanzausgleich genauso überfordert sind wie die Franken und die Bayern. Deswegen ändert sich etwas am Länderfinanzausgleich. Naiv wäre es aber, auf folgende Forderung einzugehen: Zieht erst einmal die Klage zurück, dann wird verhandelt; wir trinken einen Kaffee und essen ein paar Plätzla. Das wäre naiv. Wenn es ums Geld geht, meine Damen und Herren, hört die Freundschaft auf. Deswegen brauchen wir die beiden Strategien, die Klage und die Verhandlungen. Es werden schwierigste Verhandlungen werden. Das merkt man schon jetzt. Diese Fragen können nur ganz oben entschieden werden. Das schaffen keine Staatssekretäre und auch keine Minis-

ter. Diese Frage muss an der Spitze entschieden werden. Unsere Position ist, dass Bayern ein Stück Entlastung braucht und im Länderfinanzausgleich Strukturreformen erfolgen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, dass der Haushalt langweilig und trocken wirkt. Ich weiß, dass Peter Winter und seinen Kollegen spannende Wochen bevorstehen. 5.500 Seiten und 15.000 Einzelposten erfordern wirklich harte Arbeit. Ich wünsche dabei viel Freude und auch gute Beschlüsse.

Wir legen heute einen Entwurf auch für die bayerischen Bürger vor, damit sie die Möglichkeit haben, Einblick in unsere Philosophie zu bekommen. Wir legen einen Haushaltsentwurf vor, der gewissermaßen das Rückgrat ist, um auch in Zukunft in einer unsicheren Welt aufrecht gehen zu können, Sicherheit zu haben, nicht zu stolpern und auch noch das Signal zu setzen, dass wir versuchen, jede anstehende Herausforderung anzunehmen. Dieser Haushalt ist auch in schwierigsten Zeiten der bislang stabilste Haushalt, den wir vorlegen. Ich bitte deshalb um wohlwollende Beratung und Zustimmung am Ende des Prozesses. Ich glaube, dieser Haushalt ist tatsächlich super-super. Herzlichen Dank, ich freue mich auf die Beratung.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass der Vertreter der Staatsregierung die Redezeit von 30 Minuten um 6 Minuten und 40 Sekunden überzogen hat. Aus diesem Grund stehen jeder Fraktion nun 36 Minuten und 40 Sekunden Redezeit zu. Als erster Redner hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. - Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war sie also für heute; wir haben sie schon mehrmals erlebt; wer bei den Empfängen des

Herrn Finanzministers dabei ist, erlebt sie permanent in Bayern: die Super-Super-Haushaltsshow. Finanzminister Söder tritt als Weltpolitiker auf.

(Beifall bei der CSU)

Es geht von der Ukraine über Ebola, NRW bis zur EZB.

(Zuruf von der CSU: Champions League!)

Das kann man an diesem Rednerpult alles machen. Man kann auch sagen: Es ist der beste Haushalt, den wir je hatten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Bei allem großmächtigen Gehabe, das zumindest akustisch einer CSU-Fraktion zu Gebote steht, müssen Sie darauf achten, dass nicht die größten Sprüche zum Haushalt herauskommen, die wir je gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen nicht zu, dass von dem abgelenkt wird, was hier in Bayern stattzufinden hat, nämlich bayerische Haushaltspolitik und bayerische Landespolitik. Den Bürgern kommt es nicht darauf an, große Reden über die Welt und die EZB zu hören. Es kommt ihnen darauf an, dass die Probleme in Bayern angepackt werden. Sie haben Ihre Hausaufgaben in Bayern zu machen, aber da bleiben Sie auch bei diesem Doppelhaushalt leider vieles schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf auf ein paar Punkte eingehen. Ich glaube, dass wir, die Opposition und besonders auch die SPD-Fraktion, bei den vergangenen Haushaltsberatungen Punkte gesetzt haben, um die Sie bei der Gestaltung dieses Haushalts nicht herumgekommen sind. Schauen wir doch einmal, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, ruhig und genau auf das, was jenseits der Hochglanzrhetorik übrig bleibt.

Der Finanzminister hat die Schuldentilgung hervorgehoben. Aber wir fragen uns: Wenn die Finanzierung komplett aus den Rücklagen erfolgt und die Konjunkturentwicklung mit einigen Fragezeichen zu versehen ist - bei Herrn Söder ist das angeklungen -, ob und wenn ja, wie sie wieder aufgefüllt werden.

Wir fragen uns vor allem: Wie kommt die Schuldentilgung zustande? Sie kommt nur dadurch zustande - das ist der entscheidende Punkt -, dass Sie andere Lasten in die Zukunft schieben. Sie plündern die Pensionsvorsorge im Milliardenumfang; das wissen Sie selbst. Sie verursachen einen Stau bei der Unterhaltung staatlicher Gebäude und Liegenschaften. Sie unterlassen Investitionen. Wenn der Oberste Rechnungshof schon zitiert wird, dann bitte vollständig - Herr Minister, hören Sie genau hin! -: Der Stau bei der Unterhaltung staatlicher Gebäude und Liegenschaften hat eine Größenordnung von 2 Milliarden Euro erreicht. Mindestens in gleicher Höhe unterlässt die Staatsregierung Infrastrukturinvestitionen. Darauf basiert die Schuldentilgung.

Jeder Haushaltspolitiker muss sehen: Ihre Haushaltspolitik führt zu versteckter Verschuldung, und dann brüsten Sie sich mit dem Abbau von Verschuldung durch Tilgung. Den Begriff "versteckte Verschuldung" haben Sie noch zurückgewiesen, Herr Söder. Den Begriff kannten Sie nicht, damit konnten Sie nichts anfangen. Dabei hat ihn der Herr Ministerpräsident in einem Interview selbst verwendet. Dass Sie versteckte Verschuldung in dieser Größenordnung produzieren, ist etwas, was wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie verschieben Lasten in die Zukunft. Das muss man kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden einwenden: Was will er denn mit dem Hinweis auf "versteckte Verschuldung" und "unterlassene Investitionen" sagen? Was meint er konkret?

Ich lese Ihnen nur zu einem Einzelplan des Staatshaushalts – konkret: dem Einzelplan 03 Teil A, der in der Verantwortung des Innenministers steht – aus einem Schreiben des zuständigen Ressortministers vor. Darin geht es auch um Gebäude der bayerischen Polizei und der Verwaltung. Die Projekte werden erläutert. Das Schreiben

liegt mir vor; Herr Söder, Sie haben dankenswerterweise einen Abdruck bekommen. Zunächst ist zu lesen, dass man mit diesem Doppelhaushalt bestimmte Vorhaben finanzieren könne. Aber dann folgen drei kritische Punkte:

Erstens. Baumaßnahmen mit einem Gesamtumfang von rund 100 Millionen Euro, für die die Haushaltsunterlage Bau in Arbeit bzw. bereits fertiggestellt ist, können wegen fehlender Haushaltsmittel nur mit zeitlicher Verzögerung begonnen werden. Das Vorlesen der Liste erspare ich Ihnen, auch im Hinblick auf meine begrenzte Redezeit; Sie können das alles nachlesen. Aber das ist nur ein kritischer Punkt.

Zweitens. Für zahlreiche Baumaßnahmen – diese werden genannt; es handelt sich um wichtige Projekte für die innere Sicherheit –, deren Gesamtkosten bei 90 Millionen Euro liegen, ist derzeit kein Planungsauftrag möglich, weil die anschließende Finanzierung der Baudurchführung nicht gesichert ist. Das ist der zweite kritische Punkt, den der Innenminister anspricht.

Drittens geht es um das, was eigentlich notwendig ist – der Herr Innenminister hat es klar gesagt –: Die Auflistung enthält nur Baumaßnahmen, die bereits in den Haushaltsplan aufgenommen wurden. Aber auch diese sind nicht finanzierbar, hören wir.

Darüber hinaus besteht ein erheblicher Investitionsstau bei den Baumaßnahmen der Polizei. Der bereits bekannte Baubedarf beläuft sich auf 500 Millionen Euro.

Allein die kritischen Anmerkungen zu diesem einen Einzelplan zeigen auf, wie Sie im Zusammenhang mit dem Haushalt agieren: Sie verschieben Investitionen, die dringend notwendig sind, in die Zukunft und brüsten sich dann mit einer vermeintlich soliden Haushaltspolitik. Notwendige Investitionen zu unterlassen, ist allerdings keine solide Haushaltspolitik.

Wir müssen es an dieser Stelle deutlich ansprechen: Wenn wir die kritischen Anmerkungen auch zu den anderen Ressorts bekämen und die zuständigen Minister genauso wie der Herr Innenminister ihren jeweiligen realen Investitionsbedarf für zwingend

erforderliche Projekte präsentierten, dann würden wir eine noch spannendere Haushaltsdiskussion führen. Wir werden darauf drängen, dass wir die Zahlen bekommen. Dann schaut die Bilanz ganz anders aus, als sie der Finanzminister heute darstellen will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zum Thema Landesbank will ich nicht viel sagen. Wenn jedoch der Herr Finanzminister das Triple-A-Rating für Bayern so hervorhebt, dann wird mir ganz schwummerig zumute, denn wir hatten schon einmal ein Triple A – bei der Landesbank! Wozu das geführt hat, haben wir gesehen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Bis heute sind 11,8 Milliarden Euro Steuerzahlergelder in diese Bank geflossen, weil der Steuerungsverlust bei der CSU und ihr Großmachtgehebe so groß waren. 11,8 Milliarden Euro Steuergelder haben wir in dieser Bank versenkt. Mittlerweile weiß jedes Schulkind, das man fragt, was das beste Beispiel für unsinniges Geldausgeben ist: die Bayerische Landesbank! Verantwortlich dafür war die CSU. So schaut es aus.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Größenordnung der Rückzahlung, die der Herr Finanzminister in diesem Etat fest schreibt, steht zudem infrage; das ist völliges Wunschdenken. Wir haben dazu in kleinerem Rahmen im Haushaltsausschuss einen wunderbaren Dialog zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister erlebt. Man muss es ehrlich sagen: Die Bayerische Landesbank bleibt eine der maßgeblichen offenen Flanken dieses Staatshaushalts. Das ist Ihre Verantwortung, die Verantwortung der CSU.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zu dem Thema Länderfinanzausgleich nur ganz kurz: Wir hatten bereits Änderungen im Länderfinanzausgleich zugunsten Bayerns gefordert, als die CSU ihre damals ver-

handelte Lösung noch als "gutes Verhandlungsergebnis" uns gegenüber verteidigte. Das ist die Ausgangslage.

Wir sagen seit vielen Jahren deutlich: Die Belastung Bayerns muss zurückgeführt werden. Wir müssen den Bund dazu bringen, mehr in die Strukturförderung und die Hauptstadtaufgaben zu investieren. Wir wollen bessere Anreizstrukturen. Wir wollen eine Verringerung des Ausgleichsvolumens. Dafür haben Sie auch unsere Unterstützung.

Es ist aber nicht mehr die Zeit der flotten Sprüche, der Bierzelparolen, die eine ganz einfache Lösung verheißen. Jetzt geht es darum, Bündnispartner für die Verfolgung bayerischer Interessen zu finden. Hosenträgerschnalzen und das Ringen um die Luft-
hoheit über den Stammtischen genügen nicht mehr; jetzt müssen Sie liefern. Das, was nach der Vereinbarung des letzten Länderfinanzausgleichs stattgefunden hat, wollen wir in diesem Hause nicht mehr erleben. Schon damals verhandelte die CSU-geführte Staatsregierung, der Herr Ministerpräsident stimmte im Bundestag zu. Ihre Fraktion bejubelte das Ergebnis, das der damalige Ministerpräsident Stoiber hier vortrug. So etwas wollen wir kein zweites Mal erleben. Deswegen betone ich: Nach den Sprüchen müssen Sie jetzt liefern.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf in die Debatte noch ein Thema einbeziehen, das Sie nicht angesprochen haben: Wir sind der festen Überzeugung, dass wir auch das Thema "kalte Progression" angehen müssen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit; denn dabei geht es um den Einkommensteuertarif für die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Übrigens haben wir die finanziellen Spielräume dafür ein Stück weit erarbeitet, beispielsweise durch den Mindestlohn, der ab 2015 gilt.

(Beifall bei der SPD)

Er bringt nicht nur zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherungskassen, sondern auch 2,6 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen.

Was hören wir zu diesem Thema vonseiten der CSU? Söder wollte das Problem zunächst sofort angehen. Das hätte man machen können. Dann kam die Mitteilung seines Parteivorsitzenden, des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer, das sei derzeit nicht finanzierbar. Es folgte der nächste Vorschlag von Finanzminister Söder: Wir regeln das ab 2020, im Zuge der Reform des Solidaritätszuschlags. - Als Finanzierungsvolumen ließ er 9 Milliarden Euro verlautbaren. Dann hörten wir wieder den Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden Seehofer: Wir gehen das Problem nicht erst 2020, sondern schon 2017 an. - Söder wollte 9 Milliarden Euro, Seehofer hat 3 bis 5 Milliarden Euro genannt. Wir haben im Augenblick eine Staatsregierung, deren maßgebliche Mitglieder, der Ministerpräsident und der Finanzminister, in der Steuer- und Finanzpolitik definitiv nicht mit einer Stimme sprechen. Einmal heißt es hü, dann wieder hott. Es gibt vier Meinungen: die des Finanzministers von letzter Woche, die des Ministerpräsidenten von vorgestern, die des Finanzministers von gestern und die des Ministerpräsidenten von heute. Was morgen passiert, will ich gar nicht wissen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber wir müssen das Problem der "kalten Progression" angehen.

Auch bei dem nächsten Thema, das ich ansprechen muss, dürfte der Jubel des Obersten Rechnungshofs sehr bescheiden ausfallen. Es geht um das Dauerärgernis, das wir seit Jahr und Tag kritisieren: die schlechte Personalausstattung der Steuerverwaltung. Den entscheidenden Durchbruch schaffen Sie einfach nicht. Dabei ist das ein zentraler Punkt für die Steuergerechtigkeit, insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

1.800 Stellen sind zum 01.01.2014 nicht besetzt. Das ist nicht der Personalbedarf an den Finanzämtern, sondern diese Stellenanzahl steht in dem Haushaltsplan, den Sie beschlossen haben. Aber er wird an den Finanzämtern nicht umgesetzt. In den letzten Jahren hat es eine leichte Steigerung gegeben, nämlich um 94 Stellen in drei Jahren. Bei gleicher Steigerung würde es aber noch 58 Jahre dauern, bis wir die Sollstärke bekommen, die im Haushaltsplan steht. Sie verhindern im Augenblick mit den Anstrengungen, die Sie unternehmen, nur, dass es nicht noch schlechter wird. Wir aber wollen, dass die Steuergerechtigkeit in Bayern endlich besser wird und dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr die Dummen sind. Das ist unsere Forderung, und dieser Haushalt trägt ihr nicht Rechnung.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Thema, wie Tarifabschlüsse im Beamtenbereich vollzogen werden, will ich mich nicht äußern, Herr Finanzminister. Sie haben die Tarifabschlüsse in der Beamtenbesoldung in eigener Verantwortung nicht nachvollzogen. Was Sie anderen vorwerfen, haben Sie selber praktiziert. So viel Selbstkritik sollte – man kann es sich kaum vorstellen – auch bei Ihnen möglich sein.

Aber ich möchte andere Themen im Bereich des Personals ansprechen. Da verkünden Sie nämlich Dinge, streichen aber andere zur gleichen Zeit wieder. Ich möchte einige Beispiele nennen, weil der vom Herrn Ministerpräsidenten angekündigte Stellenstopp im Raum steht. Einiges darf man den Bürgern draußen nicht zu oft sagen, weil sie sonst erklären: Da passt im Freistaat Bayern einiges nicht.

Bei der Unterbringungsverwaltung werden im Jahr 2014 infolge der Stellenstreichung zwölf Stellen gekürzt. Ich habe die Liste, die auch dem Haushaltsausschuss vorlag. Danach werden zwölf Stellen gekürzt. Auf der anderen Seite wissen wir, dass wir gerade bei der Unterbringungsverwaltung riesige Herausforderungen haben.

Es geht weiter. Bei den staatlichen Bauämtern werden 79 Stellen gekürzt, obwohl wir in diesem Bereich eine riesige Herausforderung haben. Bei den Ämtern für Ländliche

Entwicklung – das ist ein Megathema im Freistaat Bayern – werden 17,4 Stellen gekürzt. Das mag nach wenig klingen, bedeutet aber eine Reduzierung an allen Ämtern.

Bei den Wasserwirtschaftsämtern verkünden Sie neue Stellen für den Hochwasserschutz. Wir haben aber eine Streichung von 73 Stellen. Da wird etwas ausgerufen, es werden mehr Stellen angekündigt, und zur gleichen Zeit streichen Sie an anderer Stelle. Sie betreiben keine solide Personalpolitik, und Sie müssen endlich die Widersprüche auflösen. Wir werden Anträge stellen, und die CSU wird zu diesen Punkten Farbe bekennen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte in der ersten Debatte zum Haushalt ein paar wichtige Dinge ansprechen. Viele Anstöße der SPD und der anderen Oppositionsfraktionen sind aufgegriffen worden, und es gehört zum parlamentarischen Umgang miteinander, dass man das auch anerkennt. Allerdings gibt es nach wie vor viele Versprechen, die mit der Haushaltsrealität nicht zusammenpassen. So haben wir bei den verschiedenen Themen Licht und Schatten.

Ich möchte einen Punkt besonders herausgreifen, nämlich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern, ein Megathema. Wir stellen fest, dass es – Gott sei Dank! – eine Nordbayern-Initiative gibt. Allerdings nimmt sie, wie man sieht, wenn man genau hinschaut, nur viele laufende Projekte auf. Wo neue Projekte benannt werden, sind Wissenschaft und Forschung im Fokus. Das ist wichtig, trifft aber vor allen Dingen die Entwicklung in großen Zentren, insbesondere an Universitäten. Wir rüsten mit diesem Programm nicht die strukturschwachen Räume auf, aber genau da haben wir den dringendsten Bedarf. Ich darf Ihnen einmal kurz vortragen, was Bevölkerungsforscher Dr. Norbert Schneider im "Staatsanzeiger" – das ist also keine SPD-Meinung – am 20. Juni ausgeführt hat: "Bayern darf nicht so weitermachen wie bisher, weil Bayern mehr als alle anderen Bundesländer von den regionalen Disparitäten besonders betroffen ist. Der Durchschnitt in Bayern mag stimmen, aber viele Gegebenheiten in den

Regionen nicht." - Dem kann man nur uneingeschränkt zustimmen. Mit Ihrer Politik ändern Sie diese Verhältnisse aber leider nicht. Sie tun zu wenig für die strukturschwachen Räume im Freistaat Bayern, insbesondere im nordbayerischen Raum, aber auch an anderer Stelle. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf noch aus einem Papier vom September zitieren, das bei einem Gespräch mit dem Finanzministerium vorlag. Der Vorsitzende des Oberfränkischen Gemeindetags führte in diesem Papier ausdrücklich aus: "Viele unserer Kommunen sind nicht mehr in der Lage, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten." Dann kommt ein pointiertes Zitat: "Die Ortsstraßen sehen aus wie die Infrastruktur 1989 in der DDR." Das haben wir uns 25 Jahre nach dem Mauerfall nicht so vorgestellt, und das muss sich ändern. Die Bilanz Ihrer Regional- und Strukturpolitik in Bayern ist erschütternd, und da sind Sie gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Wie man in dieser Situation die Mittel für die Regional- und Wirtschaftsförderung im Doppelhaushalt um 70 Millionen Euro kürzen kann, ist mir ein völliges Rätsel. Dort, wo wir mehr tun müssen und wo wir dringenden Handlungsbedarf haben, kürzen Sie die Regional- und Wirtschaftsförderung. Das können wir nicht akzeptieren, da muss der Landtag klar Farbe bekennen. Da macht die Staatsregierung einen Fehler, das hätte nie in den Entwurf geschrieben werden dürfen. Deswegen kämpfen wir dagegen auch an. Wir wollen die Regional- und Wirtschaftsförderung ausbauen und nicht kürzen. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben viel über Subsidiarität, Dezentralität und Eigenverantwortung in den Bundesländern gesprochen. Sie wollen mehr Föderalismus für Bayern. Das ist in Ordnung, und das ist auch unsere Position. Aber gerade dort, wo die Bayerische Staatsre-

gierung und die CSU-Fraktion selbst gestalten können, nämlich in der bayerischen Landespolitik, wollen Sie keinen Föderalismus, keine Dezentralität und keine Subsidiarität.

Wir wollen – das fordern wir ganz klar – den Regionen Regionalbudgets geben, damit die wunden Punkte dort angepackt werden können, wo der Schuh am deutlichsten drückt, und damit Geldmittel nicht allein dort ausgegeben werden, wo das die Staatsregierung in München für sinnvoll hält. Wir wollen mehr Kompetenz und mehr Verantwortung für die bayerischen Regionen. Das wäre ein Beitrag zum deutschen Föderalismus, den Sie leisten können, ohne die in Berlin zu fragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Barrierefreiheit, auch einem Megathema, und stelle fest, dass das, was im Haushalt für die Barrierefreiheit vorgesehen ist – in die Details werden wir in den Ausschüssen und in der Schlussberatung gehen –, den Ansprüchen, die der Herr Ministerpräsident in diesem Zusammenhang stellt, nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Nach meiner Lektüre des Haushaltes sind die 30 Millionen Euro mehr allein der Etat für die Busförderung, die der Freistaat ohnehin erbringt, die aber in die Ausgaben für die Barrierefreiheit eingerechnet wurden. 10 Millionen Euro pro Jahr sind für die Barrierefreiheit an Bahnhöfen vorgesehen. Das bedeutet bei zwölfteinhalf Millionen Einwohnern und bei der Zahl der Bahnhöfe in einem Flächenland wie Bayern, dass vielleicht ein, zwei oder drei Projekte umgesetzt werden. Aber die Forderung "Barrierefreiheit 2023" wird damit definitiv nicht erfüllt. Das ist angesichts der Versprechungen des Ministerpräsidenten ein Armutszeugnis für die Staatsregierung, muss ich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Informationen stimmen, die ich habe, ist es noch schlimmer. Danach hängt die Fortführung der Land-Bahn-Konzepte für die Barrierefreiheit - zumindest gibt es noch keine andere Erklärung – nach 2018 im Augenblick daran, dass der Freistaat Bayern der Bahn dafür keine Finanzierungszusage gibt. Die Bahn würde in den bayerischen Bahnhöfen gern mehr Barrierefreiheit planen, wenn aus der Staatskanzlei oder dem Finanzministerium grünes Licht käme. Im Augenblick scheint das aber noch nicht der Fall zu sein. Wir fordern Sie auf, dieses grüne Licht noch während der Haushaltsberatung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu den Themen Schule, Bildung und Betreuung. Da kann man in den Vordergrund stellen, dass es jetzt Mehrausgaben von 560 Millionen Euro gibt. Aber man muss dazusagen, dass das, was davon in den Schulen, bei den Lehrern, bei den Schülerinnen und Schülern ankommt, nur 57 Millionen Euro, also gerade einmal 10 %, sind. Für mich ist entscheidend, was hinten herauskommt, und die Schulkinder würden sich zu Recht beschweren, wenn ihnen ein Brezenrest von 10 % als ganze Breze verkauft würde. So etwas versuchen Sie mit der von Ihnen genannten Summe. Dahinter stecken aber nur 10 % für den wirklich notwendigen Bedarf an den Schulen. Das ist uns zu wenig.

Wir anerkennen ausdrücklich, dass die sogenannte demografische Rendite – zumindest ist das die Diktion bis zum Ende der Regierung von Ministerpräsident Seehofer – im System verbleiben soll. Das war auch unser Vorschlag. Wir stellen aber fest, dass wir im Augenblick eine massive prekäre Situation an den Schulen haben. Der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband hat zu der Auftaktsitzung des Bayerischen Landtags die wunden Punkte an den Schulen ganz klar markiert: Die Unterrichtsversorgung ist nur eingeschränkt gewährleistet. Das ist für ein Bildungsland wie den Freistaat Bayern kein wunderbares Zeugnis. Wir werden schon genau hinschauen, was mit der Gymnasialreform verbunden ist und was Sie tatsächlich an Mitteln und Stellen in den Haushalt einstellen. Wir werden das genau verfolgen.

Genauso konsequent werden wir auch verfolgen, dass das Versprechen des Ministerpräsidenten uneingeschränkt eingehalten wird. Deshalb werden wir auch dieses Jahr Forderungen erheben, was die im letzten Jahr gestrichenen Lehrerstellen betrifft. 773 Stellen sind von Ihnen gestrichen worden, obwohl sie nach den Grundsätzen der demografischen Rendite gehalten werden müssen. Wir wollen, dass Sie Farbe bekennen und die Versprechen einhalten, die Sie dem bayerischen Volk gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Ganztagschulen höre ich viele Absichtserklärungen. Der Ganztagsgipfel steht nach wie vor aus. Ich kann nur ganz kurz das geschäftsführende Präsidialmitglied des Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse, zitieren:

Weil die bestehenden Ganztagschulen stark unterfinanziert sind, müssen die Gemeinden zusätzlich in die Tasche greifen. So wird Bildungsqualität abhängig von der jeweiligen Finanzkraft der Gemeinde.

Das ist die augenblickliche Situation in Bayern. Beenden Sie diesen Missstand schnellstmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Zusammenhang mit den Kindergärten stand ein Versprechen aus dem Bayernplan im Raum, nämlich: Wir wollen die Politik der Gebührenentlastung bei den Kindergärten fortsetzen. Leider hat sich das Versprechen im Bayernplan bis zur Einbringung des Haushalts verflüchtigt, denn es findet sich nicht mehr im Haushaltsplan. Dieses Wahlversprechen haben Sie leider kurzerhand geopfert. Verlässlichkeit als Kennzeichen der Politik schaut anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Hochschulen spart Bayern durch die BAföG-Entlastung ab 2015 jährlich 170 Millionen Euro. Wir wollen genau wissen, wofür das eingesparte Geld in Bayern

konkret ausgegeben wird! Wir akzeptieren nicht, dass die bisherigen Defizite in der Hochschulinfrastruktur, aber auch bei den Stellen durch diese Einsparungen nur ausgeglichen werden. Die zusätzlichen Mittel sind nicht dafür da, um die Defizite bei der Bayerischen Staatsregierung auszugleichen. Wir wollen, dass die Mittel zusätzlich an den Hochschulen ankommen. Wir können uns auch vorstellen, den Bereich der Bildung einschließlich der frühkindlichen Bildung mit einzubeziehen. Wir werden das Thema auf den Prüfstand stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten stellen wir fest, dass Sie nach wie vor eine Retro-Politik betreiben: Die Lehrbeauftragten werden nach wie vor so bezahlt wie in den Siebzigerjahren. Es gab kaum eine Steigerung. Ganze Hochschulgebäude – ich würde sogar sagen: viele – sehen nach wie vor aus wie in den Siebzigerjahren. Ich glaube, diese Retro-Politik sollten Sie beenden. Sowohl die Lehrbeauftragten an den Hochschulen wie auch die Hochschulgebäude haben es verdient, im Interesse der Studierenden endlich im 21. Jahrhundert anzukommen. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei der SPD)

Ein kurzes Wort zum Kulturstaat Bayern und zum Denkmalschutz. Ich denke, wir sollten das Thema Musikschulen grundsätzlich einmal nach vorne bringen. Da fehlt noch einiges. Auch in Bezug auf die nichtstaatlichen Theater sehen wir massiven Handlungsbedarf.

Ich darf auch zum Denkmalschutz etwas sagen: Der frühere Präsident des Bayerischen Landtags, Johann Böhm, ist Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege. Er hat einen Vorschlag unterbreitet, den auch Sie kennen, nämlich die Initiative Kulturerbe Bayern. Was ist der wesentliche Inhalt dieses Vorschlags, den ich durchaus unterstütze? – Die zentrale Aussage ist: Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege unterstützt die Denkmaleigentümer fachlich, hat aber für effektive Hilfe

nicht ausreichend Finanzmittel. Das ist das Versäumnis von Staatsregierung und CSU-Mehrheit; sonst wäre eine solche Initiative gar nicht notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Das muss man Ihnen einmal in das Stammbuch schreiben, wenn es um den Kulturstaat Bayern geht.

Werfen wir einen kurzen Blick auf den Klimaschutz und die Energiewende: Die Erklärungsbedürftigkeit der Staatsregierung ist so deutlich geworden, dass Frau Ministerin Aigner eine Regierungserklärung angekündigt hat. Die Erklärungsbedürftigkeit ist groß, weil Sie ein Klimaprogramm 2020 ausgeworfen hatten. Das ist aber bereits 2012 ausgelaufen. Seit drei Jahren gibt es keine Impulse mehr auf diesem Feld. Jetzt werfen Sie ein neues Klimaprogramm 2050 aus; also die Zielmarke möglichst weit entfernt. In diesem Zusammenhang darf ich fragen: Wenn das alte schon so früh ausgelaufen ist, darf ich dann damit rechnen, dass das neue Klimaschutzprogramm gleich im Jahr 2018 nach der Landtagswahl ausläuft? Nach den bisherigen Vorgehensweisen von Ihnen wäre das zu prognostizieren. Uns fehlt nach wie vor das Konzept in Bezug auf die Einzelprojekte und die Perspektiven im Haushalt. Ich glaube, es ist keine Großtat, wenn Sie bei den staatlichen Gebäuden in Bezug auf die energetische Sanierung fünf Millionen Euro weniger im Klimaprogramm vorsehen als im laufenden Haushalt 2014. Wir brauchen mehr Investitionen. Nach meinem Urteil ist Ihre Klima- und Energiepolitik haushalterisch so chaotisch, inkonsequent und widersprüchlich wie der Inhalt. Deshalb sollten wir in der Haushaltsberatung auch darauf besonders schauen.

Zum Thema Asylpolitik ist viel gesagt worden. Es wäre schon gut gewesen, wenn die vielen Warnungen, die vielen Hinweise und Anträge aus diesem Haus zum Thema ernst genommen worden wären und die Beschlüsse umgesetzt worden wären. Denn dann wären wir nicht in dieser Situation, in der wir uns im Augenblick befinden. Sie be-

kommen jede Unterstützung zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in Bayern. Bloß muss die Staatsregierung endlich ihre eigenen Beschlüsse umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Last, but not least will ich den Wohnungsbau ansprechen, weil er heute schon einmal Thema war: Staatsminister Herrmann – ich darf ihn zum zweiten Mal zitieren – hat das Jahr 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen. Es kann sein, dass dieses Jahr vielleicht sogar übergeordnet begangen wird. Ich will nur feststellen, wie das Jahr des Wohnungsbaus in Bayern in Bezug auf den Staatshaushalt begangen wird, zumindest nach dem, was die Staatsregierung im Augenblick vorhat. "Jahr des Wohnungsbaus" heißt für Sie: massive Kürzung bei der Wohnraumförderung. Sie kürzen die Ausgabemittel des Freistaats Bayern von 30 Millionen auf 0 Millionen. Das ist eine Totalstreichung. Sie kürzen die Verpflichtungsermächtigungen um 21,4 Millionen jährlich. Der Bund engagiert sich. Der Bund macht mehr, weil es notwendig ist, aber der Freistaat Bayern kürzt, damit die an sich notwendigen Mittel an anderer Stelle zur Verfügung stehen. Sie werden den Herausforderungen der Wohnungspolitik und der Wohnraumförderung mit dieser Kürzung definitiv nicht gerecht. Das ist eine Schande in Bezug auf die Notwendigkeit dieser Förderung.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss: Herr Finanzminister, Sie haben viel angesprochen. Es wäre auch Zeit gewesen – Sie haben als Staatsminister ja unbegrenzte Redezeit -, wenn Sie auch die SPD einmal gelobt und nicht nur kritisiert hätten.

(Beifall bei der SPD)

Klare Position: Bayern steht, was die Einnahmesituation und die fiskalischen Spielräume angeht, sehr gut da. Ihre Darstellung der Haushaltssituation war erwartbar. Es wäre aber der Redlichkeit geschuldet gewesen, zu erwähnen, dass die SPD einen massiven Beitrag zu dieser guten Ausgangslage geleistet hat. Ich darf in diesem Zu-

sammenhang das Konjunkturprogramm II erwähnen, die Übernahme der Grundsicherung im Alter bei Erwerbsminderung, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die uns eine Milliarde Euro im Jahr mehr einbringt. Sie haben sich gegen den Ankauf von CDs mit Steuerdaten gewandt. Wir haben es gemacht und vertreten. Dadurch ist die Zahl der Selbstanzeigen gestiegen. Das sind unsere Beiträge zur bayerischen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf abschließend sagen: Wer seit 25 Jahren ein sozialdemokratisches Kraftzentrum in der kommunalen Wirtschaftspolitik wie München hat und weiß, dass aus dem Finanzamtsbezirk München 42 % der Steuereinnahmen in Bayern kommen, der sollte auch mal ein Dankeschön an Christian Ude und an die SPD-Stadtregerung in München sagen. Denn ohne dieses sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum würde Ihre Bilanz ganz anders ausschauen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Halbleib. – Die nächste Wortmeldung: Kollege Peter Winter für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Halbleib, Sie wollen gelobt werden. Ich muss sagen: Der Beginn Ihrer Rede war wirklich hervorragend. Allerdings war der Rest das, was Sie letztes Jahr schon vorgebracht haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr macht ja auch nichts anderes!)

Schon damals konnte ich Ihnen bereits erläutern, warum das in München so ist usw. Ob Herr Ude mit der SPD in München derzeit so zufrieden ist, weiß ich nicht. Da müsste man ihn selber fragen.

(Zuruf von der SPD: Er wollte nicht mit der CSU regieren! Stimmt!)

Es wäre vielleicht auch einmal hilfreich, wenn Sie sich in Sachen Landesbank mit Herrn Dupper unterhalten würden. Der ist jetzt Oberbürgermeister von Passau. Der hat im Bayerischen Rundfunk damals den Kauf der HGAA über den grünen Klee gelobt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil ihr ihn genauso angelogen habt wie alle anderen auch! – Barbara Stamm (CSU): Wir haben bei Ihnen auch zugehört!)

– Herr Halbleib, ein bisschen vorsichtig mit den Kraftausdrücken. Das muss doch nicht sein. Wir müssen hier nicht die Debatten der letzten Woche noch einmal aufgreifen. Bleiben wir bei einem ordentlichen Umgangston. Dann kommen wir voran.

Ich meine, der Haushalt ist auch deshalb super, weil wir einen super Finanzminister haben. Deshalb möchte ich mich zu Beginn bei Markus Söder für den Haushalt bedanken, den er uns vorlegt.

(Beifall bei der CSU)

Da ich natürlich eine andere Ansicht habe als Sie, Herr Kollege Halbleib – ich sehe die Dinge halt so, wie sie sind -, sage ich: Ganz Bayern ist wirtschafts-, finanz- und strukturpolitisch stark. Kein Landesteil Bayerns muss den Vergleich mit irgendeiner Region in Deutschland scheuen. Innerhalb Bayerns sind wir ebenfalls auf dem besten Weg; denn nirgendwo in Deutschland ist die Spreizung bei den Arbeitsmarktzahlen so gering wie im Freistaat. Die Arbeitsmarktsituation in den sieben Regierungsbezirken hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr angeglichen. So betrug die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Jahr 2013 nur noch 1,3 Prozentpunkte. Das sind Dinge, die die Menschen spüren und von denen sie profitieren.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Das bedeutet gleichzeitig Chancen für alle. Diesen erfolgreichen Weg werden und wollen wir gemeinsam weitergehen. Wir wollen, dass sich alle Landesteile, alle Regionen weiterhin wie bisher gut entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist die Wirtschaftsregion Nummer 1 in Deutschland. Das sieht ganz Deutschland so bis auf wenige. Beeindruckend ist vor allem die langfristige Robustheit und Dynamik. Seit 2008 stieg Bayerns Wirtschaftsleistung trotz der Krisenjahre um 8,5 %. Das ist mehr als sonst irgendwo in Deutschland. Der bayerische Arbeitsmarkt ist in Topform. Jetzt aktuell im August 2014 hatte Bayern mit 3,7 % wiederum die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dient den Menschen in Bayern. 2013 herrschte in einem Drittel der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte bei Arbeitslosenquoten unter 3 % faktisch Vollbeschäftigung. Laut aktuellem Regionalranking des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln liegt Bayern sowohl beim wirtschaftlichen Niveau als auch bei der Dynamik ganz vorne. Unter den zehn besten Regionen finden sich sieben bayerische Regionen. Mit dem Landkreis München hat Bayern nicht nur die mit Abstand erfolgreichste Region Deutschlands. Besonders erfreulich ist auch, dass sich alle Landesteile trotz des bereits hohen Wohlstandsniveaus in den letzten Jahren weiterhin dynamisch fortentwickelten. Bayerns Wirtschaft ist kraftvoll, und die bayerischen Staatsfinanzen sind grundsolide.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Super! Super!)

– Genau. Sie haben recht: Super, super. – Aktive Wirtschaftspolitik und solide Finanzpolitik, das ist unser Rezept für den Erfolg unseres Landes.

Aber nicht nur die bayerische Wirtschaft und der bayerische Arbeitsmarkt entwickelten sich sehr positiv, sondern auch unser bayerischer Staatshaushalt. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 machen wir ihn noch besser. Der Regierungsentwurf hält alle finanzpolitischen Leitlinien ein, die wir, Herr Ministerpräsident, im Mai mit der Staatsregierung vereinbart haben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

So ist das Ausgabenwachstum auf 3 % pro Jahr begrenzt, und der Haushaltsplan weist einen positiven Finanzierungssaldo aus. Die laufenden Einnahmen übersteigen also die laufenden Ausgaben. Das zeigt die Finanzierungsübersicht im Gesamtplan. Auch dazu hätte ich mir eine Aussage gewünscht, lieber Herr Kollege Halbleib.

Dort ist für das Jahr 2015 ein positiver Betrag von 196,4 Millionen Euro und für das Jahr 2014 ein positiver Betrag von 675,5 Millionen Euro ausgewiesen. Damit machen wir den bayerischen Staatshaushalt noch zukunftsfester

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Super!)

und erfüllen gleichzeitig eine Forderung des Obersten Rechnungshofs. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Da irritiert uns auch nicht, Frau Kollegin Stamm, wenn Sie von einer verantwortungslosen Finanzplanung sprechen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Stamm!)

Ihrer Meinung nach sei Bayern auf Krisen völlig unvorbereitet. – Oh, Herr Sepp Dürr ist auch da. Klasse!

(Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Zur Begründung verweist Frau Claudia Stamm unter anderem darauf, dass wir in den letzten Jahren den Haushalt auch mit Rücknahmeentnahmen aufgestellt haben. In diesem Zusammenhang stelle ich zwei Fragen an Claudia Stamm.

(Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Haben wir in den letzten beiden Jahren unseren Staatshaushalt ohne neue Schulden ausgeglichen und sogar zusätzlich alte Schulden abgebaut? Ist der Schuldenabbau

verantwortungsvoll und generationengerecht? Ich beantworte die Fragen für Sie, weil sonst vielleicht noch Verkehrtes herauskommt: Ich sage Ja, zweimal ein kräftiges Ja.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Super beantwortet! Kluge Strategie!)

– Danke für das Kompliment, Herr Halbleib. Wir sind klug. Das sehen Sie an unserem Haushalt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Superklug!)

Herr Kollege Halbleib, wenn ich mir Ihre bisherigen Vorwürfe zum Doppelhaushalt 2015/2016 ansehe, dann fällt mir vor allem eines auf: Sie haben vorhin das Wort "redlich" gebraucht. Das sollten Sie einmal überdenken. Sie nennen die erneute Milliarden tilgung eine Luftnummer, verbreiten aber selbst eigentlich nur heiße Luft. Fakt ist: Die erneute Milliarden tilgung 2015 und 2016 um weitere 1,05 Milliarden Euro, davon 500 Millionen Euro in 2015 und 550 Millionen Euro in 2016, das ist real und Realität. Damit haben wir im Freistaat Bayern dann seit 2012 insgesamt 3,6 Milliarden Euro weniger Schulden. Dadurch werden wir ganz real in der Zukunft weniger Schuldzinsen zahlen müssen und weitere neue Gestaltungsspielräume haben. Wir plündern auch nicht den Pensionsfonds, wie Sie immer wieder behaupten. Das Vermögen des Bayerischen Pensionsfonds belief sich zum Jahresende 2013 auf 1,86 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr sind das 180 Millionen Euro mehr Vorsorge für künftige Pensionszahlungen. 80 Millionen Euro entstehen durch Wertsteigerungen des angelegten Geldes, und 100 Millionen Euro werden aus diesem Haushalt zugeführt. Und der Pensionsfonds wächst weiter. In diesem Jahr wird der Pensionsfonds erstmals die Zwei-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Auch im Doppelhaushalt 2015/2016 werden wir den Pensionsfonds durch jährliche Zuführung von jeweils 100 Millionen Euro weiter stärken. Das, lieber Kollege Halbleib, ist keine Plünderung, sondern eine Stärkung des Pensionsfonds. Bitte nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Mit der gleichzeitigen Schuldentilgung bauen wir unsere zweite Säule der Pensionsvorsorge auf. Bei einem vollständigen Schuldenabbau haben wir dann fast eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung. Wir tragen den Schuldenberg ab und sparen Schuldzinsen, und zwar auf Dauer Jahr für Jahr. Auch Sie werden einräumen müssen, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann, wobei man angesichts der alljährlichen Milliarden-Mehrforderungen der SPD – Sie haben es bereits angedeutet – glauben könnte, dass man den Euro mehrfach ausgeben kann. Aber wie haben Sie in der Pressekonferenz zum Nachtragshaushalt 2014 so schön gesagt, Herr Kollege Halbleib? - Sie sehen es bei Mehrforderungen nicht als Ihre Aufgabe an, Deckungsvorschläge zu machen. Ich will mir daher gar nicht ausmalen, wie die Finanzen des Freistaates Bayern aussehen würden, wenn Sie die Finanzpolitik bestimmen würden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Immer die alten Sprüche!)

Sie wissen, dass unser Schuldenabbau der Inbegriff der finanzpolitischen Solidität ist. Genau deswegen versuchen Sie ihn immer schlechtzureden. Dasselbe versucht auch unsere Kollegin Frau Stamm, die im Haushaltsausschuss ist. Sie bezeichnet die Schuldentilgung als Seifenblase, da sie ausschließlich aus Mitteln der Rücklage erfolgt. Liebe Frau Stamm, zwei Anmerkungen dazu: Erstens, die Schuldentilgung im Jahre 2016 erfolgt aus den laufenden Einnahmen, also nicht aus den Rücklagen, wie Sie bei einem genauen Blick in die Anlage B des Einzelplans 13 und auf das Vorblatt zum Haushaltsgesetzentwurf erkennen können. Zweitens, selbst wenn die Schuldentilgung aus Rücklagen erfolgen würde, dann wäre es noch immer eine reale Schuldentilgung, die zu real niedrigen Schuldzinsen für den Freistaat Bayern führt. Es sind Mittel, die wir vorher erwirtschaftet haben.

Anders als bei Ihren Märchenschlössern, für die Sie immer mehr fordern, als sich finanzieren lässt, tun wir das tatsächlich Machbare. Wir geben nur das aus, was wir erwirtschaftet haben. Die sich ständig überbietenden Ausgabenwünsche der Opposition können und wollen wir nicht erfüllen. Deswegen setzen wir klare politische Schwerpunkte, auch wenn in einzelnen Bereichen - das billige ich zu - durchaus mehr Mittel

und Stellen wünschenswert wären. Wir setzen Prioritäten und denken langfristig. Mit uns bleibt Bayern das Land der soliden Finanzen und der Generationengerechtigkeit.

Der Finanzminister hat es gesagt, und man kann es eigentlich nicht oft genug sagen: Bayerns Finanzen sind auch im Ländervergleich hervorragend. Wir haben in Bayern mit 2.436 Euro die niedrigste Verschuldung pro Kopf. Mit der konsequenten Fortsetzung des Schuldenabbaus werden wir die Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter reduzieren. Da Sie ja Internet haben, erspare ich Ihnen die Zahlen aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die kennen Sie ja, deshalb lasse ich das sein.

Weniger Ausgaben für Schuldzinsen bedeuten mehr Gestaltungsspielraum. Der Finanzminister hat ausgeführt, wie sich die Schulden in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu uns auswirken würden, wie sich dort die Schulden anhäufen und wir Freiräume für die Entwicklung unseres Freistaates Bayern haben. Hätten wir dieselbe Zinslastquote wie Nordrhein-Westfalen, dann würden wir im kommenden Jahr rund 2,8 Milliarden Euro für Schuldzinsen ausgeben,

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

das heißt, rund 2 Milliarden Euro mehr als jetzt.

Wir haben bereits einen sehr hohen Gestaltungsvorsprung. Das zeigt sehr deutlich, welche Vorteile eine über viele Jahre hinweg solide, ordentliche Finanzpolitik mit sich bringt. Andere Länder machen Schulden. Wir gestalten Bayerns Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm, Sie denken an eine Rücknahme der bayerischen Klage gegen den Länderfinanzausgleich, um das Gesprächsklima zu verbessern. Ich sage Ihnen dazu: Es geht hier um intensive Verhandlungen im Interesse unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger und nicht um ein gutes Gesprächsklima. Glauben Sie wirklich im Ernst, eine vorzeitige Rücknahme der Klage würde unsere Verhandlungsposition stärken?

Das glaubt ja schon Herr Kretschmann nicht mehr, der sich mehr und mehr unserer Position annähert.

(Beifall bei der CSU)

Die Gesamtausgaben 2015 steigen im Regierungsentwurf auf 51,2 Milliarden Euro. Die Steigerung gegenüber 2014 beträgt 3 %. Durch diesen Kostendeckel stellen wir sicher, dass die Staatsausgaben dauerhaft nicht schneller steigen als das Wirtschaftswachstum. Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und können zugleich in die wichtigen Zukunftsthemen Bildung und Hochschule, digitaler Aufbruch und Bewältigung des demografischen Wandels investieren.

Gute Bildung und Ausbildung entscheiden über die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger und damit über die Zukunft unseres Landes. Bildung und Ausbildung sind Grundlage für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Daher ist der Bildungsbereich ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Die Ausgaben für unsere Schulen und Hochschulen steigen von rund 17,2 Milliarden Euro in 2014 auf rund 17,7 Milliarden Euro in 2015. In 2016 überschreiten wir bereits die 18-Milliarden-Grenze. Das, lieber Herr Kollege Halbleib, sollten Sie sich näher anschauen, dann würden Sie vielleicht das eine oder andere hier anders artikulieren.

Familien sind unsere Zukunft. Wir investieren deshalb schon jetzt mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr in familienbezogene Leistungen. Allein für die Förderung der Kinderbetreuung sowie für die Beitragsentlastung der Eltern sind im Jahr 2015 rund 1,67 Milliarden Euro vorgesehen. Mit dem "Familienpakt Bayern" wollen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft die Vereinbarkeit von Familie und beruflichem Erfolg verbessern. Hierfür haben wir beim Krippenausbau in den letzten Jahren unsere Kommunen ganz massiv durch ein Sonderinvestitionsprogramm zusätzlich zu allem, was wir für die Kommunen tun, unterstützt. Ergänzend zum Krippenausbau bauen wir die Ganztagsangebote in der Grundschule aus. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert.

Die Digitalisierung führt in ein neues Zeitalter der wirtschaftlichen Wertschöpfung und Technik in allen Lebensbereichen. Bayern steht schon heute an der Spitze der Hochtechnologie und Innovation. Mit unserer Strategie "Bayern Digital" wollen wir Bayern zur Leitregion beim digitalen Aufbruch machen. Kernelemente der Strategie sind der Breitbandausbau, die Förderung der IT-Sicherheit, die Forschung, Technologietransfer und Qualifizierung für die Existenzgründung in der digitalen Wirtschaft. Zur Umsetzung dieser Strategie haben wir im Doppelhaushalt gut 430 Millionen Euro vorgesehen, davon 350 Millionen Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau. Die Anträge, die von den Kommunen gestellt werden, zeigen, dass wir auf einem guten und richtigen Weg sind.

Wir stehen zu der Aussage unseres Ministerpräsidenten, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen. Dies ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zu leisten haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen als Staat in unserem Aufgabenbereich als Vorbild vorangehen. Wir werden uns in einem ersten Schritt auf die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude konzentrieren. Für diese drei Handlungsfelder steht in den Jahren 2015/2016 vom Freistaat ein Investitionsvolumen von annähernd 200 Millionen Euro zur Verfügung. Bereits in den Vorjahren haben wir deutlich mehr als 70 Millionen Euro pro Jahr allein in die drei priorisierten Handlungsfelder investiert. Daneben sind seit Jahren Mittel auf hohem Niveau für die Barrierefreiheit in anderen Bereichen wie Wohnungsbau, Tourismus und Städtebauförderung sowie Krankenhausfinanzierung vorgesehen. Allein im Rahmen der Wohnungsbauförderung ein Thema, das wir heute schon hatten – für Neubauten und bestehende Gebäude investieren wir jedes Jahr über 100 Millionen Euro. Ich möchte an dieser Stelle auch unseren Kommunen und der Wirtschaft danken, die die Barrierefreiheit in ihren Verantwortungsbereichen ebenfalls mit hohem Investitionsaufwand vorantreiben. Ich wiederhole es: Nur gemeinsam werden wir dieses Ziel der Barrierefreiheit erreichen können.

Auch ich möchte kurz das Klimaschutzprogramm anreißen, ein wichtiges Thema für uns in Bayern, das wir seit vielen Jahren mit großer Fortune angehen. Das Klimaprogramm "Bayern 2050" basiert auf drei bewährten Säulen: Minderung von Emissionen, regionale Anpassung an die Folgen des Klimawandels und Ausbau der Forschung zur weiteren Verbesserung der Entscheidungsgrundlage. Da rund 80 % der klimaschädlichen Emissionen energiebedingt sind, sind Energieeinsparungen und Energieeffizienz für den Klimaschutz von herausragender Bedeutung. Ich erinnere an unsere Initiativen im vergangenen Nachtragshaushalt, wo wir als Fraktionen Prioritäten gesetzt haben. Wir werden das auch in diesem Haushalt tun.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen für die Umsetzung unseres "Klimaschutzprogramms Bayern" 170 Millionen Euro bereit. Damit treiben wir insbesondere die energetische Sanierung staatlicher Gebäude mit 50 Millionen Euro weiter voran. Fast 30 Millionen Euro stehen für Projekte der Energietechnologie zur Verfügung, somit knapp 20 Millionen Euro für Energieprogramme wie das "Zehntausend-Häuser-Programm". Projekte für nachwachsende Rohstoffe fördern wir mit gut 11 Millionen Euro und Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz mit knapp 9 Millionen Euro. Das alles wird zu einem noch lebenswerteren Bayern beitragen, ganz im Sinne der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Wir tun auch viel für die Unterbringung der Menschen, die bei uns Hilfe und Asyl suchen. Aufgrund der weiterhin stark steigenden Zugangszahlen werden die Ansätze für die Unterbringung der Asylbewerber noch weiter erhöht. Bereits im Nachtragshaushalt 2014 haben wir die Mittel für dieses Jahr um 180,6 Millionen Euro auf 346,2 Millionen Euro für diesen schwierigen Bereich erhöht. Für 2015 ist eine weitere Steigerung um 103,3 Millionen Euro auf 449,5 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine Steigerung um rund 30 %.

Zusammen mit dem Ansatz für 2016 in Höhe von 450,5 Millionen Euro sind damit für die Unterbringung der zu uns kommenden Menschen, die Hilfe suchen, insgesamt rund 900 Millionen Euro im Regierungsentwurf allein im Etat des Sozialministeriums

vorgesehen. Im Bereich des Innenministeriums kommen weitere 22 Millionen Euro hinzu. Das muss uns erst einmal ein Bundesland für diese betroffenen Menschen nachmachen. Wir haben uns hier nichts vorzuwerfen. Ich bin auch sehr dankbar für die klaren Aussagen des Städtetagspräsidenten Maly, der diese Leistungen des Freistaats Bayern ausdrücklich anerkennt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Tosender Applaus!)

Der Freistaat Bayern bleibt ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist 2014 auf die Rekordsumme von über 8 Milliarden Euro gestiegen. 2008 waren es noch 6,6 Milliarden Euro. Nach über 8 Milliarden Euro im Jahr 2014 wird der kommunale Finanzausgleich 2015 auf Rekordhöhe fortgeführt. Der Regierungsentwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2015 sieht gegenüber 2014 einen Anstieg um 248,8 Millionen Euro auf rund 8,29 Milliarden Euro vor. Das entspricht einer Steigerung um 3,1 %. Die reinen Landesleistungen steigen um 300 Millionen Euro auf rund 7,82 Millionen Euro.

Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs 2015 können sich noch aus der Umsetzung der Ergebnisse des Kommunalgipfels im Herbst 2014 und der genauen Berechnung des Steuerverbundergebnisses ergeben. Ich bin mir sicher, dass unser Ministerpräsident ein sehr ersprießliches Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden führt und auch diese Dinge ordnungsgemäß abräumt.

Interessant ist auch ein Blick auf die Finanzentwicklung von Freistaat und Kommunen. Auch das sollte man wissen, wenn man über diese Dinge spricht. So sind die Steuereinnahmen der Kommunen von 2004 bis 2013 um rund 60 % gestiegen, während die Steuereinnahmen des Freistaats nach Länderfinanzausgleich – ein leidiges Thema, das der Finanzminister klar und deutlich hier dargelegt hat – lediglich um rund 41 % gestiegen sind. Die Bedeutung unserer Kommunen spiegelt sich auch in dem starken Anstieg der weiteren Leistungen für Gemeinden und Gemeindezweckverbände wider.

Wir begleiten und unterstützen unsere Kommunen bei der Breitbanderschließung, beim Krippenausbau und der Kinderbetreuung über den kommunalen Finanzausgleich hinaus.

Zusammen mit dem kommunalen Finanzausgleich steigen diese Leistungen von insgesamt rund 12,3 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund 13 Milliarden Euro im Jahr 2015. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gelebte Solidarität und tatkräftige Unterstützung unserer Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib hat den Personalbereich angesprochen. Das will auch ich tun. Mit dem Regierungsentwurf wird das seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 laufende Stellenhebungsprogramm "Neues Dienstrecht" vollständig umgesetzt. Nach der Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für unsere Beamtinnen und Beamten ist dies ein weiteres Zeichen unserer Wertschätzung für diese Menschen, die gute Arbeit für den Freistaat Bayern erbringen.

Des Weiteren sind im Regierungsentwurf 656 neue Stellen für Schwerpunktsetzungen in einzelnen Bereichen vorgesehen, davon 100 Stellen für den Justizvollzugsdienst, 100 Stellen für den Hochschulbereich zur Bewältigung des demografischen Wandels und 50 Stellen für die Unterbringungsverwaltung wegen der erhöhten Zugangszahlen sowie weitere 1.134 Anwarter- und Azubistellen für die innere Sicherheit, für Justiz und die Finanzverwaltung.

Die Beratungen des Doppelhaushalts 2015/2016 im Haushaltsausschuss beginnen am 21. Oktober. Wir haben nur eine kurze Zeitspanne, bevor wir im Dezember den Haushalt beschließen. Es wird für uns alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine große Herausforderung werden. Ich freue mich auf unsere immer lebhaften Debatten. Wir sind gespannt, ob wir den gleichen Rhythmus der Forderungen und der Gegenargumente fortsetzen oder ob Mehrforderungen mit geeigneten Gegenfinanzierungsvor-

schlagen einhergehen. Ich finde, das wäre eine konstruktive Arbeit im Haushaltsausschuss.

Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 führen wir unsere grundsolide Haushaltspolitik fort. Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln, anders als viele andere Länder, die von unseren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich profitieren und trotzdem noch neue Schulden machen. Der Haushalt ohne neue Schulden und der Schuldenabbau sind unsere Markenzeichen. Hinzu kommt eine Investitionsquote von 12 %. Auch hier muss mir erst einmal jemand aufzeigen, in welchem anderen Bundesland dergleichen erreicht wird. Das ist solide Finanzpolitik im besten Sinne des Wortes für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Ich freue mich nun auf die Beratungen im Haushaltsausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Halbleib. Bitte sehr.

Volkmar Halbleib (SPD): Lieber Herr Kollege Peter Winter, ich glaube, das machen wir auch: lebendige Debatten führen. Und wir sind auch fleißig. Deshalb haben wir das heute schon einmal im Plenum demonstriert.

Ich habe drei Fragen und vorher eine Anmerkung. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses müsste wissen, dass der stellvertretende Vorsitzende zumindest für seine Fraktion immer nur Änderungsvorschläge vorlegt, die auch gedeckt sind, wo also Finanzierungsvorschläge vorliegen. Das werden wir auch so beibehalten. Am Ende der Haushaltsberatungen werden wir das im Schlussplenum noch einmal besprechen können.

Ich habe drei Fragen an den versierten Haushaltspolitiker. In Bezug auf die Pensionsfonds und Pensionsrücklagen, wenn wir uns zumindest darauf verständigen, hat der Landtag in seiner vorvergangenen Periode zum Schluss, im Jahr 2008, ein System

beschlossen, um die Zukunftsherausforderungen bei der Pensionsvorsorge anzugehen. Pensionsfonds und Pensionsrücklagen: Dieses System, das hier im Landtag parteiübergreifend beschlossen wurde, wurde, beginnend im Jahr 2010, zerschlagen. Nach diesem 2008 beschlossenen System, das vernünftig war, müsste Vorsorge in Bezug auf die Herausforderungen betrieben werden, die auf diesem Gebiet auf uns zukommen.

Diesem System müssten nach konservativer Rechnung, die das Finanzministerium vielleicht eher nach oben ergänzen könnte, bis 2017 2,7 Milliarden Euro zugeführt werden, die nach Ihrem neuen Modell seit 2010 nicht mehr zugeführt werden. Das ist ein erheblicher Milliardenbetrag. Das frühere System wird so nicht mehr umsetzbar. Das sollten Sie zumindest zur Kenntnis nehmen und gegebenenfalls bestätigen. Das ist ein Problem. Lasten werden in die Zukunft verschoben.

Zweitens möchte ich Sie fragen, was Sie zum Schreiben des Herrn Innenministers Herrmann sagen. Sie sind Berichterstatter zum Einzelplan 03 A

(Peter Winter (CSU): War ich!)

gewesen, mit Erfolg und mit manchen Erfolgen, die wir gemeinsam parlamentarisch erzielt haben. Wenn der Herr Innenminister sagt, er kann notwendige Projekte im Umfang von 100 Millionen nicht rechtzeitig auf die Reihe bringen, er kann für Projekte im Umfang von 90 Millionen keinen Planungsauftrag erteilen und er hat darüber hinaus bei Baumaßnahmen im Umfang von 500 Millionen einen erheblichen Investitionsstau, dann müsste das doch auch einem Finanzpolitiker wie Ihnen als früherem Berichterstatter zum Einzelplan 03 A zu denken geben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie wissen schon, dass Sie zwei Minuten Zeit für eine Zwischenbemerkung haben?

Volkmar Halbleib (SPD): Hat der Herr Innenminister mit seinen Hinweisen recht? Ist es richtig, dass Bayern bei der Wohnungsbauförderung pro Jahr Ausgabemittel in Höhe von 30 Millionen Euro kürzt?

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Peter Winter (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib, ich kann mich nicht erinnern, dass die SPD bei den Beratungen im Haushaltsausschuss zu jeder ihrer Milliardenforderungen einen Deckungsvorschlag gemacht hat. Ich gebe zu, dass das bei den GRÜNEN etwas anders war, wobei deren Deckungsvorschläge manchmal unsinnig sind. Aber sie versuchen es wenigstens.

(Zurufe von den GRÜNEN – Heiterkeit bei der CSU)

Die Debatte zum Pensionsfonds führen wir jedes Jahr. Sie wissen selber - und ich glaube, ich brauche meine Ausführungen nicht zu ergänzen -, dass wir im Rahmen unserer Haushaltsmöglichkeiten weiterhin Mittel in den Pensionsfonds einbringen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber der Rest ist weg! 2,7 Milliarden!)

Wir halten es für wenig sinnvoll, Geld aufzunehmen, um den Pensionsfonds zu stärken. Wir führen lieber Schulden zurück, um neue Handlungsspielräume zu gewinnen und diese dann für den Pensionsfonds zu nutzen. Ich glaube, darüber haben wir schon viele Male debattiert.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Trotzdem! Das System ist zerstört worden!)

Das trennt uns, das gebe ich zu. Aber ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Ich habe gesagt, wir haben in den letzten Jahren bereits über 3 Milliarden Euro getilgt. Wir bekommen Handlungsspielräume. Damit werden wir dieses Problem angehen, das wir nicht vernachlässigen. Wir führen jedes Jahr 100 Millionen Euro zu. Ich habe hier aus-

geführt, dass wir dieses Jahr den Pensionsfonds auf über 2 Milliarden Euro anheben. Herr Kollege Halbleib, natürlich sagt der Herr Innenminister, ich hätte gerne das und das noch gemacht, und wir wissen, dass jeder irgendetwas in der Schublade hat. Beim einen heißt es Hösbach, beim anderen Ochsenfurt. Da gibt es immer Wünsche.

(Volkmar Halbleib (SPD): Notwendigkeiten, nicht Wünsche, Herr Kollege!)

Ich muss nochmals darauf hinweisen, dass wir in Bayern mit 12 % die höchste Investitionsquote haben und uns intensiv um unsere Baumaßnahmen im Freistaat kümmern. Wir sorgen dafür, dass bei jedem Neubau nicht nur die Energiewende, sondern auch die Barrierefreiheit berücksichtigt wird. Wir werden uns auch darum kümmern, dass nach und nach diese Dinge, die sicherlich wünschenswert wären, geregelt werden. Ich glaube, das kann man diesem Haushalt auch entnehmen.

Ich sage es noch einmal: Wir wollen neue Handlungsspielräume schaffen, indem wir Schulden abbauen, indem wir aus Gründen der Generationengerechtigkeit für unsere junge Generation einen schuldenfreien Haushalt aufstellen. Deshalb müssen wir uns nach der Decke strecken. Das tun wir auch. Wir tun es mit Erfolg und werden alles daran setzen, diesen erfolgreichen Weg fortzuführen. Ich habe auch in meiner Haushaltsrede gesagt, dass es noch manches Wünschenswerte gibt. Aber man muss Prioritäten setzen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, die zwei Minuten gelten auch für Sie.

Peter Winter (CSU): Danke, Herr Präsident.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Pohl für die FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Söder, Sie haben viele Vergleiche mit Nordrhein-Westfalen angestellt. Wenn ich jetzt einen Vergleich aus dem Bereich des Fußballs bringe, dann ist es vielleicht gegenüber einem Nürnberger nicht gerade fair, ihn ausgerechnet mit dem Fußball zu strapazieren. Aber nachdem Sie sich ja, wie den Medien zu entnehmen war, gerade in Oberbayern lieb Kind machen, sage ich es: Der FC Bayern vergleicht sich doch auch nicht mit Köln und Paderborn. Also ersparen Sie uns bitte die Vergleiche mit Nordrhein-Westfalen. Herr Staatsminister Söder, Sie sehen: Der Herr Ministerpräsident stimmt mir zu. Herr Staatsminister Söder, das sollte Ihnen zu denken geben.

(Heiterkeit beim Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Peter Winter (CSU): Ihnen vielleicht auch, Herr Kollege!)

Herr Staatsminister Söder, Sie haben gesagt, Bayern kann in den nächsten zwei Jahren ruhig schlafen, weil die Finanzen in Ordnung sind. Ich sage Ihnen: Die Analyse stimmt, die Schlussfolgerung ist kreuzfalsch. Es stimmt: Die Finanzen des Freistaats Bayern befinden sich in einer guten Lage.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Es wäre falsch, dies schlechtzureden. Natürlich könnten sie sich in einer noch besseren Lage befinden, wenn das Landesbankdesaster der Jahre 2005 bis 2008 Ihnen nicht in die Quere gekommen wäre. Heute haben wir mit der endgültigen Abwicklung der MKB-Beteiligung 215 Millionen Euro per Saldo abschreiben müssen. Natürlich wäre das Ergebnis noch besser, wenn das nicht passiert wäre.

Dennoch kann und darf man sagen: Die finanzielle Situation des Freistaats ist gut. Wir haben seit 2008 Einnahmensteigerungen von 25 % erzielt. Das ist eine beachtliche Zahl. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade weil wir diese Einnahmensteigerungen erzielt haben, muss ich schon einmal fragen, warum nicht von Bayern aus ein kräftiges Signal nach Berlin kommt, die ständigen Steuererhöhungen in Form der kal-

ten Progression zu stoppen. Es ist nicht einzusehen, dass wir diejenigen, die für diese Rekordsteuereinnahmen Verantwortung tragen, ständig mit Steuererhöhungen bestrafen. Stellen Sie sich vor, Sie leiten ein Unternehmen. Das Unternehmen erwirtschaftet einen Rekordumsatz und einen Rekordgewinn nach dem anderen; der Chef beraumt eine Betriebsversammlung an und sagt: Leider kann ich euch keine Gratifikation geben, leider gibt es keinen Zusatzbonus; im Gegenteil: Ich muss euch noch etwas wegnehmen, weil zufälligerweise gerade meine vier Kinder studieren. Das kostet viel Geld; das Geld brauche ich für mich selber. – So würde kein Unternehmer handeln. Der Staat tut es, und das ist ungerecht, das ist leistungsfeindlich. Hier müssen wir gegensteuern.

Die FREIEN WÄHLER setzen ein Ziel. Das Ziel heißt nicht, Herr Staatsminister Söder, zwei Jahre lang zu schlafen und in die Zukunft hineinzuträumen, sondern das Ziel heißt: Förderung und Stärkung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Menschen, der Unternehmen und der Regionen in Bayern, damit wir auch in Zukunft noch sagen können: Es geht uns finanziell gut; wir haben Spielräume zum Gestalten.

Ein Punkt ist ein gerechtes Steuersystem, der Abbau der kalten Progression, der Stopp der kalten Progression in der Zukunft. Herr Staatsminister, Sie haben öffentlichkeitswirksam einen Vorschlag gemacht. Ich frage mich nur, warum Sie unseren gleichlautenden Anträgen hier in diesem Hause nicht zustimmen. Meine Damen und Herren, es ist elementar wichtig, denjenigen, die für unsere Einnahmen Verantwortung tragen, den Steuerzahlern, gegenüber fair zu sein, ein Steuersystem zu haben, das Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit fördert. Natürlich können wir das nicht hier im Bayerischen Landtag beschließen. Dies ist ein Auftrag an die Bayerische Staatsregierung, im Bund das zu tun, was sie politisch seit vielen Jahren verspricht. Früher konnte sie sich immer hinter der SPD verstecken, weil die SPD gesagt hat: Nein, unsere Priorität liegt auf den Ausgaben; wir wollen nichts zurückgeben; wir wollen nicht. Aber jetzt ist die Situation eine andere. Jetzt könnten Sie, jetzt regieren Sie gemeinsam. Deswe-

gen appelliere ich an CSU und SPD: Machen Sie Ihren Einfluss in Berlin geltend, damit diese Ungerechtigkeit, diese Leistungsfeindlichkeit im Steuerrecht beseitigt wird!

Meine Damen und Herren, die Leistungsfähigkeit zu stärken, heißt auf der Ebene der Regionen, den Kommunen dauerhaft einen auskömmlichen Anteil am Steuerverbund zu geben. Wir fordern – das tun wir, seit wir im Bayerischen Landtag sind - 15 % von der Verbundmasse für die Kommunen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und zwar dauerhaft und verlässlich! Denn dann haben die Kommunen Planungssicherheit, und sie können die Schuldenbremse einhalten. 15 %, unabhängig davon, ob wir steuerstarke oder steuerschwächere Zeiten haben. Wir dürfen nicht an den Kommunen sparen, sondern müssen dafür Sorge tragen, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Denn die Kommunen setzen die Ideen vor Ort für die Menschen um, die im Bundestag und im Landtag geboren werden. Das heißt, Geld, das wir den Kommunen geben, ist Geld für die Menschen, Geld für bessere Kindertagesstätten, Kindergärten, Schulbauten, für bessere Verkehrsinfrastruktur vor Ort, für die Förderung von Vereinen und des Ehrenamts, für die Förderung des Zusammenlebens der Menschen, für die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen und für vieles mehr.

Wir FREIE WÄHLER haben in diesem Bereich schon einiges erreicht. Als wir in den Landtag kamen, sah es für die Städte und Gemeinden weitaus schlechter aus. Wir haben hier mit Sicherheit schon ein Etappenziel geschafft. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel, das lautet: 15 % von der allgemeinen Verbundmasse.

Lieber Herr Staatsminister Söder, ich komme noch einmal auf Ihre Einnahmen und auf Ihre Rede zum Länderfinanzausgleich zurück. Denn Sie werden mich natürlich auch nach einer Gegenfinanzierung fragen. Sie haben angesprochen, dass der Länderfinanzausgleich ungerecht ist. Ich habe Ihnen das letzte Mal gesagt, dass Sie mir vorkommen wie Cato der Ältere, der im römischen Senat immer wieder gesagt hat: "Ceterum censeo Carthaginem esse delendam." Sie haben mir damals schlagfertig

geantwortet: Und Cato hat sein Ziel erreicht. Karthago wurde zerstört. Nur haben wir jetzt Ende 2014. Im Jahre 2019 läuft der Länderfinanzausgleich aus. Ich denke, Sie könnten langsam liefern.

Eigentlich müssten wir Ihnen in den Haushalt hineinschreiben: 2 Milliarden weniger Länderfinanzausgleich. Denn das wäre die Antwort auf Ihre vollmundigen Versprechungen, denen bislang noch keine Taten gefolgt sind. - Herr Staatsminister, wir haben Sie bei Ihrer Klage unterstützt. Wir halten die Doppelstrategie des Klagens und Verhandelns für richtig. Wenn man aber schon die richtige Strategie hat, muss man auch den Punkt setzen und zu einer Einigung kommen.

Ich möchte Ihnen nicht die Messlatte auf den Weg geben, die der Herr Ministerpräsident seinem Vorgänger bei der Landtagswahl im Jahr 2008 aufgelegt hat: 50 % plus x. Es wäre natürlich schön, würde der Länderfinanzausgleich um 50 % plus x zurückgehen. Ich würde aber sagen, 20 % plus x bis zum Jahr 2019 – das wäre schon einmal eine erste Maßnahme. Das wären gut eine Milliarde Euro, nämlich von fünf Milliarden 20 % weniger. Könnten wir diese Milliarde Euro dann an die Kommunen weitergeben, dann hätten wir für Bayern gute Politik gemacht. Herr Staatsminister, der Ball liegt in Ihrem Spielfeld. Es liegt nun an Ihnen, das zu tun, was Sie angekündigt haben, nämlich mit Ihren Kollegen in den Ländern und im Bund den Länderfinanzausgleich, den Ministerpräsident Stoiber damals unglückseligerweise für Bayern verhandelt hat, auf die Reihe zu bringen.

Leistungsfähigkeit für die Regionen heißt auch, dass wir Fördersysteme umstellen müssen und dem Umstand Rechnung zu tragen haben, dass wir in der Bayerischen Verfassung, maßgeblich auf Druck der FREIEN WÄHLER, die gleichwertigen Lebensverhältnisse als Staatsziel verankert haben. Wir wollen Chancengleichheit für die Regionen, keine Gleichmacherei. Chancengleichheit heißt zum Beispiel: ein neuer, fairer kommunaler Finanzausgleich. Auch dieser ist seit Monaten angekündigt. Wir wollen, dass hier endlich auch dem Umstand Rechnung getragen wird, dass strukturschwache Regionen Probleme haben, ihre Aufgaben zu bewältigen und zukunftsfähig zu

werden. Wir wollen, dass der demografische Wandel stärker berücksichtigt wird, dass die Grenzlandproblematik und schließlich auch das Problem der Konversion aufgrund der Entscheidung des Verteidigungsministeriums, etliche Bundeswehrstandorte in Bayern zu schließen, gelöst werden. All diese Aspekte müssen wir zu einem neuen kommunalen Finanzausgleich zusammenfassen, der die Regionen stärkt und damit den Anforderungen, die die bayerische Verfassung stellt, gerecht wird.

Die Leistungsfähigkeit der Menschen zu stärken bedeutet, in Bildung zu investieren. Das war und ist ein zentrales Anliegen unserer Fraktion. Anzufangen ist dabei bei der frühkindlichen Bildung – hier haben wir schon das eine oder andere erreicht -, und es geht bis hin zur Schule, in der wir die individuelle Förderung wesentlich stärker als bisher in den Mittelpunkt stellen müssen. Ich erwähne durchaus lobend, dass hier in den letzten Jahren einiges passiert ist. Trotzdem brauchen wir nach wie vor mehr Lehrerstellen.

Wir brauchen aber auch individuelle Förderung durch Verbesserung der Strukturen. Wir freuen uns sehr, dass die CSU nun den Wunsch unserer Fraktion nach einem Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, G 8 und G 9, aufgreift. Ich respektiere das und künde an, dass wir auf dieser Basis zu einer guten Lösung kommen können. Ich betone: kommen können; denn die Struktur ist das eine, die Befüllung dieser Struktur mit Inhalten das andere. Dazu wird in den Fachausschüssen noch eine ganze Menge Arbeit vor uns liegen. Aber ich bin sicher, dass wir hier zu einer guten Lösung kommen können, wenn die CSU zur Zusammenarbeit bereit ist.

Mit der Schule hängt natürlich auch das Thema Hochschule zusammen. In der letzten Legislaturperiode haben wir den Wegfall der Studiengebühren erreicht, um Barrieren für Menschen, die die Befähigung haben zu studieren, aber an finanziellen Hürden bislang gescheitert sind, zu beseitigen.

In der Hochschulpolitik liegt die Aufgabe vor uns, noch stärker in die Regionen zu investieren. Herr Staatsminister Söder, übrigens finde ich es bemerkenswert, dass Sie

den Kollegen Jörg als Hochschulpolitiker ansprechen. Ich will Ihnen nur mitteilen: Vorsitzender des Hochschulausschusses ist der Kollege Professor Piazzolo, und der zuständige Ressortminister ist Herr Spaenle, der momentan nicht da ist. Aber Sie müssen in Ihren Reihen ausmachen, wer für Hochschulpolitik steht.

Wir stehen jedenfalls für Inhalte in der Hochschulpolitik, das habe ich angesprochen. Die Regionalität von Forschung und Hochschule ist ebenfalls ein wichtiger Baustein des Umbaus unserer Staates und unserer Gesellschaft: weg von einer Metropolgesellschaft hin zu einem Freistaat Bayern der Regionen.

Leistungsfähigkeit in der Bildung schließt auch die duale Berufsausbildung ein. Wir haben mit einer Meisterprämie einen Ansatz verfolgt und einen Anreiz geschaffen, um auch auf diesem Gebiet Zeichen zu setzen; denn wir brauchen nicht nur Akademiker, wir brauchen gerade auch Facharbeiter und Werk tätige. Nicht nur die Professoren und Doktoren sorgen für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Leistungsfähigkeit bedeutet auch die Stärkung der Wirtschaft und der mittelständischen Unternehmen. Ich habe hier drei Punkte in den Mittelpunkt zu stellen: Bildung, Steuern und Infrastruktur. – Was das Thema Steuern angeht, habe ich die kalte Progression bereits angesprochen. Auch das Thema Erbschaftsteuer gehört hierher. Wenn die bisherige Regelung der Unternehmensbesteuerung bei der Erbschaftsteuer demnächst vom Bundesverfassungsgericht gekippt wird, brauchen wir darauf Antworten. Unsere Antwort hinsichtlich der Erbschaftsteuer heißt: Abschaffung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch das, meine Damen und Herren, ist ein bundespolitisches Thema, weswegen ich darauf nicht vertieft eingehe.

Beim Thema Infrastruktur haben wir FREIEN WÄHLER seit unserem Einzug in den Bayerischen Landtag 2008 gefordert, dass die Breitbandversorgung bayernweit bis in die kleinen Gemeinden Aufgabe des Staates ist. Darin besteht eine Aufgabe der

Grundversorgung. Jetzt ist diese Botschaft angekommen. Man muss sagen: Hier stimmt der Haushaltsansatz endlich mit unseren Vorstellungen überein, nachdem wir uns jahrelang ergebnislos die Finger wundgeschrieben haben. Jetzt verfügen wir über die Beträge, die wir brauchen, und wenn das Wirtschaftsministerium hier seine Hausaufgaben macht, sind wir optimistisch, dass wir beim Breitbandausbau zu dem Ziel gelangen, das wir erreichen müssen, auch wenn bis dahin noch ein steiniger Weg vor uns liegen wird.

Beim Thema Verkehrsinfrastruktur findet, wie ich sagen muss, ein Trauerspiel statt. Dazu beginne ich hier in diesem Hause mit der Situation im Bund. Seit fast einem Jahr diskutieren wir ständig über die Maut. Ich möchte mich gar nicht dazu äußern, ob diese Diskussion sinnvoll oder weniger sinnvoll ist. Wir haben doch wirklich wichtigere Aufgaben zu bewältigen. Die Neuauflage unseres Investitionsprogramms für Bundesfernstraßen wird jetzt verschoben, anstatt dass man das Projekt angeht und vor allen Dingen für die Finanzmittel sorgt, die notwendig sind, um diese Investitionen abzuarbeiten.

Bei der A 3 ist nicht nur zwischen Regensburg und Passau noch viel zu tun; nein, auch zwischen Würzburg und Aschaffenburg ist das der Fall. Der Umgang mit der A 3 gestaltet sich als ein Trauerspiel. Aber es geht nicht nur um die A 3; werfen Sie einen Blick auf die A 8 von Salzburg bis Rosenheim und von Augsburg bis Ulm. Natürlich passiert hier etwas, aber es dauert sehr lange. Auf die B 12 komme ich erst gar nicht zu sprechen. Probleme gibt es sowohl bei uns im Allgäu als auch auf der A 94, Stichwort Isental-Autobahn. Ich könnte die Liste noch verlängern. Bayern ist der größte Flächenstaat in Deutschland und deswegen ganz maßgeblich auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Hier geschieht viel zu wenig, obwohl auf Peter Ramsauer erneut ein CSU-Verkehrsminister in Berlin gefolgt ist.

Aber wir müssen nicht nur auf Berlin mit dem Finger zeigen; wir handeln hier nicht viel besser. In welchem Zustand befinden sich unsere Staatsstraßen, meine Damen und Herren? Auch hier kann ich für meine Fraktion reklamieren: Das ständige Bohren hat

immerhin dazu geführt, dass die Mittel für den Staatsstraßenbau erhöht wurden. Dennoch reichen sie nicht aus, um die Staatsstraßen in einen akzeptablen Zustand zu versetzen und die notwendigen Ausbau- und Neubaumaßnahmen zügig voranzubringen. Hier stehen wir vor einem Investitionsstau, der unserer Wirtschaft schadet. Wenn wir diesen Investitionsstau beseitigen, läuft unsere Wirtschaft noch besser.

Auch Konzepte zur Schiene und zuletzt zum Luftverkehr täten bitter not. Wir reden von einer dritten Startbahn, die nun wirklich kein Mensch mehr will und auch kein Mensch mehr braucht. Wir brauchen jedoch ein vernünftiges Luftverkehrskonzept unter Einbeziehung des Flughafens Nürnberg und des Regionalflughafens Memmingen. Wir haben Bedarf, und wir müssen zügig planen, konzipieren und umsetzen. Meine Damen und Herren, das sind wir der Wirtschaft in unserem Freistaat Bayern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Durch gerechte und gezielte Sozialpolitik für Bedürftige soll die Leistungsfähigkeit der Menschen gestärkt werden. Wir diskutieren ständig über die Schere - Sie kennen das -, die so weit auseinandergeht. Ich sage Ihnen: Wenn die Scheren-Diskussion nur dazu führt, dass man darüber nachdenkt, Reiche stärker zur Kasse zu bitten, haben wir den Sinn von Sozialpolitik nicht verstanden. Der untere Teil der Schere ist interessant. Die Bedürftigen müssen uns zum Nachdenken und zum Handeln bringen.

Ein wesentlicher Punkt und eine zentrale Aufgabe, die unsere Fraktion im Freistaat Bayern verwirklicht haben möchte, ist das von der Staatsregierung vollmundig angekündigte Programm "Bayern barrierefrei 2023". Mit unseren Möglichkeiten und Mitteln werden wir dafür sorgen, dass dies nicht nur ein schöner Programmsatz und ein schöner Titel bleibt, den man werbewirksam vor sich herträgt. Das Programm muss mit Leben und Finanzmitteln gefüllt werden; denn dort besteht für uns an allererster Stelle Handlungsbedarf. Wir wollen dass dieses Konzept "Bayern barrierefrei 2023" mit Geld, mit einem Konzept und mit einem dazugehörigen Zeitplan hinterlegt wird, der anders als bei der Verkehrsinfrastruktur auch tatsächlich eingehalten wird. Das, was wir im

Bundesverkehrswegeplan stehen haben, erinnert langsam an die Fünf-Jahres-Pläne der Sowjetunion. Das ist eines Staates wie der Bundesrepublik Deutschland nicht würdig.

Meine Damen und Herren, auch beim Programm "Bayern barrierefrei 2023" werden und müssen wir dafür sorgen, dass die Modellkommunen gleichmäßig im Land verteilt sind. Wir wollen, dass in die ländlichen Räume gleichberechtigt mit den Mittelstädten und den Metropolen investiert wird. Wir brauchen eine gleichberechtigte Förderkulisse. Wir brauchen nicht Menschen erster und zweiter Klasse. Wir wollen Barrierefreiheit in ganz Bayern durchsetzen.

Leistungsfähigkeit für Menschen und Wirtschaft bedeutet auch Investitionen in Polizei und Justiz. Innere Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem sind Voraussetzungen dafür, dass sich die Menschen sicher fühlen, dass sich die Menschen wohlfühlen und gerne hier leben. Die Unternehmen können sicher sein, mit derartigen Problemen nicht überfrachtet zu werden, sondern in einem vernünftigen Rechtsrahmen Rechtshilfe zu erhalten, wenn sie diese brauchen. Im Rahmen von TTIP diskutieren wir derzeit über das Investitionsschutzabkommen. Wir rühmen in diesem Zusammenhang immer unsere europäische und amerikanische Justiz. Wir sagen: Nein, wir brauchen keine Schiedsgerichte. Wir wollen ordentliche Gerichte. Ich sage: Wir haben in Bayern eine sehr gut funktionierende Gerichtsbarkeit. Dennoch können und müssen wir die Gerichtsbarkeit in Bayern optimieren, weil einige Bereiche an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen.

Leistungsfähigkeit der Regionen heißt auch, dass wir Staatsbedienstete gezielt dort stärker einsetzen müssen, wo sie gebraucht werden. Vorhin habe ich von der inneren Sicherheit gesprochen. Nach wie vor ist es ein Unding, dass kleine Polizeiinspektionen nachts mit einem Mann auf der Wache und einer Streife besetzt sind. Das geht nicht. Das hat weder etwas mit innerer Sicherheit noch mit Fürsorge gegenüber den Beamten zu tun. An dieser Stelle müssen wir etwas tun. Dort müssen wir das Personal verstärken.

Das fordern wir nicht, ohne einen Gegenvorschlag zu unterbreiten: Wenn wir stärker in die Regionen gehen, heißt das auch, dass wir in der Zentrale einsparen müssen. Deshalb fordern wir, dass alle Ministerien ihre Personalhaushalte für die Jahre 2015 und 2016 auf dem Niveau von 2014 einfrieren. Die Verhinderung von Mehrausgaben im Bereich des Personals bedeutet konkreten Personalabbau in den Ministerien und Personalaufbau in den Regionen. Die Haushalte steigen in den nächsten zwei Jahren wieder um 10 %, teilweise noch mehr. Wir sagen: Das muss nicht sein. Wenn sich die Ministerien auf ihre Kernaufgaben in der Verwaltung konzentrieren, die politische Spitze des Hauses etwas weniger unterstützen, etwas weniger Marketing betreiben und weniger in den Landtagsfraktionen zugange sind, sondern ihre Arbeit im Haus machen, dann wäre das kein Schaden für den Freistaat. Wir würden dort etwas einsparen und könnten das Geld gezielt dort, wo wir es brauchen, für Personal einsetzen.

Meine Damen und Herren, Gleiches gilt im Übrigen nicht nur für das Personal, sondern auch für die Sachkosten und die Werbung. Wir werden Ihnen nicht vorschreiben, wie viele Amtschefs Sie beschäftigen. Das haben wir im Nachtragshaushalt getan – leider ohne Erfolg. Es ging darum, im Staatsministerium für Wirtschaft einen zweiten Amtschef zu installieren. Herr Söder kommt mit einem Amtschef aus. Ich weiß nicht, ob Ihr Ministerium effektiver arbeitet als das von Frau Aigner. Ich weiß es nicht. Das können Sie entscheiden. Sie können auch fünf Amtschefs beschäftigen. Dann müssen Sie auf anderen Ebenen einsparen. In Summe kann der Betrag, den Sie für Personal ausgeben, nicht höher oder niedriger werden. Sie müssen sich jetzt zwei Jahre bescheiden. Ich glaube, das Signal ist wichtig. Sie werden sehen, dass das Ministerium genauso effektiv wie vorher arbeitet – vielleicht mit etwas weniger Brimborium, etwas weniger Werbung und etwas weniger Show.

Die FREIEN WÄHLER setzen Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2015/2016. Ich fasse unsere Schwerpunkte zusammen: Leistungsfähigkeit stärken. Leistungsbereitschaft in den Regionen, der Menschen in den Regionen und in den Metropolen sowie der Wirtschaft und des Mittelstands fördern. Das steht in der Bayerischen Verfassung.

Wenn wir das tun, wenn wir auf diesem Weg weitergehen, sind wir davon überzeugt, dass wir Bayern nicht nur leistungs- und finanzstark erhalten, sondern sogar noch besser machen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn Sie im Laufe des nächsten Frühjahrs mit der frohen Botschaft kommen, dass der Länderfinanzausgleich ab dem Jahr 2014 den Freistaat rückwirkend um 2 Milliarden Euro weniger belastet, dann können Sie des Dankes und des Lobes unserer Fraktion gewiss sein.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf spannende und intensive Einzelberatungen zum Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Pohl. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr verehrter Herr Finanzminister, für einen Oppositionspolitiker in Nordrhein-Westfalen haben Sie vorhin eine relativ griffige Rede gehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei bayerischen Themen sind Sie auf dem Niveau von Schlagworten geblieben. Sie haben mit Haushaltszahlen von NRW gegen die dortige Regierung geätzt. Ist Bayern so schlecht, dass Sie andauernd mit dem Thema NRW ablenken müssen?

(Michael Hofmann (CSU): Ist es Ihnen peinlich?)

In der Ersten Lesung des Bayerischen Staatshaushalts rede ich über den bayerischen Haushalt. Was zeichnet diesen Haushalt aus?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Es ist der erste Haushalt, bei dem in absehbarer Zeit keine Wahlen anstehen. Blicken wir noch einmal zurück: Seit Horst Seehofer Ministerpräsident ist, ist der Haushalt um 31 % gestiegen. 31 % sind eine Ausgabensteigerung, die wir auf Dauer nicht durchhalten können. In diesem Haushalt wird diese Steigerung nicht nachvollzogen, das stimmt. Es sind keine 9 % mehr, sondern nur noch, in Anführungszeichen, 3 %. Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen von der CSU, da Sie nicht auf uns GRÜNEN hören, möchte ich es anders ausdrücken: Ich hatte vor Kurzem einen Termin mit einem Private-Equity-Manager aus der Schweiz, der ganz kurz und knapp meinte, dass gerade auch die konservativen Regierungen viel zu wenig auf die Ausgaben achten. Die Diskussion geht um die Einnahmen. Aber wichtig wäre es, die Ausgaben unter die Lupe zu nehmen und dabei konkret nachzufragen, ob eine Ausgabe wirklich gebraucht wird. Ist das, was mit diesem Geld finanziert werden soll, tatsächlich eine staatliche Aufgabe?

Das habe ich in jeder Lesung eines Haushaltsgesetzes gesagt. Aber vielleicht helfen die Worte eines Private-Equity-Managers mehr. Sie haben sich bei diesem Haushalt, welcher der erste ist, bei dem in nächster Zeit keine Wahlen anstehen, mit den Ausgaben zurückgehalten. Eine Steigerung um 3 % ist aber auch nur zu machen, wenn die Steuern weiter sprudeln, oder anders ausgedrückt, wenn Geld reinkommt. Geld auszugeben, wenn Geld reinkommt, ist keine Kunst. Jeder kann Geld ausgeben, wenn Geld reinkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Gegend herumgehen und sich Beliebtheit erkaufen, das ist das, was Sie tun. Was wird wiederum mit diesem Doppelhaushalt 2015/2016 passieren? – Es wird wieder keine Prioritäten geben. Es gibt keine Ausgabenkritik. Und es gibt keine Aufgabenkritik beim Personal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushalt hat so wenig Prioritätensetzung, dass er nicht einmal annähernd die von Ministerpräsident Seehofer ausgerufenen Regierungsziele umsetzt. Am Anfang der Legislaturperiode – wir erinnern uns – hat er hier eine Regierungserklärung abgegeben. Dieser Haushalt unterfüttert seine Versprechen nicht annähernd mit Geld. Ein öffentlicher Haushalt sollte drei wichtige Kriterien erfüllen: Er sollte transparent, ehrlich und sparsam sein.

Wir GRÜNE haben diesen Haushalt auf diese Kriterien und im Hinblick auf die Umsetzung der Regierungsziele abgeklopft. Ehrlichkeit – Fragezeichen. Bei dem von Herrn Ministerpräsident Seehofer groß angekündigten Ziel Barrierefreiheit 2023 ist es alles andere als ehrlich, hier von 200 Millionen Euro zu sprechen. Herr Finanzminister Dr. Söder, vielleicht hören Sie mir einmal kurz zu; Sie haben diese Zahl vorhin so stolz verkündet. In Wahrheit sind es 25 Millionen Euro pro Jahr, die die Staatsregierung zusätzlich in die Inklusion steckt, keinen Cent mehr. Damit kommen wir nicht weiter, wenn wir das gemeinsame Ziel erreichen wollen, Bayern barrierefrei zu machen. Übrigens ist dieses Ziel seit fünf Jahren geltendes Bundesrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es kann nicht darum gehen, ob Herr Markus Söder als Finanzminister hier und da einmal ein bisschen Geld gewährt. Wir haben der Presse entnommen, wie Verhandlungen über die Barrierefreiheit 2023 im Kabinett verlaufen sind. Zuallererst brauchen wir eine Bestandsaufnahme. Wir brauchen Transparenz. Wir müssen wissen, was ist barrierefrei, was ist es bedingt und was ist es eben nicht. Um dieses Thema Inklusion einigermaßen ernsthaft voranzutreiben, brauchen wir eine Analyse und danach schlicht Geld, reelles Geld, und nicht schöne Zahlen, die hier verkündet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zwischen den 50 Millionen Euro im Doppelhaushalt und den eben verkündeten 200 Millionen Euro herrscht eine große Diskrepanz. Bei uns GRÜNEN erhält die Inklusion im Haushalt den Stellenwert, den sie verdient.

Was ist mit den Kommunen? – Man kann trefflich darüber streiten, ob Inklusion zur Daseinsvorsorge gehört oder dem Prinzip der Konnexität unterliegt. Abgesehen von diesem Streit gibt es das Wort des Ministerpräsidenten gegenüber den Kommunen, dass sie bei dem von ihm ausgegebenen Ziel Barrierefreiheit 2023 unterstützt werden. Aber wie so oft: Dieses Wort des Ministerpräsidenten braucht man offenbar nicht sonderlich ernst zu nehmen. Allein die Kommunen werden dann in die Röhre schauen. Egal wie der theoretische Streit ausgeht, ob dieses Thema zur Daseinsvorsorge gehört oder unter die Konnexität fällt: Die armen Kommunen im östlichen Bayern werden es sich einfach nicht leisten können.

In diesem Zusammenhang muss ich erneut darauf hinweisen, dass es Unmengen von Haushaltsresten gibt, nämlich 400 Millionen Euro. Diese sind unter anderem für den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen vorgesehen. Was passiert damit? Die Staatsregierung hortet diese 400 Millionen Euro, weil sie immer noch an dem Unsinnprojekt Zweite Stammstrecke in Form eines Tunnels festhält. Dafür werden die Ausgabenreste gehortet.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Gut so!)

Wenn man endlich München und das Umland entlasten will, muss man aber zügig die Umsetzung der Alternativpläne durchführen, zum Beispiel den Südring und die Verlängerung der U 5 bis Pasing. Leider kommen die Fahrgäste in München und dem Umland nicht weiter. All diese Alternativpläne wären schneller und vor allem viel kostengünstiger zu realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tun Sie etwas für den Großraum München, tun Sie aber vor allem etwas für die Regionen.

Die Staatsregierung veranschlagt ein Projekt mit über 2,5 Milliarden Euro. Eine solide Finanzierungsvereinbarung fehlt jedoch völlig. Daraus wird klar, dass dieses Projekt

noch riesige Haushaltsrisiken birgt. Dieses Prestigeprojekt blockiert außerdem zahlreiche kleine Projekte im ganzen Land, die aber für die ländlichen Räume enorm wichtig sind. Eigentlich ist es traurig, dass nach 30 Jahre immer noch keine elektrifizierte Strecke nach Mühldorf am Inn besteht.

Herr Dr. Söder und Herr Innenminister, wenn Sie schon nicht auf uns GRÜNE im Landtag hören wollen, dann hören Sie doch wenigstens auf Ihre Leute im Land. In der vergangenen Woche hat der Landrat von Rhön-Grabfeld, der der CSU angehört, im Bayerischen Fernsehen in Ihrem Beisein angemahnt, dass es endlich Geld für Projekte des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum geben müsse. Diese Projekte für Schiene und Bus im ländlichen Raum seien nötig; denn sonst könnten die Menschen nicht auf dem Land gehalten werden. Dies wird nicht nur mit schönen Worten, kleinen Progrämmchen oder einer Gießkannenförderung in der Wirtschaft funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ländliche Bayern und vor allem die Menschen auf dem Land verdienen eine bessere Politik. Sie verdienen es, dass man sich ernsthaft um ihre Probleme kümmert.

Zum nächsten Stichwort - wir haben es bereits von Herrn Kollegen Halbleib gehört -: Ehrlichkeit bei der Schuldentilgung. Die von Ihnen propagierte Schuldentilgung ist nichts anderes als das Prinzip "linke Tasche, rechte Tasche". Ganz ehrlich, man kann es so machen. Man kann sagen: Kreditermächtigungen für die Rücklage machen keinen Sinn, wenn ich gleichzeitig über 30 Milliarden Euro Schulden habe. Das kann man machen, aber dann sollte man so ehrlich sein und sagen, dass keine Schulden aus frischem Geld getilgt werden, sondern dass es reine Kreditermächtigungen sind, die zurückgegeben werden. Die offizielle Begründung lautet – das ist der Haken an der Geschichte, Kollege Halbleib hat es in der Intervention bemerkt -, dass Sie die Schulden deswegen tilgen, weil Sie besser für die Pensionszahlungen an die Beamtinnen und Beamten vorsorgen wollen. Diese Rechnung muss man mir noch einmal erklären. Nach der offiziellen Aufstellung des Finanzministers, nicht nach unserer Rechnung,

sondern nach der offiziellen Aufstellung von Dr. Söder und seinem Haus, schrumpfen die Rücklagen gewaltig und massiv, nämlich zwischen Ende 2013 und Ende 2016, innerhalb von drei Jahren, von 4,5 auf 1,5 Milliarden Euro und damit auf ein Drittel. Gleichzeitig wurde die Einzahlung in den Topf, aus dem später die Pensionen gezahlt werden sollen, eingestellt. Nach Ihren eigenen Berechnungen brauchen wir aber in gut 15 Jahren 7 Milliarden Euro, um die Pensionen bezahlen zu können. Wie soll das ein laufender Haushalt leisten können? Das funktioniert einfach nicht. 7 Milliarden kann kein Haushalt leisten, egal ob er schuldenfrei ist oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rücklagen schrumpfen. Gleichzeitig gibt es die großspurig angekündigte Idee, bis 2030 schuldenfrei zu sein. Da hilft es auch nicht, wenn Sie sich noch so viel gegenseitig auf die Schulter klopfen. Es gibt keinen Plan für diese Schuldentilgung. Wenn Sie mit dem Tempo wie bisher weitermachen, werden die Schulden erst 2054 getilgt sein. Ich rede von dem, was Sie bisher eingezahlt haben. Danach wird es bis 2054 dauern.

Unseriös, wie Sie es machen, habe ich die Landesbankschulden noch nicht einmal dazugerechnet. Stichwort Landesbank: Die Landesbank ist ein weiteres großes Risiko. Mit dem Haushalt soll auch ein Teil der Landesbankschulden getilgt werden, nämlich pro Jahr 430 Millionen Euro. Das hängt aber davon ab, dass die BayernLB entsprechend hohe Kapitalrückzahlungen leisten kann.

Sie haben selbst zugegeben, dass es ein großes Risiko gibt. Es nennt sich Hypo Alpe Adria. Man kann natürlich immer die Schuld auf andere schieben. Das Risiko ist da. Die ABS-Papiere, diese Rückzahlungen, sind sehr fragwürdig. Selbst wenn alles planmäßig verläuft, werden bis zum Ende des Doppelhaushaltes die Zahlungen der BayernLB an den Staat insgesamt um 2,4 Milliarden Euro unter den Kosten für den Staat mit 3,37 Milliarden Euro liegen. Dazu kommen noch die 10 Milliarden Euro Kapitalhilfe. Auch diese Schuldentilgung wird ausschließlich aus der Rücklage und nicht aus Rückzahlungen von der Bank geleistet.

Transparenz und Konzept sind für diese Staatsregierung ganz offensichtlich Fremdwörter. Das zeigt sich allein bei den Stellen für das Kultusministerium und an den vielen Diskussionen, die wir im Hause darüber geführt haben, wie viele Planstellen es jetzt mehr gibt. Die Frage, wie sich die demografische Rendite errechnet, haben wir bis heute noch nicht beantwortet bekommen. Weder der Fachausschuss noch der Haushaltsausschuss haben eine Antwort darauf bekommen. Auf die Frage, wie sich die demografische Rendite – das sind die Lehrerinnen und Lehrer, die zu viel sind, weil die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgeht – in Zukunft entwickelt, gibt es keinen Plan, kein Konzept und keine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da es dabei auf der einen Seite um viel Geld, auf der anderen Seite aber auch um das Wohl unserer Kinder geht, müssen diese Fragen zuallererst beantwortet werden, um einen Haushalt seriös und solide aufstellen zu können. Dabei stelle ich bei dieser Staatsregierung Fehlanzeige fest. Bis heute wissen wir nicht, was damit gemeint ist, wenn die Staatsregierung oder der Ministerpräsident von Ganztagsgarantie reden. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es der Herr Ministerpräsident weiß. Er hat von allen Kindern mit 14 Jahren gesprochen. Meint er damit alle Kinder in der 8. Klasse oder alle Kinder mit 14 Jahren, egal in welcher Klasse sie sich befinden? Egal, wie man es sieht und wie man es berechnet, es ist in diesem Doppelhaushalt viel zu wenig Geld angesetzt. Wenn wir davon ausgehen, dass nur 40 % der Kinder einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, brauchen wir eigentlich mindestens 300 Millionen Euro mehr, als es dieser Doppelhaushalt vorsieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier müssen wieder die Kommunen die Lasten tragen und die Mängel der Finanzierung durch das Land ausgleichen. Wenn man Ganztagsangebote ernst nimmt und sie als Schule sieht, ist das Land in der Pflicht. Damit Bayern in diesem Punkt nicht mehr Schlusslicht ist, werden wir mehr Geld beantragen.

Für Wirtschaftsministerin Aigner gibt es jetzt noch mehr Geld für noch mehr neue Technologien und Unternehmen. Allerdings fehlt bei der Wirtschaftsförderung eine klare Linie. Damit, dass wir das Gießkannenprinzip wie bisher weiterbetreiben, kommen wir im großen Flächenland Bayern nicht weiter. Wir brauchen bei der Wirtschaftsförderung klare Strukturen und klare Kriterien. Auffällig erscheinen beim digitalen Wandel auch die doppelten Strukturen. Diese werden mit diesem Doppelhaushalt verfestigt. Finanzminister Söder sagt, er sei der CIO der Staatsregierung. Wirtschaftsministerin Aigner stehen ungefähr 38 Millionen Euro für den digitalen Wandel inklusive eines digitalen Zentrums im Haushalt zur Verfügung. Der Staatshaushalt ist aber eine zu heiße Sache, um zwischen den beiden ein Hase-Igel-Rennen zu veranstalten. Die Spielchen um die Nachfolge von Ministerpräsident Seehofer dürfen nicht darin gipfeln, dass sich der Minister und die Ministerin beim Bedienen mit Geld und bei der Kompetenz, wer nun für den digitalen Wandel in Bayern zuständig ist, miteinander streiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der digitale Wandel in Bayern – Herr Finanzminister Söder, das haben Sie vorhin gesagt – ist eine viel zu wichtige und zu große Aufgabe, als dass er das Spielfeld für Nachfolgediskussionen sein sollte.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern brauchen wir keine neuen Straßen und schon gar keine 100 Millionen Euro für neue Straßen. Wir brauchen vernünftige Datenautobahnen. Damit jemand eine Region liebens- und lebenswert findet, braucht er ein Einkommen. Deshalb brauchen wir überall einen vernünftigen Netzausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr auffällig ist beim Etat der Energieministerin Aigner, dass der Programmname immer vollmundiger wird. Es hieß einmal: Klimaprogramm 2020. Jetzt heißt es: Klimaprogramm 2050. Ein Name, der nach mehr klingt, hilft aber noch nicht. Wenn man ehrlich ist - oder ehrlich wäre - sagen die Zahlen ganz eindeutig, dass zum Beispiel in die energetische Sanierung der Gebäude weniger Geld hineingesteckt wird. Eigentlich ge-

hört das zu den normalen Hausaufgaben einer jeden seriösen Staatsregierung. Auch damit spart man Energiekosten. Bei dieser Staatsregierung stellen wir jedoch Fehlanzeige fest. Mit dem Klimaprogramm 2050 sinken die Ausgaben gegenüber dem Klimaprogramm 2020 um 12,5 Millionen Euro. Wir werden selbstverständlich mehr Geld beantragen; denn das ist das Minimum. Außerdem werden wir für das Programm für die energetische Sanierung in den Kommunen eine Aufstockung beantragen. Das sind wir dem Klimaschutz schuldig. Wir werden nicht nur darüber reden, sondern auch handeln.

Ein weiterer Dorn im Auge ist uns der G7-Gipfel in Elmau. Wir wollen diesen Gipfel an diesem Ort nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er schadet der Natur, und die Kosten dafür stehen in keinerlei Verhältnis zu dem Nutzen, der gegebenenfalls entstehen kann. Richtig absurd ist, wie die Kostenverteilung läuft. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Berlin diesen Ort angeschafft und das von heute auf morgen einfach verkündet, ohne mit den Kommunalpolitikern vor Ort zu reden und diese einzubinden. Verkünden nicht gerade die bayerischen Politiker immer so gerne, dass derjenige bezahlen soll, der bestellt? Holen Sie sich Ihr Geld doch bitte bei der Bundesregierung. Vergessen Sie dabei auch nicht, gleich mögliche Entschädigungszahlungen für betroffene Bewohner anzumelden, für die von dem Gipfel wahrscheinlich nur Schäden bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass der Gipfel an einem Ort stattfindet, der für die Menge an Menschen und den Rummel drum herum nicht geeignet ist und erst durch unsinnige Baumaßnahmen notdürftig "gipfeltauglich" ausgebaut werden muss.

Finanzminister Söder und die Bund-Länder-Beziehungen - nur gut, dass niemand auf ihn hört. Vielleicht musste deswegen beim Länderfinanzausgleich schnell die große

Keule herausgeholt und, bevor man mit dem Verhandeln überhaupt angefangen hatte, nach Karlsruhe vor Gericht marschiert werden. Wir alle im Bayerischen Landtag wollen, dass die Zahlungen gerechter werden. Darüber sind wir uns einig. Wir wollen, dass Bayern möglichst weniger zahlt. Aber genau deshalb muss Bayern mit den anderen Ländern reden und verhandeln. Wir dürfen nicht drohen, noch dazu, ohne selbst ein Konzept zu haben.

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten es gern, dass Bayern ein bisschen weniger zahlt. Dazu habe ich von Ihnen schon andere Töne gehört; es war die Rede davon, dass 4 Milliarden Euro weniger gezahlt werden sollten. Wenn Sie insoweit bescheidener geworden sind, dann ist das gut. Es läge wirklich im Interesse Bayerns, wenn Sie die Verhandlungen vorantreiben würden statt zu klagen und mit Großer-Maxe-Getue aufzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klage ist ein Armutszeugnis. Zum Glück hört auch sonst niemand in Berlin auf den bayerischen Finanzminister; denn wenn dem so wäre und zum Beispiel - wie von Markus Söder gefordert - die Erbschaftsteuer abgeschafft worden wäre, dann hätte Bayern 1 Milliarde Euro weniger Einnahmen. Aber ein Staat braucht verlässliche, solide Einnahmen, damit er sich all das leisten kann, was er sich leisten muss: gute Schulen, eine funktionierende Infrastruktur, den digitalen Wandel, Inklusion, die menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge und so weiter. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen in Bayern all dies bekommen. Deswegen wollen und können wir nicht auf diese Einnahmen verzichten.

Apropos Einnahmen: Es soll helfen, jemanden zuerst zu loben, wenn man etwas erreichen will. Vielleicht sollten wir das in dem folgenden Punkt so machen. - Sehr geehrter Herr Finanzminister, im Bereich der Steuerverwaltung ist endlich ein Anfang gemacht. Das ist gut so. Aber die Stellen, die hier ausgebracht sind, sind, wie gesagt, nur der Anfang, wenn es darum geht, die Löcher, die in Bayern vorhanden sind, zu stopfen.

Da auch wir wissen, dass die Zahl der Pensionierungen in den kommenden Jahren stark steigen wird, reicht es nicht aus, diese Löcher notdürftig zu stopfen.

Damit bin ich genau an einem entscheidenden Punkt: Wir wollen zusätzliche Stellen - Sie haben recht -, nämlich 370, damit zumindest keine Planstellen mehr für die Ausbildung von Anwärtern zweckentfremdet werden. Ich wiederhole es klar und deutlich: Mehr Beamtinnen und Beamte in der Steuerverwaltung kosten nichts, sondern erbringen ein Mehrfaches ihres Gehalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber vor allem ist es unsere Aufgabe, für Steuergerechtigkeit zu sorgen. Deswegen brauchen wir mehr Personal in der Steuerverwaltung.

Personalplanung – ein absolutes Armutszeugnis der Staatsregierung. Da werden im selben Jahr Stellen ausgebracht und eingezogen. Wir haben vorhin aus dem Asylbereich ein Beispiel gehört, wozu Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes führt. Ich nenne ein noch absurderes Beispiel: Im Jahr 2014 werden 100 neue Stellen für die Wasserwirtschaft eingerichtet und gleichzeitig gut 70 Stellen eingezogen – eben auf der Grundlage dieses Artikels 6 b. Das kann nicht sinnvoll sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die höhere politische Logik der CSU!)

- Wenn überhaupt.

Um in dem von mir angewandten Muster zu bleiben, folgt jetzt das Lob: Offenbar hat die Staatsregierung etwas erkannt; denn sie will die Personalplanung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterziehen. Der erste Schritt ist also getan, der Unsinn ist erkannt. Allerdings hätte man diesen schon erkennen können, wenn man uns und der SPD zugehört oder unseren Antrag zur Personalplanung in der vergangenen Legislaturperiode angenommen hätte. Aber den Unsinn können wir auch allein erkennen, dafür brauchen wir keine Wirtschaftlichkeitsprüfung. Stattdessen werden externe Gutachter

beauftragt und bezahlt – sie kosten auch Geld –, die die Behörden und insbesondere deren Personalbedarf nicht kennen. Außerdem geht es im öffentlichen Dienst nicht allein um Wirtschaftlichkeit, sondern auch um Aufgabenerfüllung.

Wie sieht es mit dem vielgerühmten vielen Geld für die Kommunen aus? Dazu ist zum einen zu sagen: Ja, die Kommunen bekommen mehr Geld. Aber das liegt schlicht und einfach daran, dass die Steuereinnahmen gestiegen sind. Schmücken Sie sich bitte nicht mit fremden Federn!

Damit es ein Ende damit hat, dass der Bereich Straßen das Doppelte des Bereichs Schulen bekommt, wollen wir den entsprechenden Anteil am allgemeinen Steueraufkommen sukzessive auf 15 % anheben, aber dafür die verschiedenen Fördermöglichkeiten einschränken. Anders formuliert: weniger goldener Zügel und mehr Autonomie für die Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei diesem Haushaltsentwurf kommt eines hinzu: Es hieß, im November werde ein Kommunalgipfel stattfinden. Reichlich früh! - Achtung, das war ironisch gemeint. Das Versprechen von Ministerpräsident Seehofer, die Ganztagsgarantie, ist vor einem Jahr hier im Landtag gegeben worden, ein Jahr später bezieht man doch tatsächlich die Kommunen in den Ganztagsgipfel ein.

Viele Zahlen in dem Haushaltsentwurf sind vorläufig und sollen über eine Nachschubliste im November noch korrigiert werden. Man könnte auch sagen, dass die Regierung es wieder einmal versäumt hat, die Kommunen rechtzeitig einzubinden.

Wie ich den Zahlen des Haushalts entnehmen kann, steigt das Landeserziehungsgeld. Sie wollen die Einkommensgrenze anheben, bis zu der man bezugsberechtigt ist. Ich wundere mich sehr, weil mir schon vor Jahren Menschen aus der Verwaltung gesagt haben, dass gerade das Landeserziehungsgeld mit so viel Administration verbunden ist, dass es sich einfach nicht rechnet. Die armen Beamtinnen und Beamten,

die immer mehr zu tun bekommen - die Kitafernhalteprämie, das Betreuungsgeld, ist ja noch dazugekommen -, müssen einen Fördertatbestand nach dem anderen bearbeiten und betreuen. Das heißt, die Verwaltung muss immer mehr bearbeiten und gleichzeitig Personal abbauen; den Artikel 6 b habe ich schon genannt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die ersten Protestschreiben erreichen uns. Ich hoffe, sie zeigen Wirkung, aber nicht in dem Sinne, dass in diesem Bereich nun unbedingt Stellen aufgebaut werden. Sie müssen vielmehr endlich eine radikale Reform der Familientransferleistungen einleiten. Deutschland wird nicht familienfreundlicher, wenn wir eine kleine Reform nach der anderen vornehmen - das haben alle Studien in den letzten Jahren gezeigt -, sondern wir brauchen eine radikale Reform. Ein Beispiel wäre die Einführung einer Kindergrundsicherung; damit würden wir in der Verwaltung viele Kosten sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Asyl – die große Baustelle seit Jahren. Genau: seit Jahren, nicht erst seit gestern. Es war absehbar, dass mehr Menschen zu uns flüchten. Die ehemalige Sozialministerin – sie ist mittlerweile ganz aus dem Kabinett zurückgetreten - brachte in den Haushaltsberatungen regelmäßig das Argument: Wenn wir erst jetzt eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung planen, dann hilft uns das nicht weiter, weil es bis zur Fertigstellung noch dauert. - Aber vorausschauende Asylpolitik hätte bedeutet, rechtzeitig - auf der Grundlage der Anträge der GRÜNEN - sowohl baulich und arbeitsrechtlich als auch was die Residenzpflicht anbelangt etwas zu ändern. Da das nicht geschehen ist, fällt uns das jetzt allen auf die Füße und kostet weit mehr, als es mit einer vorausschauenden Asylpolitik gekostet hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit den Flüchtlingen und auch den Trägern der Sozialarbeit das Problem nicht weiter auf die Füße fällt, müssen wir endlich genug Geld in diesen Bereich stecken.

Zusammenfassend: Was braucht ein Haushalt? Grundpfeiler sind Transparenz und Ehrlichkeit. Wenn ich selbst die Zahlen nicht kenne, dann habe ich keine Grundlage für die Berechnung des Bedarfs, etwa bei der Inklusion oder den Lehrerstellen. Ein Haushalt braucht Prioritäten. Dieser Staatshaushalt muss einmal richtig durchgeputzt werden.

Wir setzen Prioritäten in den Bereichen Bildung - damit die Ganztagsgarantie nicht wieder nur eine schöne, aber leere Hülle bleibt -, Inklusion - denn nur wenn man Geld investiert, kann das seit fünf Jahren geltende Bundesrecht umgesetzt werden - und Klimaschutz. Eine Anmerkung zu Letzterem: Allein mit neuen Worten, "Klimaprogramm 2050" statt "Klimaprogramm 2020", bekämpft man den Klimawandel nicht. Als Minimum ist mehr Geld für die energetische Sanierung und weniger Geld für den Neubau von Straßen anzusetzen.

Herr Finanzminister, Ihr Haushalt ist beschränkt zukunftsfähig. Wir GRÜNEN haushalten gerecht und nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Unser nächster Redner ist der Kollege Günther Knoblauch. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Wir haben heute in der Ersten Lesung nicht über den Haushalt zu entscheiden, sondern bereiten uns auf die Verhandlungen in den zuständigen Gremien und im Haushaltsausschuss vor. Kollege Halbleib hat für die SPD-Fraktion schon einiges dargelegt, und ich möchte ein paar Punkte aus der Sicht der Kommunen ansprechen.

Der Doppelhaushalt ist von besonderer Bedeutung für unsere kommunalen Freunde und sollte eigentlich Impulse für die Arbeit in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen geben. Der Finanzminister und die Vertreter der CSU-Fraktion haben die Situation der Kommunen euphorisch geschildert und sich dabei sicher gehörig selbst auf

die Schultern geklopft. Aber Schönrednerei bringt uns und vor allen Dingen die Kommunen nicht weiter. In den Haushaltsberatungen werden wir eine Reihe von Dingen ansprechen müssen, die korrigiert werden müssen, damit die Kommunen wieder leistungsfähig sind. Die Kommunen haben schon bisher in etwa zwei Drittel aller Investitionen der öffentlichen Hand getätigt – weit mehr als der Freistaat. Sie waren in den letzten Jahren der Motor, und aufgrund der Leistungen, die sie nach Vorgaben des Bundes und des Landes erbracht haben, sind sie jetzt am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Viele haben die Grenze der Leistungsfähigkeit schon überschritten. In weiten Teilen des Landes quer durch ganz Bayern sind viele Kommunen, wenn auch mit verschiedenen Schwerpunkten, nicht mehr in der Lage, die notwendigen Investitionen zu tätigen und vor allem die Rückstände bei Straßen, Schulen und zentralen Einrichtungen auszugleichen.

Dieser Haushalt reagiert darauf nicht. Es heißt, Staatsregierung und CSU seien Partner der Kommunen. Unter Partnerschaft verstehe ich aber etwas anderes als das Ablehnen von Wünschen der kommunalen Spitzenverbände. In der Gesetzesvorlage heißt es so schön: Der Entwurf wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen und eingehend erörtert. Am Ende aber steht lapidar: Eine Berücksichtigung der Forderungen, auch teilweise, hätte zu einer Verschiebung zulasten des Staates geführt und ist daher nicht möglich. So weit die Wünsche.

Was die Mehrheit am Finanzausgleich betrifft, hat Frau Stamm schon gesagt, dass wir mehr Steuern und damit Leistungen der Wirtschaft haben. Wenn man die Mittel auf die über 2.000 Kommunen im Freistaat verteilt, kann mit dem Anstieg nicht einmal jede Kommune einen Kilometer Straße bauen.

Wenn wir uns die Forderungen der Spitzenverbände betrachten, sehen wir, dass wir in den Ausschüssen noch vieles zu beraten haben, etwa die Erhöhung der Verbundmasse von 12,75 auf 15 % – das war heute kein Thema des Finanzministers –, die Erhöhung des Anteils beim Kfz-Steuerverbund und den Substanzverlust bei den kommunalen Straßen. Dieser ist enorm. Volkmар Halbleib hat darauf schon hingewiesen.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass sich der Freistaat die kommunalen Entlastungsstraßen teilweise noch immer von den Kommunen finanzieren lässt. Wenn wir über die Entwicklung unserer Kommunen auf dem flachen Land reden, müssen wir fragen: Wo ist ein Sanierungsprogramm für die Kommunalstraßen? Dazu kommt die Investitionsförderung. Ohne Hilfe des Freistaates werden die Kommunen ihre Leistungen nicht erbringen können.

Früher haben Regierungen Förderprogramme für Hallenbäder und Mehrzweckhallen aufgelegt und damit die Lebensqualität erhöht. Nachdem die Einrichtungen jetzt in die Jahre gekommen sind, stehen die Kommunen alleine da. Wenn wir uns über gleichwertige Lebensbedingungen unterhalten, müssen wir auch daran denken, die Lebensqualität auf dem Land zu erhalten. Wir brauchen nicht immer neu zu bauen; aber was vorhanden ist, muss erhalten und gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte langsam zum Schluss!

Günther Knoblauch (SPD): Dazu gehört auch, dass wir den Breitensport fördern. Beispielsweise wurde nicht angesprochen, dass die Landkreise bei der Übernahme staatlicher Aufgaben das Gleiche dessen, was sie vom Freistaat bekommen, drauflegen, damit sie ihre Arbeit machen können. - Wir brauchen einen Entschuldungsfonds; darüber müssen wir sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Sonst können die Kommunen ihren Anteil an den Leistungen nicht erbringen, zum Beispiel beim Breitbandausbau.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Knoblauch, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Günther Knoblauch (SPD): Ich verspreche Ihnen, dass sich unsere Fraktion einbringen wird. Denn wir sind die Anwälte der Kommunen und werden bei den Beratungen die Punkte zur Sprache bringen. Dann werden wir sehen, wie wir partnerschaftlich weiterkommen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schluss nur noch einige wenige Anmerkungen; denn eigentlich ist alles schon gesagt. Zunächst zu den Kommunen und dem Thema "strukturschwach und strukturstark". Ich finde schon, dass sich die Staatsregierung – ehrlicherweise auch dieser Finanzminister - seit Jahren ganz bewusst mit diesem Thema auseinandersetzt. Dabei ist es nicht so, dass wir einfach über die Jahre hinweg erhöht haben. Das haben wir auch getan. Wir haben sowohl den Verbundsatz als auch die nominellen Summen erhöht. Das findet in keinem anderen Bundesland statt. In anderen Bundesländern gibt es Ärger und erhebliche Streitigkeiten zwischen der Landesregierung und der kommunalen Familie. Bei uns ist das Gegenteil der Fall. Alle vier kommunalen Spitzenverbände, so unterschiedlich sie auch parteipolitisch und von den Persönlichkeiten her strukturiert sein mögen, sagen nach jedem FAG: Die Situation der Kommunen in Bayern ist sehr, sehr gut. Das muss man einmal festhalten.

Wir haben aber noch etwas Besonderes gemacht: Wir haben bereits in den letzten Jahren mit dem Versuch begonnen, die unterschiedlichen Geschwindigkeiten anzunähern oder anzugleichen. Die Stabilisierungshilfe, deren Idee, wie man ehrlicherweise sagen muss, auf das Finanzministerium und den Finanzminister zurückgeht – das ist ein Topf mit 100 Millionen Euro –, soll das Ungleichgewicht ausgleichen und jenen

Gemeinden, die aus eigener Kraft kaum mehr lebensfähig sind, die Chance geben, sich zu konsolidieren.

75 % dieser 100 Millionen Euro fließen nach Oberfranken, Niederbayern, die nördliche Oberpfalz und in den Bayerischen Wald, also genau in die Bereiche, wo Struktur-schwäche herrscht. Die Struktur dieses Topfes ist in Deutschland einmalig, und wir setzen den Weg fort. Mir geht es nicht einfach nach dem Motto "Höher, schneller, weiter" um mehr Geld, sondern auch im kommunalen Bereich geht es mir darum, das Geld noch zielgerichteter zu investieren, damit die Kommunen, die es brauchen, mehr Geld zur Selbsthilfe haben. Diesen Weg wollen wir auch bei der Weiterentwicklung des FAG gehen. Die Kommunen sollen nicht immer nur nach mehr Geld rufen, und wir wollen die Verbundquoten nicht einfach ideenlos erhöhen, sondern ganz zielgerichtet überlegen, wie das viele Geld noch effektiver eingesetzt werden kann. Das ist unser Anspruch.

Ich komme zu kleineren Dingen, zum Beispiel dazu, dass die Regionalförderung der EU-Gebietskulisse geringer geworden ist, oder zur Barrierefreiheit. Für die Barrierefreiheit von Bahnhöfen – dies nur als Beispiel – geben wir in den nächsten Jahren 60 Millionen Euro aus Regionalisierungsmitteln aus. Nach Aussage der Bahn werden 86 % der Reisenden barrierefrei reisen. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, wie man vor Jahren eine Debatte darüber geführt hätte, dass wir zusammen mit der Bahn ein barrierefreies Reisen ermöglichen. Ich finde schon, dass da ein Versprechen eingelöst wird, während anderswo erst Überlegungen angestellt werden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Ja, da auch. Im Übrigen, Herr Pohl, zu dem Vergleich zwischen dem FC Bayern und Paderborn. Vor zehn Tagen haben Sie – Sie erinnern sich – gesagt: Wir sind nur leichter Favorit. Man muss auch solche Gegner erst schlagen.

Wissen Sie, was mich in Bezug auf Nordrhein-Westfalen besorgt macht? – Wir stehen nicht nur besser da - das ist parteipolitisch ganz interessant -, aber auch staatspoli-

tisch gibt es da, ehrlich gesagt, eine ganz große Schwachstelle Deutschlands; denn wenn kleine, strukturschwache Länder oder die neuen Bundesländer Probleme haben, ist das das eine. Aber was ist es denn für die Länder, den Föderalismus und ganz Europa für ein Signal, wenn das traditionell eigentlich ökonomisch stärkste Land Deutschlands sagt, dass es in diesen Zeiten mit eigentlich relativ optimalen Faktoren bei der Haushaltsplanung – die Einnahmen sind sehr hoch und die Zinsen sehr niedrig – nicht mehr lebensfähig ist? Was ist denn das für ein Signal für ganz Europa, wenn die Reichsten, weil sie so viel Geld ausgeben, nicht mehr zurande kommen? Wie sollen wir den Spaniern, Griechen, Iren, Portugiesen erklären "Bleibt bei eurer Politik", und wie sollen wir Italienern und Franzosen erklären "Ändert eure Politik", wenn das größte Bundesland im Grunde genommen eine solche Politik macht? Darum ist es wichtig, das zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Länderfinanzausgleich: Frau Stamm, die GRÜNEN in Hessen – vielleicht ist das auch der Grund, warum sie dort regieren - haben vor ihrem Regierungseintritt und danach jeweils eine Klage befürwortet. Ich habe sehr häufig Verhandlungen geführt, zum Beispiel bei den Fluthilfen, mit einem guten Ergebnis für Bayern. Die Runde ist jetzt deutlich schwerer, weil die Interessen der Länder völlig unterschiedlich sind. Die neuen Bundesländer sind mit bestimmt guten Argumenten der Auffassung, den Soli sollte man am besten über das Jahr 2019 hinweg fortsetzen. Die Vertreter hoch verschuldeter Länder wie Schleswig-Holstein und des Saarlands sagen: Wenn wir nicht eine grundlegende Veränderung bekommen, dann müssen wir sozusagen zusperren. Dann können wir die Schuldenbremse nicht erfüllen. Nordrhein-Westfalen habe ich gerade angesprochen. Es gibt zwei, drei Länder, deren Vertreter ausführen, es könne nicht sein, dass die Haushaltspolitik dieser Länder nicht im dortigen Landtag geregelt wird, sondern im Bayerischen Landtag, weil wir uns Mühe geben, das zu ändern.

Wir ärgern uns über Folgendes: Die jetzige Debatte läuft in eine Richtung, nämlich: Wie viel Geld gibt es vom Bund? Es darf doch nicht entscheidend sein, dass der Bundeshaushalt der Steinbruch ist, um Defizite auszugleichen. Edmund Stoiber hat uns mit einer guten Neuregelung des Länderfinanzausgleichs eine Milliarde Euro gespart. Seitdem ist aber in den Ländern, die damals schon schwach waren, nichts passiert. Diese sind noch schwächer geworden. Das jetzige System hat folgende Schwachstelle: Wer sich anstrengt oder erfolgreich wirtschaftet, muss das meiste abgeben. Derjenige, der versucht, aus einer Nehmersituation Geber zu werden, muss jeden minimalen Fortschritt mit erheblichen Verlusten im Landeshaushalt bestreiten. Das führt dazu, dass das Interesse, besser zu werden, nicht sehr entwickelt ist. Wir müssen aber doch ein Interesse daran haben, für alle zu erreichen, besser zu werden und nicht in der Hängematte liegen zu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Es ist keine leichte Verhandlung. Vier Milliarden zu fordern, ist illusorisch. Wir müssen sehr konkret bei der Sache bleiben. Es geht nicht nur um Geld, es geht auch um die Qualität föderaler Beziehungen. In diesem Zusammenhang dürfen wir uns nicht täuschen. Es steht ein Stück Föderalismus zur Diskussion. Wenn der Bund vorschlägt, die Bundessteuerverwaltung zu übernehmen, dann klingt das für manche Ländervertreter sehr verführerisch; sie meinen nämlich, dass der Bund die Pensionslasten übernimmt. Wenn wir aber ein deutsches föderales System haben, in dem von vornherein klar ist, dass wichtigste Kernbereiche der Verwaltung von den Ländern nicht mehr geführt werden können, was macht es dann noch für einen Sinn, von gelebter Regionalität und Föderalismus zu reden? Deswegen sind wir bei der Steuerverwaltung nicht der Auffassung, dass es gut wäre, wenn diese an den Bund überginge. Diese Verwaltung muss in der Kernkompetenz bleiben. Natürlich müssen Länder selbstständig handlungsfähig bleiben. Ansonsten bräuchten wir auch keine Landtage mehr.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Anliegen ist aus meiner Sicht zentral wichtig. Aber natürlich wollen auch wir Unterstützung für andere Bereiche. Wir finanzieren vieles vor. Über den Etat des Wissenschaftsministeriums ist über viele Jahre hinweg der Hochschulausbau im Freistaat Bayern vorfinanziert worden. Wir leisten mit eigenen Mitteln das, was andere leisten müssten.

Das gilt auch für den Verkehr. Ich wundere mich immer, Frau Stamm, wenn davon gesprochen wird, wir bräuchten die Zweite Stammstrecke nicht. Ich glaube, dass es für uns ganz entscheidend ist, eine Zweite Stammstrecke zu bekommen. Insofern bekenne ich mich ausdrücklich dazu. Natürlich ist die Summe sehr hoch, vor allem, wenn man bedenkt, dass der Freistaat Bayern eine Ermächtigung von fast zwei Milliarden Euro gibt. Eigentlich könnten der Bund und andere mehr dazugeben; wenn ich das an dieser Stelle einmal sagen darf. Es handelt sich nicht nur um eine regionale Problematik. Der nationale Zuwachs in unserer Region hat auch etwas mit der Veränderung in Deutschland zu tun, und woanders wird das auch mitfinanziert. Wir bekennen uns dazu. Man darf aber nicht nur sagen, die Zweite Stammstrecke möchte ich nicht, weil ich eine Retro-Vorstellung habe. Es geht dabei gar nicht um Realo oder Fundi; denn es scheint mir mehr retro zu sein. Wenn ein Land wächst, dann muss die Politik auch mitwachsen. Wer dies verneint, der verneint die Entwicklungsperspektive einer Region. Das tun wir nicht, denn wir wollen, dass sich Bayern entwickelt.

(Beifall bei der CSU)

Dann wurde gesagt, wir setzten keine Prioritäten. Ich finde schon, dass wir Prioritäten setzen. Wenn Sie es vom finanziellen Aufwand her sehen, dann haben Sie mit den Themen Länderfinanzausgleich – diese Priorität ist eher schlecht, weil sie viel Geld kostet – , Kommunen und Bildung fast die Hälfte des Haushaltes. Einen klareren Schwerpunkt gibt es nicht. Die politische Zuständigkeit eines Landes liegt genau in den Themen Bildung und Landesentwicklung. Für diese Bereiche geben wir sehr viel Geld aus. Ich betone: So etwas wie eine Nordbayerninitiative und die Hochschulentwicklung, die wir in verschiedenen Bereichen anstoßen, sind die beste Chance voran-

zukommen. In vielen Bundesländern wird mit Achselzucken auf die demografische Entwicklung reagiert nach dem Motto: eher Rückbauprogramme als Zentralisierung oder: Dann kommen halt die Wölfe, wenn die Menschen gehen. Ich glaube, dass der Anspruch von Politik katastrophal wäre, sich von vornherein einer Entwicklung zu ergeben, ohne den Versuch zu unternehmen, gegenzusteuern.

Deshalb ist es wichtig, einen Schwerpunkt zu setzen. Das Breitbandprogramm wird jetzt nicht mehr dauernd erwähnt, weil es klappt. Wenn es nicht laufen würde, hätten wir Debatten rauf und runter. Ein Programm, das der Erschließung des Landes dient, stärkt das Land. Veränderungen beim FAG für die kleinen Gemeinden stärken das Land. Dezentralisierung von Hochschulen stärkt das Land. Wir werden auch bei Behördenverlagerungen Elemente haben, um die Zentralörtlichkeit der Gemeinden zu stärken. Es braucht dringend diese Unterstützung. Insofern gibt es in diesem Hohen Haus bei der Vorlage dieses Haushalts eine echte Unterstützung. Der Landrat von Rhön-Grabfeld – ich saß ihm gegenüber – hat in der gleichen Sendung ausdrücklich betont, dass er dafür dankt, dass der Freistaat Bayern am meisten für die Region tut. Diesen Anspruch wollen wir weiterhin erfüllen.

(Beifall bei der CSU)

Schließlich komme ich zur Steuerpolitik, weil auch diese ein Thema war. Obwohl sie Bundespolitik ist, ist sie immer auch ein Stück Landespolitik, weil wir zum Teil mitbeteiligt sind. Einige Steuern sind zwar Bundessteuern, aber Landesgeld. Ich freue mich – das ist auch ein epochaler Wechsel –, wenn Herr Halbleib heute sagt, er sei für den Abbau der kalten Progression. Ich erinnere mich an die Finanzverhandlungen letztes Jahr, ziemlich genau vor einem Jahr. Da war die primäre Frage, die wir mit der SPD – nicht mit ihm, weil er nicht dabei war – diskutieren konnten, nicht, wann wir wie schnell welche Steuerveränderung vornehmen, sondern das Einzige, was kam, war: Steuer eins erhöhen, Steuer zwei erhöhen, Steuer drei erhöhen, Steuer vier erhöhen, Steuer fünf erhöhen. Da war eine beeindruckende Kreativität vorhanden. Wenn wir uns jetzt darauf verständigen können, wäre es eine große Leistung, ob dies nun 2017 oder

2018 erfolgt. Ich wäre froh, wenn es einen Konsens darüber gäbe, dass die kalte Progression am Ende keine Steuersenkung ist, sondern eine heimliche Steuererhöhung und dass diese dem Leistungsgedanken der hart arbeitenden Leute, vor allem der Beziehher unterer und mittlerer Einkommen, zuwiderläuft. Dafür müssen wir gemeinsam etwas tun. Jeder, der mithilft, ist herzlichst willkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fand es auch sehr beeindruckend, dass es eine Initiative in Bezug auf die Steuer vonseiten Baden-Württembergs gab. Der SPD-Kollege Nils Schmid hat ausdrücklich – er wurde dafür auch angegriffen – gefordert, über die Regionalisierung von Steuern zu reden. Ich gehe nicht so weit wie der Kollege Pohl, der eine Abschaffung der Erbschaftsteuer fordert. Er tut sich damit vielleicht ein bisschen leichter, weil er es nirgendwo einlösen muss. Ich bin ein Fan der Regionalisierung und ich sage Ihnen auch, warum: Ob Grundsteuer, ob Einkommensteuer mit Zu- und Abschlägen - übrigens eine Idee, die die Bundesbank schon vor vielen Jahren hoch verifiziert eingebracht hat – oder auch bei der Erbschaftsteuer: Warum ist Regionalisierung schlecht? Es gibt doch bereits ein Modell, in dem die Regionalisierung von Steuern funktioniert und einen sinnvollen und fairen Steuerwettbewerb auslöst, nämlich bei der Gewerbesteuer. Da kann jeder selber entscheiden, die einen mehr, die anderen weniger, als Element auch einer Körperschaft. Ich verstehe nicht, wie manch ein Landtag ablehnen kann, selbst die Möglichkeit zu haben, politisch zu gestalten. Was für ein höheres Recht als das Budget- oder Steuerrecht kann eine repräsentative Vertretung haben?

Darum plädieren wir für einen fairen Steuerwettbewerb, aufbauend auf den Elementen, meine Damen und Herren, die heute schon bei der Steuer vorhanden sind. Darum haben wir das bei der Klage eingebracht und tun wir das jetzt. Es ist auch ein Stück steuerpolitische Glaubwürdigkeit, die wir als Freistaat Bayern zeigen wollen, zum Beispiel gegenüber Mittelständlern, wenn es um die Erbschaftsteuer geht. Wir werden noch eine Menge Arbeit vor uns haben.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Da sind die anderen Bundesländer gebunden! Das wissen Sie doch selber! Das haben wir doch oft genug gelesen! Kommen Sie doch zum Ende!)

– Das entscheide ich schon selber, wann ich aufhöre.

(Beifall bei der CSU)

Ich nehme es als Denkanstoß mit. – Bei dem Thema Erbschaftsteuer werden wir in diesem Jahr möglicherweise noch eine echte Denksportaufgabe bekommen, wenn das Bundesverfassungsgericht möglicherweise die aus Sicht des Mittelstandes und auch des Freistaats Bayern wichtige Botschaft der Verschonung von Betriebsvermögen gerade im Mittelstand bei Familienunternehmen kritisch diskutiert. Dann müssen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst recht überlegen, wie wir verhindern, dass es indirekt zu Steuererhöhungen kommt, weil wir, ehrlich gesagt, ein klares Angebot für mittelständische Unternehmen machen wollen. Wenn andere Bundesländer Steuern erhöhen wollen, hätte ich kein Problem, wenn wir die Steuern etwas senken dürften. Ich bin sicher, dass wir am Ende mit etwas niedrigeren Steuersätzen höhere Steuereinkommen und -aufkommen haben werden, weil das ein leistungsförderndes Wettbewerbselement ist. Die, die immer höchste Steuern fordern, haben am Ende, meine Damen und Herren, die größte Pleite zu riskieren. - Wir wollen das nicht. Wir wollen einen anderen Weg, und dafür setzen wir uns ein. - Vielen Dank für die Beratung, viel Erfolg für die nächsten drei Monate.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/2870, 17/4667

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
und der Verordnung zur Durchführung des
Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen
Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare- te Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/4258, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4383, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4384, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4385, 17/4667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgende neue Nr. 2 eingefügt:

„2. In Art. 12 Abs. 3 Satz 1 werden die
Worte „105 000 €“ durch die Worte
„110 000 €“ ersetzt.“

b) Die bisherigen Nrn. 2 und 3 werden Nrn. 3 und 4.

c) Es werden folgende neue Nrn. 5 und 6 eingefügt:

„5. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 werden
die Worte „112 200 000 €“ durch
die Worte „112 500 000 €“ er-
setzt.

6. Art. 13e wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte
„81 250 000 €“ durch die
Worte „70 250 000 €“ er-
setzt.

b) In Satz 2 werden die Worte
„2013 bis 2015“ durch die
Worte „2015 bis 2018“ und
die Worte „16 000 000 €“
durch die Worte
„13 000 000 €“ ersetzt.“

- d) Die bisherige Nr. 4 wird Nr. 7 und erhält folgende Fassung:
 „7. In Art. 13h werden die Worte
 „256 000 000 €“ durch die Worte
 „252 000 000 €“ ersetzt und wird die
 Abkürzung „FAG“ gestrichen.“
 - e) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 8.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nr. 1 erhält folgende Fassung:
 - „1. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 „(2) ¹Die Zahl der in den Unterkünften zur Erstaufnahme am 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres untergebrachten Personen, die im Melde-
 register nicht erfasst sind, ist der Ein-
 wohnerzahl nach Abs. 1 Satz 1 zuzu-
 rechnen. ²Maßgebend für die Zurech-
 nung zu einer Gemeinde und einem
 Gemeindeverband ist die Lage einer
 Unterkunft zur Erstaufnahme.““
 - b) Es wird folgende neue Nr. 3 einge-
 fügt.
 - „3. In § 22 Abs. 1 Satz 2 werden
 nach dem Wort „Datenverarbei-
 tung“ die Worte „die für die Zu-
 rechnung nach § 1 Abs. 2
 maßgebende Zahl der in den
 Unterkünften zur Erstaufnahme
 untergebrachten Personen, die
 im Melderegister nicht erfasst
 sind, jährlich bis zum 1. August
 sowie“ eingefügt.
 - c) Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 4.

Berichterstatter zu 1: **Martin Bachhuber**
 Berichterstatter zu 2: **Thomas Mütze**
 Berichterstatter zu 3-5: **Bernhard Pohl**
 Mitberichterstatter zu 1: **Günther Knoblauch**
 Mitberichterstatter zu 2-5: **Martin Bachhuber**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/4258, Drs. 17/4383, Drs. 17/4384 und Drs. 17/4385 in seiner 50. Sitzung am 25. November 2014 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.	

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4384 und 17/4385 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Enthaltung
Ablehnung empfohlen.	

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4383 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Enthaltung
Ablehnung empfohlen.	

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4258 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Enthaltung
B90/GRÜ:	Zustimmung
Ablehnung empfohlen.	

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/4258, Drs. 17/4383, Drs. 17/4384 und Drs. 17/4385 in seiner 23. Sitzung am 3. Dezember 2014 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4384 und 17/4385 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4383 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4258 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/4258, Drs. 17/4383, Drs. 17/4384 und Drs. 17/4385 in seiner 27. Sitzung am 4. Dezember 2014 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/4384 und 17/4385 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4383 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/4258 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/2870, 17/4667

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)

§ 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl. S. 187), wird wie folgt geändert:

1. Art. 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 einleitender Satzteil werden die Worte „die Personen mit Nebenwohnung sowie“ gestrichen.

- b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Abweichend von Abs. 1 werden für die Ermittlung der Ausgangsmesszahl und des Hauptansatzes die bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen 2014 auf Basis der Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987 berücksichtigten Zahlen der Personen mit Nebenwohnung bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen 2015 mit vier Fünfteln, der Schlüsselzuweisungen 2016 mit drei Fünfteln, der Schlüsselzuweisungen 2017 mit zwei Fünfteln und der Schlüsselzuweisungen 2018 mit einem Fünftel zugerechnet.“

2. In Art. 12 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „105 000 €“ durch die Worte „110 000 €“ ersetzt.

3. Art. 13a wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

- b) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„²Die pauschalen Zuweisungen nach Satz 1 werden zum Stichtag 1. Januar 2015 fortgeschrieben, indem die bis zum 31. Dezember 2014 eingetretenen Veränderungen in der Länge des Straßennetzes in kommunaler Straßenbaulast durch entsprechende prozentuale Zu- oder Abschläge auf die pauschalen Zuweisungen berücksichtigt werden. ³Soweit Zuschläge auf Veränderungen entfallen, die sich aus einem Wechsel der Straßenbaulastträgerschaft ab dem 1. Januar 2010 ergeben, erhöhen sich diese bei einem Wechsel von Satz 1 Nr. 2 nach Satz 1 Nr. 1 um ein Drittel und bei einem Wechsel von Satz 1 Nr. 3 nach Satz 1 Nr. 2 um die Hälfte.“

4. Dem Art. 13b wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die pauschalen Zuweisungen nach Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 werden zum Stichtag 1. Januar 2015 fortgeschrieben, indem die bis zum 31. Dezember 2014 eingetretenen Veränderungen in der Länge des Kreis- oder Gemeindestraßennetzes durch entsprechende prozentuale Zu- oder Abschläge auf die pauschalen Zuweisungen nach Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 berücksichtigt werden.“

5. In Art. 13c Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „112 200 000 €“ durch die Worte „112 500 000 €“ ersetzt.

6. Art. 13e wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte „81 250 000 €“ durch die Worte „70 250 000 €“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Worte „2013 bis 2015“ durch die Worte „2015 bis 2018“ und die Worte „16 000 000 €“ durch die Worte „13 000 000 €“ ersetzt.

7. In Art. 13h werden die Worte „256 000 000 €“ durch die Worte „252 000 000 €“ ersetzt und wird die Abkürzung „FAG“ gestrichen.

8. Art. 24 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Abs. 2 eingefügt:

„(2) Art. 3 Abs. 4 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft.“

- b) Die bisherigen Abs. 2 bis 5 werden Art. 23a Abs. 1 bis 4.

§ 2**Änderung der Verordnung zur Durchführung
des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen
Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden**

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBI S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBI S. 187), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Die Zahl der in den Unterkünften zur Erstaufnahme am 31. Dezember des vorvorhergehenden Jahres untergebrachten Personen, die im Melderegister nicht erfasst sind, ist der Einwohnerzahl nach Abs. 1 Satz 1 zuzurechnen. ²Maßgebend für die Zurechnung zu einer Gemeinde und einem Gemeindeverband ist die Lage einer Unterkunft zur Erstaufnahme.“

2. In § 4 Abs. 1 Nr. 2 werden die Worte „zur Bay-AVOGFRG“ durch die Abkürzung „BayAVGFRG“ ersetzt.
3. In § 22 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Datenverarbeitung“ die Worte „die für die Zurechnung nach § 1 Abs. 2 maßgebende Zahl der in den Unterkünften zur Erstaufnahme untergebrachten Personen, die im Melderegister nicht erfasst sind, jährlich bis zum 1. August sowie“ eingefügt.
4. § 23 Satz 2 wird aufgehoben; die Satznummerierung des bisherigen Satzes 1 entfällt.

§ 3**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Thomas Gehring

Abg. Harald Güller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Klaus Steiner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Peter Winter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Hans Herold

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Dr. Paul Wengert

Staatsminister Dr. Markus Söder

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 22 bis 24** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)
(Drs. 17/2870)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4383 mit 17/4385)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/4258)

und

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/4369 mit 17/4377)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4335 mit 17/4348)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/4263 mit 17/4276)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 - HG 2015/2016)**

(Drs. 17/2871)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3710 sowie
17/4158)

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 17/4378)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/4379
mit 17/4382)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs.
17/4259)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 50 Minuten, auf die SPD-Fraktion 32 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 50 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4377 beantragt hat. Außerdem ist für die Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz Namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich feiern wir in 14 Tagen Weihnachten und erwarten uns alle Geschenke. Ich glaube, für uns gibt es heute schon

eine Art Bescherung. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 bekommen wir, die Bürgerinnen und Bürger Bayerns und die Kommunen, ein schönes Geschenk.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte dem Finanzminister ausdrücklich dafür danken, dass er uns einen Haushalt beschert, um den uns sogar das Christkind beneiden würde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist Gotteslästerung! – Volkmar Halbleib

(SPD): Die CSU glaubt noch an den Weihnachtsmann!)

Die anderen Bundesländer beneiden uns auf alle Fälle darum.

(Beifall bei der CSU)

Der Haushaltsentwurf beinhaltet meiner Meinung nach nämlich alles, um einen modernen, stabilen und in die Zukunft gerichteten Haushalt zu beschließen. Die Schuldentilgung bzw. der Verzicht auf neue Schulden ist die eine Seite. Auf der anderen Seite sind kraftvolle Investitionen vorgesehen. Es handelt sich um einen vorausschauenden Haushalt mit einer Wachstumsbegrenzung von 3 %. Die Opposition hört es nicht gerne, aber die Wahrheit lässt sich nicht verdrängen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist und bleibt das Land der stabilsten Finanzen in ganz Deutschland, wenn nicht in ganz Europa. Wir geben nur das Geld aus, das wir vorher erwirtschaften und einnehmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das die Bürger erwirtschaftet haben! Das geben Sie aus!)

Mit der Fortführung der Schuldentilgung im Umfang von über 1 Milliarde Euro setzen wir nicht nur deutsche, sondern auch internationale Maßstäbe. Damit werden wir in den Jahren 2012 bis 2016 3,6 Milliarden Euro oder 16 % der Schulden im allgemeinen

Haushalt getilgt haben. Wir tun das nicht aus finanzpolitischer Selbstverliebtheit oder weil wir uns etwas in den Kopf gesetzt haben, das wir auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen. Nein, keine neuen Schulden zu machen und vorhandene Schulden zu tilgen, ist einfach ein Wesensmerkmal der bayerischen Haushaltspolitik.

Aber das allein macht noch keinen visionären Haushalt aus. Dafür bedarf es stabiler Investitionsquoten. Auch hier beschreiten wir meines Erachtens den einzig richtigen Weg. Nochmals: Die Wachstumsgrenze der Ausgaben auf 3 % zu beschränken und eine 12-prozentige Investitionsquote einzuhalten, das bedeutet 12 Milliarden Euro; das müssen uns die anderen erst einmal nachmachen.

Weil ich gerade bei den Daten bin, füge ich hinzu: Dieser Haushalt hat hervorragende Eckdaten aufzuweisen. Gestern haben wir den Bildungshaushalt mit einem Volumen von 36 Milliarden Euro beschlossen. 36 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung bedeuten ein Drittel des Haushalts. Diese Summe muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. – 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau: Man kann realistisch sagen, schon bald werden alle Kommunen in Bayern digital erschlossen sein. Bundesrepublik: 0 Euro, Niedersachsen: 0 Euro für den Breitbandausbau; dort wird die Beratung für die Kommunen kostenlos angeboten. Nordrhein-Westfalen: 0 Euro für den Breitbandausbau. Diese Fakten sind unumstößlich. Für die Staatsstraßen sind 500 Millionen Euro vorgesehen. Das ist sehr beachtlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kern meiner Ausführungen betrifft den kommunalen Finanzausgleich. Bayerns Kommunen haben mit dem Freistaat einen verlässlichen Partner. Bayerns Kommunen werden vom Freistaat nicht im Regen stehen gelassen.

(Beifall bei der CSU)

Ich war 24 Jahre Bürgermeister. Ich würde mich heute als Bürgermeister froh und glücklich schätzen, einen solchen Partner an meiner Seite zu haben. Betrachten wir einmal die Steuereinnahmen in den letzten zehn Jahren. Die Steuereinnahmen des

Freistaats haben sich in diesem Zeitraum um 41 % erhöht, die der Kommunen um 60 %. Das hat letztendlich dazu geführt, dass die Kommunen im vergangenen Jahr von ihren Gesamteinnahmen 21 % für freiwillige Ausgaben verwenden konnten. Das gönne ich den Kommunen.

Auch in Zukunft wird es zu keiner Verschiebung zulasten der Kommunen kommen. Im Gegenteil; die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund entlastet die Kommunen dynamisch von wachsenden Leistungen. Hier wurde der ordnungspolitische Murks von Rot-Grün einfach beseitigt.

Weitere Entlastungen: 1 Milliarde Euro für ganz Deutschland, für die Kommunen, im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz zur Eingliederungshilfe; 2018: 5 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, wir sind in der Lage, die bundesweit einmalige Erfolgsgeschichte des kommunalen Finanzausgleichs heute mit diesem Doppelhaushalt weiter fortzuschreiben. Der Staatsminister hat gerade die Rekordsumme des Finanzausgleichs in Höhe von 8,3 Milliarden Euro erwähnt. Damit nicht genug: Der Finanzausgleich wird im Jahr 2016 zusätzlich um 3 % steigen. Diese Entwicklung macht sich natürlich auch an den Schlüsselzuweisungen deutlich bemerkbar. Die Schallmauer von 3 Milliarden Euro ist geknackt. Die Kommunen erhalten Schlüsselzuweisungen in Höhe 3,14 Milliarden Euro. Das Finanzausgleichsgesetz – FAG – 2015 ist wirklich ein Glückhormacher für unsere Städte und Gemeinden.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen. Die Mittel für den Straßenunterhalt werden um 15 Millionen auf 314 Millionen Euro erhöht. Die Straßenpauschalen für den Winterdienst und den Straßenunterhalt steigen um 4 %. Darüber hinaus – das weiß jeder, der in kommunaler Politik verankert ist und mit kommunalen Finanzen zu tun hat - -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehring zu?

Martin Bachhuber (CSU): Damit warten wir ein bisschen. Vielleicht beantworte ich sie noch. – Darüber hinaus wurde in den vergangenen Jahren die Stabilisierungshilfe massiv erhöht. Bei ihrer Einführung 2012 hatte sie eine Höhe von 25 Millionen Euro. 2013 wurde sie vervierfacht und betrug 100 Millionen Euro. Jetzt werden noch 20 Millionen Euro draufgelegt, sodass sich eine Höhe von 120 Millionen Euro ergibt. Jeder, der schon mit kommunalen Finanzen zu tun gehabt hat, weiß, wie wichtig das ist. Ich brauche keine aufwendigen Anträge zu stellen, sondern bekomme das Geld. Die kleinste Kommune bekommt jetzt noch eine Investitionspauschale von 110.000 Euro pro Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen Eckdaten können Sie sehen: Eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen ist für die Bayerische Staatsregierung kein Lippenbekenntnis. Wir lassen den Worten hier Taten folgen.

(Beifall bei der CSU)

Für die Förderung des kommunalen Hochbaus sind 430 Millionen Euro vorgesehen, für die Krankenhausfinanzierung auf hohem Niveau 500 Millionen Euro pro Jahr. Die Zuweisungen an die Bezirke sollen 648 Millionen Euro betragen. Der Bezirk Oberbayern beispielsweise hatte noch vor Jahren 150, 160 Millionen Euro Schulden; heute hat er keine Schulden mehr und 100 Millionen Euro an Rücklagen. Diese Zahlen zeigen, dass der Staat seiner Verpflichtung in allen Bereichen nachkommt.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Einbringung des Haushalts hat der Finanzminister gesagt: Staat und Kommunen sind eine Aktionseinheit; sie bilden eine Symbiose. Geht es den Landkreisen und den Kommunen gut, dann geht es auch dem

Land gut. Im Augenblick dürfen wir den Fakt feststellen, dass es den Kommunen sehr gut geht.

Wenn man vom aktuellen Niveau des kommunalen Finanzausgleichs ausgeht und die Beträge für die nächsten Jahre zusammenzählt, zeigt sich, dass die Kommunen in Bayern bis 2020 50 Milliarden Euro bekämen. 50 Milliarden Euro ist die exakte Summe im Haushalt 2015 des Freistaats Bayern. Die Höhe des Finanzausgleichs ist schier unglaublich. Aber das ist für uns nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite wollen wir das System des Ausgleichs noch gerechter und noch effizienter machen. Hier geht es vor allem darum, die schwächeren Kommunen, die häufig kaum oder nur schwierig einen eigenen Haushalt aufstellen können, wirksam zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurden die Stabilisierungshilfen eingeführt. Sie sind ein Faktor, der für viele Kommunen – es sind schon über 50 – bei der Bewältigung ihrer Aufgaben eine wertvolle Unterstützung darstellt.

Der Minister hat gesagt: Wenn es uns gelingt, mit dem Doppelhaushalt die Personalquote stabil zu halten, ist das ein Zeichen dafür, dass wir auch in Zukunft solide Finanzen sicherstellen können.

In jeder Sitzung des Haushaltsausschusses wurde uns immer wieder vorgehalten, der Pensionsfonds sei nicht mit ausreichenden Mitteln ausgestattet; die 100 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt jährlich vorgesehen sind, seien zu wenig. Dabei wird aber übersehen, dass wir hier ein Gesamtpaket schnüren, nämlich den Schuldenabbau bis 2030 und die kontinuierliche Steigerung des Versorgungsfonds. Der Pensionsfonds wird in diesem Jahr eine Höhe von über 2 Milliarden Euro erreichen. Bis 2030 werden wir die Schuldzinsen abbauen und damit jährlich 1 Milliarde Euro an Zinsen sparen.

In diesem Zusammenhang muss ich die Frage stellen: Was ist nachhaltiger, und was ist generationengerechter, der Aufbau eines Pensionsfonds, der nach Entnahme von Kapital erschöpft ist, oder ein schuldenfreies Bayern, das Jahr für Jahr 1 Milliarde Euro

mehr ausgeben kann? Ich denke, wir müssen bei diesem Gesamtpaket bleiben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie mir: Mit diesem Haushalt tragen wir wesentlich zur Generationengerechtigkeit bei.

Wenn man einen solchen Haushalt verabschiedet, muss man ehrlich sein und sich eingestehen, dass nicht alles, was wünschenswert ist, finanzierbar ist. Man muss auch Abstriche machen. Wir handeln nach dem Prinzip des ehrbaren Kaufmanns und geben nur das Geld aus, das wir zur Verfügung haben. Daran orientiert sich die Bayerische Staatsregierung jetzt schon seit über elf Jahren mit einem Haushalt ohne neue Schulden.

Wenn man auf die ganze Situation im Freistaat Bayern blickt, muss man sagen, dass wir nicht unbedingt falsch handeln. Wenn wir uns umsehen, stellen wir fest, dass es auch in Bayern sehr viele glückliche Menschen gibt. Nach der Umfrage eines großen Umfrageinstituts in der letzten Woche leben in Bayern die zufriedensten Menschen. Ich frage mich, warum das so ist. Weil wir nur noch marode Häuser haben, weil wir eine marode Infrastruktur haben und weil wir einen großen Investitionsstau haben? Sie müssen fast schon verzweifeln, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Bayern sind eben leidensfähig!)

Sie erzählen gebetsmühlenartig, wie schlecht es in Bayern aussieht. Aber die Menschen in dem von Ihnen so beschriebenen Bayern fühlen sich sehr, sehr wohl und sind die zufriedensten in Deutschland. Woran mag das wohl liegen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, die ganz große Mehrheit von Bayerns Bürgerinnen und Bürgern ist sehr froh, dass in Bayern die CSU regiert und die politischen Leitlinien vorgibt.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluss. Dieser Haushalt ist keine entrückte Wunschvorstellung der CSU. Er ist der Generationengerechtigkeit geschuldet und ermöglicht es unseren Kindern und Enkeln, in einem Bayern zu leben, das ihnen alle Wege in eine gute Zukunft eröffnet. Sie sollen unserer Überzeugung nach nicht in einem Bayern leben, in dem vieles nicht mehr möglich ist, weil die Schulden dem Staat die Luft zum Atmen und zum Agieren nehmen. Sie sollen genauso gern in Bayern leben wie jetzt ihre Eltern und Großeltern und sollen auch in 20, 30 Jahren die zufriedensten Bürger in Deutschland sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bleibe dabei: Der Haushalt 2015/2016 – keine neue Schulden, Schuldenabbau, Begrenzung der Ausgaben auf 3 % und trotzdem eine Investitionsquote von 12 % - ist ein filigranes und stabiles Meisterwerk, um das wir beneidet werden. Wir wissen: Mitleid bekommt man umsonst, Neid muss man sich verdienen, und Neid ist die höchste Form der Anerkennung.

Ich gratuliere unserem Staatsminister Dr. Markus Söder zu diesem Meisterwerk. Herzlichen Dank für die Einbringung des Haushaltes! Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 13.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. Für eine Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Gehring gemeldet. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Bachhuber, keine Sorge. Ich werde jetzt keine finanzpolitische Rede halten; das wird meine Kollegin Claudia Stamm machen. Sie wird etwas zu den Rücklagen sagen.

Eigentlich hatte ich eine klassische Zwischenfrage. Aber Sie haben leider kaum Zwischenfragen zugelassen.

Ich möchte zunächst etwas zu den Kommunen sagen. Da gibt es noch ungedeckte Schecks. Ich denke etwa an die Ganztagsangebote. Die Kommunen haben den Vor-

schlag der Staatsregierung noch nicht unterschrieben, und da finden noch Gespräche statt. Da werden auf das Land noch Kosten zukommen, wenn das Land weiterhin ein fairer Partner der Kommunen sein will.

Zweitens komme ich zum Anteil der Kommunen an den Einnahmen des Landes. In diesem Jahr sprudeln die Steuereinnahmen; aber der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen ist nicht gestiegen, wie es versprochen war. Er liegt weiter bei 12,75 %; der Anteil wurde nicht erhöht. In Baden-Württemberg sind es 23 %. Ich weiß, es ist immer schwierig, Länder zu vergleichen. Aber ich wollte das einfach zur Information mitteilen.

Der kommunale Finanzausgleich soll reformiert werden. Es gibt Arbeitsgruppen. Aber ein Thema wurde schon herausgenommen, das vor allem Kommunen im Süden beschäftigt. Bei den Schlüsselzuweisungen wurden nämlich die Nebenwohnungen herausgerechnet. Das bedeutet vor allem für touristisch geprägte Kommunen Einbußen bei den Schlüsselzuweisungen. Ich habe das am Beispiel meiner Gemeinde, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Oberallgäu, ausgerechnet. Dort sind 4,25 % der Wohnungen Nebenwohnungen und werden herausgerechnet. Wie es aussieht, bedeutet das, dass 13,75 % der Schlüsselzuweisungen wegfallen. Das ist immerhin ein sechstelliger Betrag und für eine kleine Kommune ein großer Batzen.

Wie gehen Sie mit diesem Thema um? Gibt es Berechnungsgrundlagen für die Kommunen? Gibt es Gutachten oder Vorschläge, wie den touristisch geprägten Kommunen im ländlichen Raum geholfen werden kann, oder müssen die Kommunen damit leben?

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, zunächst einmal – ich habe es schon in meinen Ausführungen gesagt –: Wir wollen den Finanzausgleich noch gerechter machen. Wir wollen die schwächeren Kommunen stärken. Gestern konnten wir es in der Zeitung lesen. Es ist schon schwer vertretbar, dass manche Kommunen in Bayern auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten kön-

nen, weil sie gut ausgestattet sind, während andere Kommunen ihre Bürger mit Beiträgen belasten. Das zeigt, dass wir den kommunalen Finanzausgleich ändern müssen. Dazu gehört nicht nur eine Nuance. Dazu gehört ein Gesamtpaket, um einen zukunftsfähigen Finanzausgleich zu haben. Ich sage nochmals: Dieser Finanzausgleich zeigt den Kommunen, dass sie sich auf den Freistaat Bayern verlassen können.

Für die Bildungspolitik und das, was Sie gesagt haben, gibt es noch einmal 36 Milliarden Euro. Somit geht ein Drittel des gesamten Haushaltes in den Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Auch damit kann sich Bayern sehen lassen. Wir haben heute gehört, dass Bayern die wenigsten Schulwiederholer hat. Nach einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung, die heute herausgekommen ist, sind es 5 %.

Das mit den Nebenwohnungen ist noch zu klären. Dazu ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Auch das gehört zu dem Gesamtpaket eines gerechten Finanzausgleichs für alle Kommunen, damit wir das Ziel, bei dem wir schon sehr weit sind, nämlich gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern, erreichen können.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Bachhuber. Die nächste Wortmeldung kommt von Kollegen Harald Güller. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, meine Herren Staatssekretäre! Dann kümmern wir uns nach dieser Jubelarie ein bisschen um den Einzelplan 13 und schauen, ob das "filigrane Meisterwerk" auch hält, wenn man ein bisschen hinter die Fassade schaut, oder ob Sie Ihre schwarze Null, die Sie permanent bejubeln, durch Schecks auf die Zukunft erkaufen.

Als Erstes schauen wir uns einmal an, wie Sie mit dem Investitionsbedarf im Krankenhauswesen umgehen. Herr Staatssekretär Füracker hat im Haushaltsausschuss die phänomenale Aussage getroffen: Das Problem der Krankenhäuser sind derzeit die Betriebskosten, nicht die Investitionskosten; die knapp 500 Millionen Euro sind voll

ausreichend für die Anforderungen aller Krankenhäuser in Bayern. - Wer aber nur etwas Ahnung hat von der Materie vor Ort, weiß, dass diese Aussage falsch ist. Das Problem der kommunalen Krankenhäuser, aber auch anderer, sind die Betriebskosten und die Investitionskosten. Deswegen ist es fahrlässig, diesen Betrag nicht in der Weise zu erhöhen, wie es die SPD beantragt hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch fahrlässig, wie – ich darf das als Augsburger sagen - mit dem Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten "Die Uniklinik kommt!!!" in haushalterischer Sicht umgegangen wird. Jetzt kommt zunächst lange nichts. Im Jahr 2015 sind Vorbereitungskosten von 1,5 Millionen und im Jahr 2016 von 3 Millionen im Haushalt. Ich sage Ihnen: Wenn Sie dieses Projekt ernsthaft angehen wollen, dann können Sie an beide Summen jeweils eine Null anhängen, sonst wird das nicht funktionieren. Sie aber spielen kommunale Krankenhäuser und Universitätskliniken gegeneinander aus, indem Sie in beide Töpfe nicht mehr Geld hineingeben, obwohl Sie genau wissen, dass ein zusätzliches Universitätsklinikum deutlich mehr Geld kostet, aber auch notwendig ist. Sie verschlafen Zukunftsinvestitionen. Ich würde sagen: Das ist nicht gerade ein "filigranes Meisterwerk".

(Beifall bei der SPD)

Zukunftschancen, Thema Pensionsfonds: Herr Bachhuber, Sie haben das Thema erfreulicherweise selbst angesprochen. Es bleibt dabei, dass Lasten in die Zukunft verschoben werden. Wir können gerne darüber diskutieren, ob es möglich ist, diese Lasten und die Versäumnisse der vergangenen Jahre innerhalb eines Haushalts aufzuholen, wie es der Antrag der FREIEN WÄHLER suggeriert, oder ob wir sukzessive vorgehen müssen. Dazu sind wir gesprächsbereit. Aber weiterhin offenen Auges in das Pensionsdesaster in einigen Jahren hineinzulaufen, kann man nicht verantworten. Das ist kein "filigranes Meisterstück" eines Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir keine Verstärkungsmittel beim Straßenbau und keine Verstärkungsmittel für Planungen haben, dass wir keine Verstärkungsmittel für kommunale Gebäude haben, ist auch kein Meisterstück, sondern verschiebt Belastungen in die Zukunft.

Wenn wir beim Thema Zukunft sind: Herr Herold hat heute so grandios zitiert, ohne den Kommentar von Uli Bachmeier zu Ende zu lesen: Bayern glänzt – im Moment. In dem Kommentar steht etwas Wichtiges, über das wir uns in aller Ernsthaftigkeit auch im Haushaltsausschuss Sorge machen müssen. Wir müssen miteinander reden und gemeinsam versuchen, die beste, noch machbare Lösung zu finden. Herr Bachmeier schreibt: Im Streit mit Österreich um die Skandalbank HGAA droht eine Milliardenpleite. – Herr Minister Söder, Sie haben vorher hier erklärt, Sie seien der Einzige in ganz Deutschland, der gut schlafen kann, wenn er sich den Haushalt ansieht. Darüber muss ich mich schon wundern. Ich habe im Umgang mit der Hypo Group Alpe Adria und ABS-Papieren und der MKB sehr wohl einen Wandel im Haushaltsausschuss vernommen. Herr Dr. Riegler und ausdrücklich auch Sie haben in den letzten Monaten fair informiert und sind fair mit uns umgegangen. Wie Sie jetzt aber auf eine solche Aussage kommen, wenn man den Haushalt insgesamt ansieht und weiß, dass bei den Klagen vor dem Landgericht München Risiken bestehen, weiß ich nicht. Bei den direkten Klagen allein sind es 2,4 Milliarden Euro, also 2.400 Millionen Euro, bei einer Gegenklage fast 800 Millionen Euro, bei einer Klage gegen die Mitarbeiterstiftung in Klagenfurt sind sie im dreistelligen Millionenbereich, eine weitere Klage der Mitarbeiter, die zusätzliche Boni einklagen, ist im hohen Millionenbereich. Wenn ich das alles sehe, wäre ich nicht so forsch und würde sagen: Ich bin der Einzige in ganz Deutschland, der gut schlafen kann. Ich würde mir Sorgen machen und weiterhin hart an der Lösung dieser Probleme arbeiten, statt zu schlafen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch in diesem Haushalt 350 Millionen Euro an Zinszahlungen für das Desaster um die Hypo Group Alpe Adria. Wir zahlen auch an diesem Tag circa eine Million Euro an Zinsen nur für dieses Desaster. Wenn wir heute ungefähr zwei Stunden

diesen Haushalt diskutieren, dann haben wir in dieser Zeit schon wieder 80.000 Euro an Zinsen verbraten, die wir wahrlich an anderer Stelle viel besser brauchen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns natürlich auch mit der Aufarbeitung beschäftigen müssen. Wir haben vor Kurzem – das betrifft nicht den jetzigen Finanzminister – von der unabhängigen Griss-Kommission in Österreich, einer Exekutivkommission, einen klaren Bericht bekommen, der Staatsversagen – wohl auf österreichischer Seite, aber eben auch auf bayerischer Seite – beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria feststellt. Es wird festgestellt: Die Bayern hatten ein riesiges Interesse, die Gruppe um jeden Preis und unter allen Bedingungen zu kaufen. Daraus wird ein Versäumnis der Kärntner und der Wiener Regierung konstruiert. Es wird gesagt, man hätte die Bayern noch mehr über den Löffel balbieren können. - Aber eines steht fest: Wir haben Fehler gemacht. Wir schauen mal, ob wir vielleicht das eine oder andere "Fuffz'gerl" zurückbekommen. Sie werden dabei auf jeden Fall mit uns rechnen können und dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Einzelplan 13 des Haushaltsplans 2015/2016 anschau, darf ein Thema natürlich nicht fehlen: Die Heimat und Heimstadt des Reptilienfonds. Wie heißt es so schön in allen Anträgen der CSU? – Ob eine Machbarkeitsstudie für ein Bayerisches Gesundheitsdatenzentrum, ein Bündnis für Organspende, ein paar Euro mehr für den Bayerischen Jugendring, ein Bayerischer Demenzpreis oder ein Bayerischer Demenz-Survey bezahlt werden sollen, immer steht dran, dass dies über den Einzelplan 13 Kapitel 13 03 Titel 893 06 – das ist der Reptilienfonds der CSU – finanziert wird. Übrigens: Den Antrag zum Bayerischen Demenz-Survey dürfen Sie nach dem Wochenende in Zukunft in Ihrem Wohnzimmer gar nicht mehr zitieren, da dies Ihr Generalsekretär Herr Scheuer sprachlich irgendwie nicht so gut findet. Nennen Sie es in Ihrem Antrag einfach Demenz-Register.

Ich will überhaupt nicht kritisieren, dass im Haushalt noch etwas finanzielle Luft für sinnvolle Anträge und Ideen der Fraktionen ist. Das ist sinnvoll, um diese noch ins Verfahren zu bringen. Ich kritisiere aber, dass es eben nicht so ist, wie Herr Holetschek heute Vormittag gesagt hat: Piep, piep, piep – wir haben uns lieb, in allen Ausschüssen verstünden wir uns so toll. Wir haben ein gutes Verhältnis; Kollege Winter, dafür bedanke ich mich herzlich. Die Sitzungsleitung ist fair. Jeder kommt zu Wort. Am Ende des Tages stehen jedoch 156 abgelehnte Anträge der SPD-Fraktion. Zu rund der Hälfte der Anträge sagen Sie während der Beratungen: Eigentlich wären sie schon sinnvoll, aber das machen wir jetzt an dieser Stelle nicht. Bei ein paar Anträgen sagen Sie: Na ja, das können wir nächstes Jahr abschreiben. Einige schreiben Sie unverschämterweise noch im gleichen Jahr ab und finanzieren das – so nennen Sie das – mit Ihrer Fraktionsreserve.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, das ist kein guter Umgang miteinander. So stelle ich mir Beratungen im Haushaltsausschuss nicht vor. Selbstverständlich gibt es verschiedene Ansätze. Kollege Halbleib hat das gerade für den Länderfinanzausgleich klargemacht. Das betrifft auch unsere Vorstellungen zur Ausgestaltung der Steuerverwaltung. Kollege Wengert wird noch vorstellen, wie wir das bei kommunalen Gebäuden und Einrichtungen sehen. Günther Knoblauch wird erklären, wie wir uns die Konstruktion des kommunalen Finanzausgleichs insgesamt vorstellen. Selbstverständlich gibt es Unterschiede. Jedoch gibt es Themen, zu denen man unstrittig sagen kann, dass sie die Opposition richtig und früher erkannt hat als die CSU. Dann kann man einmal die Größe haben und einem Antrag der SPD oder einer anderen Oppositionspartei zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem Sie gesagt haben, dass es sich zwar um einen guten und sinnvollen Antrag handelt, die Höhe des Ansatzes aber nicht passe, haben wir im Haushaltsausschuss

vorgeschlagen, die Höhe nach einer Einigung zu ändern. Davon haben Sie nichts gemacht. Sie lehnen die Anträge nur ab und tun hier so, als hätten Sie als einzige Partei in ganz Bayern die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist es nicht. Die Opposition hat gute Anträge. Wir haben in den letzten Tagen viel Substanz in die Beratungen hineingegeben. Haben Sie einmal die Größe, und nehmen Sie solche Punkte von uns an! Das wäre wirklich ein Weihnachtsgeschenk, das den Weihnachtsfrieden bei uns näherkommen lassen würde.

(Beifall bei der SPD)

Auch schon vor den Ausführungen von Kollegen Wengert und Kollegen Knoblauch muss ich leider feststellen, dass der Einzelplan 13, wie er jetzt konstruiert ist, nicht zukunftsfähig ist. Er verschiebt Lasten in die Zukunft. Wir steuern damit sehenden Auges in Finanzierungsprobleme, insbesondere im investiven Bereich. Deshalb müssen und werden wir diesen Haushalt ablehnen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Güller. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben anstrengende Wochen mit Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss hinter uns. Deswegen möchte ich mich gleich zu Beginn beim Vorsitzenden Peter Winter und seinem Stellvertreter Volkmar Halbleib ganz herzlich bedanken. Im Ausschuss war die Atmosphäre gut. Wir haben intensiv und konstruktiv beraten. Es ist jedoch bedauerlich – dafür können Sie nichts, das ist die Vorgabe der CSU-Fraktion –, dass wir vergeblich verhandelt haben. Ich spreche jetzt den Fraktionsvorsitzenden Kreuzer an. L'art pour l'art – kein einziger

Änderungsantrag, sei er von den GRÜNEN, sei er von der SPD, sei er von den FREI-EN WÄHLERN, wurde angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das liegt nicht an der Qualität der Anträge; das ist kein Zufall, das war so besprochen. Das wurde von Ihren Kollegen auch so bestätigt. Ich finde das sehr schade. Das ist eine vergebene Chance. Ich rede noch nicht einmal von der vergebenen Chance für die Demokratie. Es ist eine vergebene Chance für mehr Qualität in dem Haushalt. Ich sage noch überhaupt nichts über den Ausgangspunkt dieser Qualität. Auf jeden Fall hätten wir die Qualität des Haushalts verbessern können. Wie oft hat es Sie in den Fingern gejuckt, die Hand zu heben und zuzustimmen? Schließlich haben Sie sich daran erinnert, was Ihnen vorgegeben wurde und haben die Hand unten gelassen; Sie haben nicht zugestimmt. Das ist bedauerlich und schade.

Ich zeige Ihnen an einem Beispiel, wie man es anders machen kann und was dabei herauskommt. Als Sie im Winter des Jahres 2008 in größter Not waren – das Landesbank-Debakel vor Augen, die Insolvenz der Bank war nicht gebannt –, haben Sie unserem Antrag zugestimmt, eine besondere Kommission, nämlich die Landesbankkommission, einzuberufen. Selbstverständlich haben wir uns zu dem Thema gefetzt. Selbstverständlich haben wir hart mit euch gekämpft und gerungen. Wir haben aber auch sehr konstruktiv gearbeitet, gemeinsam mit der Exekutive, mit dem damaligen Finanzminister Fahrenschon, und gemeinsam mit der Spitze der BayernLB. Die Vorschläge aller Fraktionen sind in die Sanierung und in die Restrukturierung eingeflossen. Was ist dabei herausgekommen, Herr Staatsminister Söder? Tatsächlich haben wir es geschafft, einige der schlimmsten Schreckensszenarien zu bannen. Meine Damen und Herren, das war eine Gemeinschaftsleistung.

Wenn ich das anfügen darf: Wir sind bei der BayernLB noch lange nicht über den Berg. Wir haben noch lange an erheblichen Risiken zu tragen. Dennoch ist die Situation heute mit der Situation im Dezember 2008 nicht vergleichbar, als wir im Rahmen von Sondersitzungen einen Nachtragshaushalt mit über 10 Milliarden Euro zur Stüt-

zung der Bank beschließen mussten. Sie teilen Papiere aus, in denen man lesen kann, dass es seit dem Jahr 2006 keine Neuverschuldung mehr gebe. Das stimmt so nicht. Das schreiben Sie über die allgemeinen Haushalte. Man hat das in einem Sonderhaushalt versteckt. Anstatt den Anschein zu erwecken, dass sich der Haushalt seit dem Jahr 2006 nur im Guthaben befunden hat, sollte man die Größe haben, das ebenso anzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn wir uns die Steuerpolitik und die Einnahmen des Haushalts ansehen, kann ich einiges loben, muss aber auch etliches kritisieren. Ich habe es in den vergangenen Reden schon gesagt: Wir haben eine hervorragende Einnahmesituation. Das kommt nicht von ungefähr: Das haben die Menschen, die Steuerzahler, die Unternehmer, die Arbeitnehmer, das haben auch die Verbände wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften etc., aber auch die Politik bewirkt. Wir haben in Bayern eine in groben Zügen ordentliche, gute Wirtschaftspolitik gemacht. Dies kann man auch für Berlin so bestätigen; denn ohne gute Rahmenbedingungen wären diese Steuereinnahmen – 25 % plus seit 2008 – nicht möglich.

Die andere Seite muss man aber auch beleuchten, meine Damen und Herren. Die andere Seite sieht so aus, dass wir jährlich die Steuern erhöhen, obwohl jeder behauptet: Wir machen keine Steuererhöhungen. Die kalte Progression ist eine Steuererhöhung, und zwar jedes Jahr. Jetzt höre ich, dass gesagt wird, man wolle noch in dieser Legislaturperiode im Bund die kalte Progression abschaffen. Die kalte Progression gehört sofort abgeschafft. Sie ist eine Steuererhöhung und nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Weiteres. Ich höre hier vom Kollegen Halbleib, wir seien uns alle darin einig, dass der Solidaritätszuschlag durch irgendetwas anderes, insbesondere durch eine Integration in den allgemeinen Steuertarif ersetzt werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Wenn das die Bundesebene betrifft, dann gilt dies zumindest bis zum Jahr 2017 für uns noch nicht. Ich kann für unsere Fraktion nur deutlich sagen, dass wir selbstverständlich keine Steuererhöhung mitmachen. Eine Kontinuität des Solidaritätszuschlags in anderer Form ist eine Steuererhöhung; denn der Soli war zeitlich befristet. Er läuft 2019 aus und ist verfassungsrechtlich nicht mehr verlängerbar. Wenn man dann anstelle des Soli eine neue Steuer erfinden will, eine neue Abgabe erfinden will, so ist dies auch eine Steuererhöhung. – Nicht mit uns, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage auch ganz klar – ich streife das nur –: Wenn am 17. Dezember das Bundesverfassungsgericht mutmaßlich Teile des Erbschaftsteuerrechts für verfassungswidrig erklären wird – übrigens mit Ansage –, dann wäre es auch Zeit, über die Erbschaftsteuer nachzudenken; denn die Erbschaftsteuer ist alles andere als gerecht. Ich sage Ihnen: Wenn man als vermögender Mensch Erbschaftsteuer zahlt, hat man den falschen Berater. Das ist so. Diejenigen, die wirklich Geld haben, sind nicht diejenigen, die die Erbschaftsteuer zahlen. Erbschaftsteuer zahlen zum Beispiel diejenigen, die mit dem Erblasser nicht verwandt sind und nur über einen Freibetrag von 20.000 Euro verfügen. Das sind diejenigen, die Erbschaftsteuer bezahlen. Man muss sich also schon einmal überlegen, ob das, was wir bei der Erbschaftsteuer machen, gerecht und richtig ist. Wir haben klar und deutlich gesagt: Die Erbschaftsteuer gehört abgeschafft. Ich sage das auch in dem Bewusstsein, dass natürlich der Erwerb – wie es so schön heißt – leistungslosen Vermögens vielleicht aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten anders betrachtet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt wieder auf Bayern zurück. Wenn wir uns die Vermögensbilanz des Freistaates Bayern ansehen, müssen wir feststellen, dass wir zwar – und das ist wiederum positiv – keine neuen Schulden machen, sondern tendenziell sogar Schulden abbauen. Wir vermindern aber unser Vermögen, nämlich

erstens bei den Straßen, wo wir viel zu wenig tun, um den Substanzerhalt sicherzustellen, zweitens bei den Gebäuden – dort sieht es nicht viel besser aus – und drittens beim Pensionsfonds. Der Pensionsfonds bedeutet eine Schattenverschuldung, die uns irgendwann einmal einholt. Als viertes Beispiel nenne ich die BayernLB. Was immer in Vergessenheit gerät: Die Bank ist verschlankt worden. Wir haben uns von erheblichen Vermögensbestandteilen getrennt. Diese Bank war vor der Krise über 8 Milliarden Euro wert. Sie hat diesen Wert aktuell nicht mehr. Auch das muss man sehen. Das ist eine Verminderung unseres staatlichen Vermögens. Dies gehört ebenfalls in eine ehrliche Bilanz.

Meine Damen und Herren, der Herr Staatsminister hat vorhin gesagt, wir hätten für beide Haushaltsjahre zusammen Mehrforderungen in Höhe von 3,8 Milliarden Euro eingebracht. Er hat nicht ausdrücklich gefragt, aber zwischen den Zeilen war zu hören: Wo bleibt die Gegenfinanzierung? – Ich werde es Ihnen sagen. Wir haben – darin unterscheiden wir uns von dem einen oder anderen Kollegen in der Opposition – von Anfang an, Herr Staatsminister Söder, Ihre Klage gegen den Länderfinanzausgleich aus vollem Herzen unterstützt, und zwar nicht deshalb, weil wir Herrn Stoiber so dankbar sind. Es wäre ja schon fast eine schizophrene Haltung, etwas zu beklagen, was unser Urvater Edmund Stoiber so glänzend ausgehandelt hat. Die Klagebegründung würde ich so nicht verfassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie dem Bundesverfassungsgericht schreiben, der Vertrag, den wir jetzt als sittenwidrig oder aus sonstigen Gründen für nachbesserungsbedürftig halten, ist durch ein uns zuzurechnendes Organ, den damaligen Ministerpräsidenten, glänzend verhandelt worden, dann würde ich sagen: Volenti non fit iniuria – dem Wollenden geschieht kein Unrecht. Ich weiß nicht: Wenn man sich prozessual richtig verhalten würde, müsste man den Länderfinanzausgleich eigentlich beklagen und deutlich machen, dass ihn Edmund Stoiber dilettantisch ausgehandelt hat. Eigentlich müsste man ihm gleich noch den Streit verkünden, falls es theoretisch noch persönliche Ansprüche

geben könnte. Wir wissen natürlich, dass der frühere Ministerpräsident unter dem staatlichen Schutz steht. Politisch müssen Sie mir aber recht geben: Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ist nur zu gewinnen, wenn man deutlich macht, dass Edmund Stoiber diesen Länderfinanzausgleich zum Nachteil des Freistaates Bayern ausgehandelt hat.

Jetzt sagen Sie, Herr Staatsminister: Na ja, Herr Stoiber habe nicht damit rechnen können, dass es Bayern so gut gehen wird. – Heißt das, dass es Bayern noch besser gehen würde, wenn Sie sich früher von Ihrem damaligen Ministerpräsidenten getrennt hätten? Ist der Grund dafür, dass es uns jetzt so viel besser geht, der, dass Stoiber nicht mehr da ist und zuerst Beckstein und dann Seehofer dieses Land regieren? Oder sagen Sie: Stoiber war nicht weitsichtig genug und konnte nicht erkennen, wie gut seine Nachfolger diesen Freistaat führen? -

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, bitte am Ende. - Ich meine, Sie müssen vor dem Bundesverfassungsgericht die Karten schon ehrlich und deutlich offenlegen. Der Länderfinanzausgleich ist damals dilettantisch verhandelt worden, und jetzt wollen wir Korrekturen.

Wir wollen Sie jetzt aber auch; denn wir diskutieren über das Thema Länderfinanzausgleich schon so lange, wie wir im Parlament sind, und das sind jetzt immerhin schon sechs Jahre. Wir haben mit dem Bundesverfassungsgericht ein Gericht, das Klagen zügig verhandelt. Außerdem haben Sie immer gesagt: Wenn wir klagen, haben wir in den Verhandlungen größere Druckmittel. Wir wollen jetzt also Ergebnisse sehen.

Ich sage Ihnen auch eines: Wenn Sie bereits ein belastbares Ergebnis auf den Tisch gelegt hätten, das uns pro Jahr um 2 Milliarden Euro entlasten würde - 2 Milliarden plus 2 Milliarden sind 4 Milliarden –, dann hätten Sie die 3,8 Milliarden Euro, die Sie vorhin aufgeführt haben, schon überkompensiert.

Wir haben aber auch noch andere Vorstellungen davon, wie wir den Freistaat Bayern auch langfristig erfolgreich halten und noch erfolgreicher machen. Wir danken dafür – jetzt danke auch ich einmal, Herr Kollege Bachhuber, aber an der richtigen Stelle –, dass die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion – die GRÜNEN konnten sich leider nicht anschließen – unsere Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern mitgetragen haben. Wir haben das gemeinsam in der Verfassung verankert. Das ist eine Forderung, die die FREIEN WÄHLER seit Jahrzehnten stellen, schon zu Zeiten, als wir noch gar nicht im Bayerischen Landtag waren. Aber das müssen wir jetzt umsetzen, das müssen wir realisieren. Wenn wir es realisieren, wenn wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, wenn wir die Regionen in Bayern stärken, dann werden wir noch erfolgreicher sein, weil vieles, was momentan nur in der Zentrale ankommt, in den Regionen besser angelegt wäre und dort besseren Ertrag brächte.

Wir wollen den zentralistischen Freistaat umbauen zu einem Freistaat der Regionen. Das schaffen wir natürlich nicht alleine; das müssen wir gemeinsam anpacken. Aber wir müssen es tun.

Jetzt werden Sie fragen: Wie machen wir das? Die zentrale Forderung bei einem Umbau dieses Freistaats heißt: Wir müssen die Kommunen stärken. Die Kommunen sind dezentral und wissen, wo örtlich der Schuh drückt. Die Kommunen können mit dem Geld zielgenau und regional richtig umgehen. Deswegen fordern wir für die Kommunen einen Anteil von 15 % am Allgemeinen Steuerverbund. Das hat nichts mit Ausgabenmehrung zu tun, sondern wir verteilen das Geld dorthin, wo es hingehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das Geld dorthin geben, wohin es gehört: Was die Verteilung der Steuern angeht, ist gemäß dem Grundgesetz das Land der Treuhänder für die Kommunen. Die Länder bekommen Steuermittel, um den Kommunen deren Anteil weiterzugeben. Wir brauchen einen Anteil, der für die Kommunen auskömmlich ist, egal ob es sich um fette oder um magere Jahre handelt. Da reichen 12,75 oder 13 %

am Allgemeinen Steuerverbund nicht aus. Wir brauchen 15 %. Die kommunalen Spitzenverbände sehen das genauso.

Ich bin davon überzeugt: Wenn wir den Kommunen diese Mittel geben, damit sie nicht nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, und wenn wir dann – daran werden wir im nächsten Jahr gemeinsam arbeiten – einen vernünftigen interkommunalen Finanzausgleich auf die Beine stellen, werden wir schon kurzfristig erste Erfolge und mittelfristig große Erfolge erzielen. Damit machen wir unseren bayerischen Staatshaushalt noch besser.

Das, meine Damen und Herren, wäre ein Ziel für 2030, aber nicht der plumpe Satz "2030 steuerfrei".

(Peter Winter (CSU): Steuerfrei? – Heiterkeit des Staatssekretärs Albert Füracker – Unruhe)

Herr Staatsminister Söder, wir wissen doch alle hier im Haus, dass wir den Freistaat Bayern in vier Wochen komplett schuldenfrei bekämen, wenn wir das gesamte Staatsvermögen an irgendeine Leasinggesellschaft verhökern würden. Dann mieten wir es zurück und sind plötzlich schuldenfrei. Gewonnen ist damit gar nichts. Da sind Programmsätze, aber nichts, was uns weiterhilft. Wir dürfen nicht nur auf die Schuldenseite schauen, sondern müssen auch die Vermögensseite sehen. Ich hoffe, dass wir uns in diesem Punkt einig sind.

Wir müssen die Kommunen stärken und genau das Gegenteil von dem tun, was Ihr inzwischen Gott sei Dank beerdigter Zukunftsrat immer gefordert hat: acht "Leuchttürme" in Bayern fördern. Für das flache Land waren nur Straßen und Schienen vorgesehen – Verbindungen in die Metropolen. Ansonsten sollte es nur Almosen geben. Das dürfen wir nicht tun.

Wir müssen uns daran messen lassen, ob wir gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern schaffen. Das ist schon seit vielen Jahren eine Forderung der FREIEN WÄHLER. Ich hoffe, dass sich dieses Haus diesem Verfassungssatz verpflichtet fühlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben noch ein paar weitere Punkte zur Gegenfinanzierung genannt. Wir haben eine Nullrunde für die Ministerien verlangt, was Personal und Werbungskosten betrifft. Wir haben gesagt, dass wir die Gelder, die dort frei werden, in den Regionen ausgeben wollen, wo Beamte fehlen. Da kann man durchaus auch mit der einen oder anderen Umsetzung arbeiten oder Stellen nicht mehr neu besetzen. Wir haben das pauschal formuliert, weil wir keinen Sinn darin sehen, Ihnen genau diese oder jene Stelle wegzunehmen. Das ist eine Sache, die der jeweilige Ressortchef in eigener Verantwortung realisieren muss. Leider haben Sie auch diesem Vorschlag nicht zugestimmt.

Wir müssen an die Standards heran. Herr Kollege Muthmann hat gestern schon die Hochbauvorlage in Regensburg angesprochen. Was wir da gesehen haben, hat uns im Haushaltsausschuss schon sehr nachdenklich gemacht, über die Parteigrenzen hinweg. Ist es wirklich notwendig, dass wir doppelt und dreifach so teuer bauen, wie es bei Privatleuten der Fall ist? Dieser Frage werden und müssen wir intensiv nachgehen. Dazu werden auch externe Fachleute etwas im Bayerischen Landtag sagen. Es kann nicht sein, dass wir Baukosten von rund 5.000 Euro pro Quadratmeter finanzieren. Ich glaube, das hat allen Kollegen im Haushaltsausschuss – Herr Kollege Rudrof nicht – die Sprache verschlagen. Wir werden Aufklärung verlangen. Ich bin davon überzeugt, dass wir in diesem Bereich deutliche Reserven finden, die uns zu Einsparungen bringen.

Zwei Bemerkungen noch zum Haushaltsgesetz, die mir wichtig sind. Den ersten Punkt hat Herr Kollege Gehring vorhin angesprochen: das Problem der Zweitwohnsitze. Es kann nicht so bleiben, dass man Kommunen, die Einwohner mit Zweitwohnsitzen haben, zu Leibe rückt und sie krass beschneidet – und das Ganze nur deshalb, weil

man einen völlig unzureichenden Zensus gemacht hat. Dieser basiert auf völlig falschen Grundlagen mit der Konsequenz, dass Sie nun einen Soll-Stand und einen Ist-Stand an Einwohnern haben. Der Ist-Stand ist meist höher als der Soll-Stand. Da muss man doch wenigstens in der Lage sein, durch eine kleine Nachsteuerung die realistischen Einwohnerzahlen zu ermitteln.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ein zweiter Punkt liegt mir wirklich sehr am Herzen. Es geht darum, dass im Einsatz verletzte Polizeibeamte nun Schmerzensgeld vom Staat bekommen, wenn der Straftäter kein Geld mehr hat. Wir haben gesagt: Streicht bitte die Bagatellgrenze. Es ist ja schön, dass eine langjährige Forderung der FREIEN WÄHLER im Grundsatz erfüllt wird, aber dann bleibt bitte nicht auf halber Strecke stehen, sondern erstattet diese Gelder ohne Wenn und Aber. Die Menschen haben für den Staat den Kopf hingehalten. Es ist nicht befriedigend und nicht akzeptabel, wenn man hier kleinlich ist und nichts gewährt, wenn der Betrag 500 Euro nicht überschreitet.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Abschließend darf ich sagen, meine Damen und Herren: Es ist nicht alles an diesem Haushalt falsch. Da ist viel Richtiges dabei. Schade, dass den Änderungsanträgen nicht stattgegeben wurde. Aber wenn man Totalverweigerung betreibt, liebe Kollegen von der CSU, kann man halt auch nicht erwarten, dass von der anderen Seite Zustimmung kommt.

Eine Ausnahme gibt es, die möchte ich hier ausdrücklich erwähnen: Das ist der Justizhaushalt – Herr Kollege Bausback sitzt auf der Regierungsbank –, da ist es anders gelaufen. Zwar hat die CSU-Fraktion unseren Anträgen im Haushaltsausschuss nicht zugestimmt, aber es sind wenigstens in den Nachschublisten wesentliche Forderungen, die wir gestellt haben, umgesetzt worden. Dafür herzlichen Dank – Sie zeigen, dass es auch anders geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Pohl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Steiner gemeldet. – Bitte schön.

Klaus Steiner (CSU): Sie machen den damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber dafür verantwortlich, dass er das seinerzeit ausgehandelt hat. Sie als Jurist kennen doch sicher aus dem Vertragsrecht, aus dem Zivilrecht den Begriff des Wegfalls der Geschäftsgrundlage. Sie wissen doch sehr genau, dass die Geschäftsgrundlage damals diejenige war, dass die Länder mit den Geldern, die sie bekommen, ihre Strukturen ändern, genau wie das früher Bayern gemacht hat. Mit der Unterstützung der anderen Bundesländer muss man etwas erreichen und darf nicht einfach Haushaltslücken abdecken. Das wissen Sie sehr genau. Darum lassen Sie diesen ständigen Verweis auf Edmund Stoiber.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das passt euch nicht, gell?)

Die Geschäftsgrundlage war eine ganz andere. Das kann man jetzt zwar hier nicht anwenden, aber Sie wissen ganz genau, um was es hier geht.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kollegen, Kollege Steiner hat das Wort!

Klaus Steiner (CSU): Sie wissen, dass die anderen Bundesländer, zum Beispiel Berlin, ihren Verpflichtungen nicht annähernd nachkommen, sondern mit bayerischem Geld, mit Ihrem Geld, mit unserem Geld, machen, was sie wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ändert es doch! Ihr regiert ja!)

Deswegen müssen wir das neu verhandeln.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Steiner, erstens einmal ist das, was Sie vorgetragen haben, arglistige Täuschung und nicht Wegfall der Geschäftsgrundlage. Zweitens muss ich Ihnen sagen: Sind Sie allen Ernstes so neu und blauäugig bzw. der Herr Stoiber, dass er dem Herrn Wowereit auf den Leim geht, der plötzlich etwas ganz anderes macht, als der Herr Stoiber geglaubt hat? Der Herr Stoiber hat also wohl geglaubt, dass der Herr Wowereit eine ganz sparsame Ausgabenpolitik betreibt und keine - wie hat das Herr Staatsminister Söder genannt - Schlabberlätzchen in Neukölln verteilt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer hat geglaubt, dass die Landesbank etwas wert ist?)

Im Übrigen, ganz nebenbei: In Berlin regieren Sie zwischenzeitlich mit. Auch das muss man sagen. Wenn Sie mir heute sagen würden, dass Sie vor 25 Jahren nicht geglaubt hätten, dass ein Ministerpräsident der Linken in Thüringen drankommt, dann müsste ich sagen, das hätte ich mir auch nicht träumen lassen. Aber wenn man in der Politik für undenkbar hält, dass der eine oder andere Ministerpräsident es mit dem Sparen nicht so genau nimmt, um es einmal sehr vorsichtig zu sagen, frage ich mich, wer wie lange im Parlament ist. Dann komme ich mir als alter Hase und Sie kommen mir als Neuling vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Pohl. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. – Bitte schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrtes Hohes Haus, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU! Vermissen Sie eigentlich die FDP? Nach der gestrigen Pressemitteilung gab es klare Ansagen des ehemaligen haushaltspolitischen Sprechers der FDP. Wir haben uns über-

haupt nicht abgestimmt, aber seine Worte waren während der Haushaltsberatungen genau meine Worte.

(Zurufe: Oooh! – Peter Winter (CSU): Ihr seid die neue FDP!)

Ihr Haushaltsentwurf ist unsolide. Die Rücklagen schrumpfen trotz Steuermehreinnahmen, und zwar massiv. Die verdeckte Verschuldung steigt an. Der Plan, die Pensionsvorsorge durch Zinersparnis zu ersetzen, ist einfach gescheitert. Was ist seit der Ersten Lesung hier im Landtag passiert?

Erstens. Wir GRÜNE haben einen soliden Haushalt mit echten Prioritäten vorgelegt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

umgeschichtet innerhalb des Haushaltsvolumens. Und wir bauen die verdeckte Verschuldung im Gegensatz zu Ihnen ab.

Zweitens. Es gab eine November-Steuerschätzung. Danach ist in der Staatsregierung nahezu Panik ausgebrochen. Man sieht, wie sehr der Entwurf der Staatsregierung auf Kante genäht ist.

Drittens. Im Ausschuss hatten wir intensive und volle Beratungstage.

Viertens. Die Töne des Finanzministers beim Länderfinanzausgleich sind um einiges kleinlauter geworden - und das ist gut so!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum ersten Punkt: Unser Haushalt ist zukunftsgerichtet, nachhaltig und solide. Wir als Landtagsfraktion der GRÜNEN haben drei Schwerpunkte: Energiewende, die Bildung - dazu gehört auch die Vorschule - und die Inklusion. Um diese Schwerpunkte zu verwirklichen, schichten wir innerhalb des Haushalts um. Natürlich gibt es dabei auch Kürzungen, Dinge, die man dann streichen muss. Die Ministerin Aigner hat es zu Beginn der Beratung ihres Etats gesagt. Aber so sollte Politik gehen, und nur so kann

Politik gehen. Politik heißt, Prioritäten zu setzen, auch wenn man damit manchmal jemandem wehtun muss.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben weder den Gestaltungswillen noch die Gestaltungskraft, um alte Zöpfe abzuschneiden und damit eben wichtiges Neues entstehen lassen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hingegen fragen zuerst: Was kann der Staat leisten, was muss er leisten, und was ist die staatliche Aufgabe? Das sind die Fragen. Deswegen schichten wir auch innerhalb des Haushaltes um, insgesamt 1,6 Milliarden Euro zugunsten von Energiewende, Klima, der Zukunft unserer Kinder und der Mammutaufgabe Inklusion, wobei Inklusion eigentlich gar keine Mammutaufgabe ist; denn mehr Teilhabe bereichert uns alle. Sie bereichert die Gesellschaft. Sie würde auch Sie bereichern. Aber man muss die Inklusion wirklich wollen, und man muss konsequent handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der CSU, bleibt es bei politischer Rhetorik und haushaltspolitischer Kosmetik. Vor einem Jahr stand Ihr Ministerpräsident hier und gab große Versprechungen, die keineswegs durchfinanziert, geschweige denn durchgerechnet, geschweige denn finanziert waren. Und wenn Sie überall verkünden, dass in Ihrem Haushaltsentwurf 200 Millionen Euro in die Barrierefreiheit gesteckt wurden, nehmen Sie den Mund voll. Da haben wir genau hingeschaut und festgestellt, dass diese 200 Millionen Euro einfach Makulatur, eine Luftnummer sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man genau hinschaut, dann ist es sogar richtig dreist. Wir haben mehrfach nachgefragt und dann auch die Bestätigung durch das Ministerium bekommen. Es sind genau 20 Millionen Euro, die Sie in diesem Doppelhaushalt frisch in die Barrierefreiheit stecken.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Der Rest ist alter Wein in neuen Schläuchen. Es sind nicht einmal neue Schläuche, sondern Sie verkaufen einfach alles, wirklich alles, was bislang in die Behindertenarbeit gesteckt wurde, als Geld für die Barrierefreiheit, als Geld, das neu angesetzt wurde.

Wie wir inzwischen wissen, gab es offenbar einen relativ heftigen Streit im Kabinett. Es gab eine von zwei Ministerien abgestimmte Vorlage, die weit mehr Geld verlangte und auch beantragt hat, damit man einigermaßen in die Nähe des vom Ministerpräsidenten ausgegebenen Ziels der Barrierefreiheit 2023 kommt. Doch ein Finanzminister kann meiner Meinung nach das Einkassieren einer interministeriellen Vorlage von zwei Ministerien, Sozial- und Innenministerium, nicht allein bewerkstelligen. Das muss schon mit der Rückendeckung des Ministerpräsidenten passieren.

Was heißt das konkret? - Hier steht der Ministerpräsident, macht seine Regierungserklärung und macht seine Versprechen, dass es die Barrierefreiheit 2023 in Bayern geben wird, hier vor Publikum. Dann arbeiten zwei Ministerien an dem, was der Ministerpräsident versprochen hat, und wollen es umsetzen. Er merkt dann irgendwann im Laufe der Zeit, wieviel das inklusive der kommunalen Ebene kostet und was es bedeutet. Das hat er bei der Regierungserklärung versprochen. Das ist ein Teil des Streits gewesen. Bayern inklusive der kommunalen Ebene barrierefrei zu machen, ist eben nicht zum Nulltarif zu bekommen. Dazu braucht es einen politischen Willen, entsprechend aufgeschlossenes Handeln und Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beides haben wir mit unserem Haushalt geleistet, Sie nicht. Wir haben über 100 Millionen Euro pro Jahr in die Barrierefreiheit, in die Inklusion, gesteckt. Das heißt, Ihre versprochenen 200 Millionen Euro stecken bei uns im Haushalt drin, und zwar innerhalb des Haushaltes gegenfinanziert, Herr Finanzminister.

Zweiter Schwerpunkt: Bildung. Wir investieren in diesem Doppelhaushalt zusätzlich 270 Millionen Euro. Wir sorgen innerhalb des Haushalts für eine Gegenfinanzierung. Und warum? - Weil wir ganz klar für dieses Hohe Haus feststellen müssen, dass das, was Sie vorgelegt haben, eben nicht für die Bildung unserer Kinder ausreicht. Fakt ist, dass die zusätzlichen Lehrerstellen nicht ausreichen, um die Unterrichtsversorgung in den Schulen wirklich zu verbessern. Deswegen gibt es von uns ein Paket: Unterrichtsversorgung plus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es schier nicht mehr hören. Jedes Mal wird in der Debatte die berufliche Bildung hochgehalten. Wir als GRÜNE sollten nicht immer nur an das Gymnasium denken. Ich freue mich auch über unser duales System in Deutschland. Ich finde, es ist ein großartiges System. Tun Sie endlich etwas dafür und stimmen Sie unserem Antrag zu, Herr Steiner. Seit vier oder fünf Jahren beantragen wir jedes Mal 100 Stellen mehr für die berufliche Bildung, für die Berufsschulen, aber es passiert nichts auf Ihrer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwerpunkt Energiewende: Hier investieren wir zusätzliche 170 Millionen Euro. Das ist in unserem Haushaltsentwurf gegenfinanziert. Wir brauchen dieses Geld aus einem nachhaltigen, zukunftsgerichteten Haushalt. In die Energiewende zu investieren heißt, Arbeit in Bayern anzukurbeln. In die Energiewende zu investieren heißt, für die Zukunft unserer Kinder zu sorgen und uns unabhängiger von Rohstofflieferungen aus Krisenregionen zu machen.

In die Energiewende zu investieren - also endlich ordentlich Geld für die energetische Sanierung in die Hand zu nehmen - heißt, Energiekosten einzusparen. Dieses Geld, das wir durch die energetische Sanierung einsparen, haben wir bisher in unserem Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt. Hier würden wir ein zusätzliches Plus verzeichnen können.

Wir sind es unseren Kindern schuldig, endlich das Ruder herumzureißen und die Energiewende voranzutreiben, die Gebäude wie den Haushalt "wetterfest" zu machen. Handeln Sie endlich! Mehr ehrliche Arbeit, weniger Blendwerk!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Generationengerechtigkeit? – Fehlanzeige! Bis zum Ende dieses Doppelhaushaltes wird die Pensionsvorsorge mit 2,1 Milliarden Euro unterfinanziert sein. Nur bei diesem laufenden Doppelhaushalt! Die geradezu panische Reaktion auf die neueste Steuerschätzung vom Herbst hat dies gezeigt. Der Kollege Thomas Mütze hat es vorhin erwähnt. Wir reden nicht von einem Einbruch der Steuereinnahmen, sondern wir reden lediglich davon, dass die Steuermehreinnahmen weniger geworden sind. Es geht um rund 800 Millionen Euro weniger Steuermehreinnahmen. Klar und deutlich noch einmal: Es werden nicht gut 5 Milliarden Euro Mehreinnahmen in die Staatskasse gespült werden, sondern lediglich 4,2 Milliarden Euro. Zusätzlich! Und schon kommt Panik auf.

Der Ministerpräsident hat gesagt, man müsse alles noch einmal überdenken. Es ist dann allerdings nicht wirklich etwas passiert, außer dass das sehr billige Rezept der Minderausgaben auf den Tisch gelegt wurde. Der Haushalt ist auf Kante genäht; er ist weder solide noch zukunftsfest. Das hat man an dieser panischen Reaktion genau gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das liegt daran, dass Sie die Staatsausgaben seit 2008 um 37 % erhöht haben. Sie geben jeden Euro, der in die Kasse fließt, gleich wieder aus.

Ich frage mich, Herr Finanzminister: Warum so kraftlos? Ein guter Finanzminister würde einerseits nach Aufgabenkritik streichen und andererseits mehr Geld dort ausgeben, wo man Prioritäten identifiziert hat. Tun Sie das endlich! Auch in einem ganz anderen Punkt ist dieses Haushaltsgesetz längst Makulatur. Für die zweite Stammstrecke in Form der zweiten Röhre sind 1,95 Milliarden Euro angesetzt.

(Zurufe von der CSU: Bravo!)

Bereits im Juli aber hat die Deutsche Bahn von Kosten in Höhe von 2,57 Milliarden Euro gesprochen. Heute verabschieden wir ein Haushaltsgesetz, in dem 1,95 Milliarden angesetzt sind. Welche Zahlen stimmen nun? Wie können Sie sich erklären, dass diese Stammstrecke so viel mehr kostet, als im Haushaltsgesetz ausgewiesen ist?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie endlich auf, so polemisch auf den Berliner Flughafen zu verweisen. Die zweite Stammstrecke wird seit den Neunzigerjahren diskutiert. Wirtschaftsminister Wiesheu, den ich hier nicht erleben durfte, weil ich damals noch nicht Mitglied des Hohen Hauses war, hat vor zehn Jahren gesagt: Die Stammstrecke kommt. Sie sollte vor vier Jahren bereits fertig sein. Also in der Vergangenheit! Er wollte sie 2010 eröffnen. Der jetzige bayerische Verkehrsminister Joachim Herrmann rechnete mit dem frühestmöglichen Baubeginn Ende 2013. Wo stehen wir jetzt? Weder der Baubeginn geschweige denn die Fertigstellung ist in Sicht.

Eigentlich muss man sagen, das ist gut so; denn käme die zweite Stammstrecke in Form eines Tunnels, könnte kein anderes Projekt in irgendeiner Region Bayerns finanziert werden. Da wundert mich schon, dass die restlichen CSU-Abgeordneten sich das gefallen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Mit diesen geplanten Stammstreckenmitteln blockieren Sie die Haushaltsreste seit mehr als zehn Jahren für andere, sinnvollere Maßnahmen. Es geht nichts voran, vor allem nicht für die Pendlerinnen und Pendler in und um München. Wir wollen, dass endlich etwas passiert. Also gehen Sie an eines der Alternativprojekte heran!

Im Haushaltsausschuss haben wir lange und intensiv getagt. Herr Peter Winter, vielleicht können Sie an dieser Stelle einmal kurz zuhören, denn jetzt kommt ein Lob.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Es gab viel Arbeit, besonders auch für Frau Fecke und Frau Bereczuk, aber auch für das übrige Team im Ausschussbüro. Vielen herzlichen Dank dafür. Dank auch dem Vorsitzenden Peter Winter und seinem Stellvertreter Volkmar Halbleib. Vorsitzender Winter hat die Sitzungen meist sehr souverän geleitet. Ich sage meist; denn es war etwas anders, als ein Mitglied aus seiner Fraktion einmal ausscherte und sich nicht so verhielt, wie erwartet wurde. Bei den Beratungen über den Bildungshaushalt hatte er kurz einmal die Contenance verloren, obwohl das Ausscheren der Kollegin ein ganz normales, demokratisches Prozedere war.

Nicht ganz so demokratisch ist Ihr Umgehen mit der sogenannten Fraktionsreserve, dem eigentlichen "Spielgeld" der Fraktion. Was Sie damit machen, ist eine Vermischung von Exekutive und Legislative. Das entspricht keineswegs der Gewaltenteilung. Wir, der Landtag, sind der Geldgeber. Das ist unser Königsrecht. Ich finde, Sie sollten sich und uns damit nicht so kleinmachen. Hören Sie endlich auf, von Fraktionsreserve zu sprechen! Diese Mittel sind keine Reserve der Fraktion, sie sind das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und ein Bestandteil des Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Richtig!)

Vor allem wünsche ich mir, dass Sie endlich den Landtag respektieren und sich nicht schon, bevor wir den Haushalt beschlossen haben, in der Region für diese Kleinstsummen feiern zu lassen, indem Sie davon reden, dass eine Finanzierung durch die Fraktionsreserve gesichert sei. Es heißt in den Erläuterungen zu Kapitel 13 03 Titel 893 06 "Verstärkung von Investitionsmaßnahmen": "Die Mittel sollen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen auf konkrete Maßnahmen verteilt werden."

Sie als CSU verleiben sich diese 50 Millionen ein und suggerieren, dass das Geld Ihnen gehöre. Wenn schon, dann ist das eine Landtagsreserve.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zur Danksagung. Ich will mich vor allem auch bei meiner Fraktion bedanken, die stets den ganzen Haushalt im Blick hatte. Wir haben solide gehaushaltet und die solide Gegenfinanzierung immer im Auge behalten. Vielen Dank!

Ein Wort nun zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Was haben wir bisher erlebt?

- Einen polternden Finanzminister, der manchmal die politischen Gremien hier im Hohen Haus, manchmal auch den Ausschuss mit einem Bierzelt verwechselt hat. Wir erlebten einen Finanzminister, der sich schon einmal mit seinen Forderungen außerhalb des Grundgesetzes bewegt hat, indem er sagte, Bayern dürfe künftig lediglich 1 Milliarde Euro und keinen Cent mehr beim Länderfinanzausgleich leisten. Herr Minister, auch wenn es Ihnen schwerfällt, das endlich anzuerkennen: Das System des Finanzausgleichs hat nichts mit den Zahlungen eines Landes zu tun, auch nicht mit Bobby-Car oder Maxi-Cosi-Geschenken. Lieber Herr Finanzminister, es hätte Ihnen gut angestanden, den Fehler einzugestehen, statt heute von Lätzchen zu reden, die das Rathaus Neu-Kölln verteilt. Es hat definitiv nichts mit den Ausgaben eines Landes zu tun, sondern lediglich mit den Einnahmen. Ich habe gehofft, die Reise nach Berlin hätte einen Erkenntnisgewinn für den Finanzminister gebracht. Dem war nicht so, aber egal. Es hat dazu geführt, dass wir letzte Woche im Ausschuss einen kleinlauteren Finanzminister beobachten konnten, auch wenn wir da immer noch nicht von einem konkreten Konzept gehört haben.

Eines ist klar – das wollen wir alle hier im Hohen Hause, und das haben wir mehrfach betont: Der Länderfinanzausgleich muss einerseits reformiert werden, und Bayern muss und sollte entlastet werden. Nehmer- wie Geberländer müssen einen größeren Anreiz haben, Steuern einbehalten zu können. Bayern muss seine Steuerverwaltung endlich besser ausstatten und darf sie nicht wissentlich unterbesetzt lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Andererseits müssen eben die Nehmerländer mehr Interesse haben, Einnahmen zu generieren. Aber es reicht nicht, wie im Bierzelt zu poltern oder eine Klage einzureichen à la "ich will aber" und vielleicht noch mit dem Fuß aufzustampfen. Man sollte vielmehr in Verhandlungen eintreten und die anderen Verhandlungspartner ernst nehmen. Im Grunde sind wir uns einig: Oberstes Prinzip muss sein, solidarisch mit den anderen Ländern zu sein. Das steht im Grundgesetz, das steht aber auch in der Klage, die Sie eingereicht haben. Ich kann es hier noch einmal klar und deutlich sagen, nachdem ich vorhin schon indirekt angesprochen wurde: Ziehen Sie die Klage endlich zurück und machen Sie den Weg frei für Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe und partnerschaftliche Verhandlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn was passiert mit einer Klage? Sie haben im Ausschuss gesagt, Herr Söder, Sie rechnen im Frühjahr mit einer ersten mündlichen Verhandlung in Karlsruhe. Doch ein Konzept wird Karlsruhe nicht vorlegen. Das wird, sollte und darf auch nicht herauskommen, weil es nicht die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts ist. Hier muss die Politik das Heft des Handelns in der Hand haben. Wir, die Politik, und Sie als Staatsregierung sollten ein Konzept vorlegen. Wir sollten neue Kriterien festlegen, wie es zu einem gerechteren Länderfinanzausgleich kommen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als GRÜNE hatten schon vor Jahren ein Konzept vorgelegt. Sie dagegen haben nur geklagt, ohne Konzept. Der kleinlaute Ton, den der Finanzminister in der vergangenen Woche angeschlagen hat, ist angemessen. Wenn wir etwas für Bayern tun wollen, wenn wir für Bayern etwas bewegen wollen, dann ist das der richtige Ton.

Zum Finanzausgleichsgesetz. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, sehr geehrte Staatsregierung, es nützt auch nicht so viel, sich selber auf die Schulter zu klopfen oder zu sagen: So viel Geld haben wir für die Kommunen noch nie ausgegeben.

(Barbara Stamm (CSU): Das stimmt aber!)

Denn was ist passiert? Wenn die Kommunen 8,3 Milliarden Euro durch den Finanzausgleich bekommen, dann ist das nichts anderes als der Anteil, der den Kommunen zusteht, wenn es nun einmal Steuermehreinnahmen gibt, wenn die Steuern sprudeln. Anders gesagt: Wovon der Staat profitiert, müssen auch die Kommunen profitieren. Tatsache ist, dass Sie grundsätzlich nichts tun, um die Finanzkraft der Kommunen zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen weg vom "goldenen Zügel" hin zu einer besseren Grundausstattung. Wir fordern, den Anteil am Steueraufkommen für die Kommunen schrittweise auf 15 % anzuheben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Mit unserem "grünen Haushalt" tun wir das, aber ebenfalls gegenfinanziert und moderat. Der Unterschied, lieber Hubert Aiwanger, besteht darin, dass wir nur um 0,2 Prozentpunkte anheben, damit es gegenfinanziert ist.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Lieber geschätzter Kollege Bachhuber, mit dem Finanzausgleichsgesetz soll festgelegt werden, dass die Nebenwohnungen in fünf Jahren bei den Schlüsselzuweisungen nicht mehr berücksichtigt werden. Was bedeutet das eigentlich für die Kommunen, insbesondere für die Kommunen in den Tourismusgebieten? Haben Sie sich das schon mal überlegt? Haben Sie es solide durchgerechnet? Sie müssen ehrlich sagen, was es für diese Kommunen bedeutet, und zwar bevor man es ins Gesetz schreibt. Sehr geehrter Herr Dr. Söder, falls diese Berechnungen schon irgendwo in Ihrem Hause sind, dann würden wir sie gerne schnell und unverzüglich auch haben. Was wir aber insgesamt nicht wollen: Wir wollen weg von der unseligen CSU-Töpfchen-Wirtschaft, wo am Ende Straßen mit 90 % bezuschusst werden und Schulen mit 35 %.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Schwerpunkt auf Bildung zu legen, sieht anders aus. Den Haushalt zukunftsgerichtet und wetterfest zu machen, sieht auch anders aus. Wir als grüne Fraktion haben bei diesem Doppelhaushalt gezeigt, was es heißt, Schwerpunkte zu setzen, einen Haushalt gerechter und generationengerecht zu machen. Es würde Ihnen gut anstehen, uns nicht nur für unser solides Haushalten zu loben – da wollte ich Ministerin Aigner ansprechen –, sondern anzuerkennen, dass wir gegenfinanzieren, und dem einen oder anderen unserer Anträge zuzustimmen. Das würde auch Ihren Haushaltsentwurf wetterfester machen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Nächster Redner ist Kollege Winter. Bitte schön, Herr Winter.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir nach den Beratungen in vier arbeitsintensiven Sitzungswochen im Haushaltsausschuss diesen in die Zukunft gerichteten, krisen- und wetterfesten Doppelhaushalt 2015/2016 beschließen können.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr gelobt worden, und ich möchte dieses Lob uneingeschränkt an meinen Stellvertreter im Ausschuss, Herrn Kollegen Halbleib, wie auch an alle Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Wir haben in zehn Sitzungen und rund 42 Stunden Sitzungszeit in der Sache oft strittig, aber ich denke menschlich fair und konstruktiv zusammengearbeitet. Deshalb danke ich allen Mitglieder des Haushaltsausschusses herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Mein Dank gilt auch unserem Finanzminister, seinen beiden Staatssekretären, aber auch den Mitgliedern des Kabinetts für ihre hohe Präsenz bei den Beratungen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, der Fraktionen sowie der Ministerien danke ich für die gute Vorbereitung der Sitzungen. Ich danke unserer Präsidentin für die Stärkungen, die sie uns hat zukommen lassen. Ich bedanke mich auch ganz herzlich beim Stenografischen Dienst; denn wir reden auch sehr viel. Das soll festgehalten werden und muss eben auch umgesetzt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bedanke mich vor allem bei den Steuerzahlern, bei den fleißigen Bayern, ohne deren Einsatz wir heute hier diese Debatte nicht führen könnten.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir haben neben dem Haushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 15 verschiedene Einzelpläne beraten. Dabei musste der Haushaltsausschuss rund 490 Änderungsanträge und die stattliche Zahl von 33 Eingaben bewältigen. Die CSU-Fraktion hat dabei, und zwar sehr selbstbewusst, mit 63 eigenen Anträgen deutliche Akzente im Doppelhaushalt gesetzt, und sie fanden in der Regel auch die Zustimmung des gesamten Haushaltsausschusses.

Ich habe in meiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss gebeten, dass man während der Beratungen doch auch Gegenfinanzierungsvorschläge machen sollte. Wenn ich mir jetzt aber die über 400 Änderungsanträge der Opposition zum Doppelhaushalt 2015/2016 ansehe, muss ich leider feststellen: Mein Appell hat wenig gefruchtet. Die Devise der Opposition lautet eigentlich wie immer und jedes Mal: Fordern, fordern, fordern – ohne geeignete Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin Stamm, wir sind durchaus nicht immer derselben Meinung. Das wäre der Sache auch nicht zuträglich. Aber ich muss Sie an dieser Stelle einmal loben - das fällt mir nicht leicht, aber ich tue es trotzdem von ganzem Herzen -, und zwar dafür, dass Sie sich bei Ihren Anträgen überhaupt irgendwelche Gedanken zur Gegenfinanzierung gemacht haben. Nicht loben kann ich Sie allerdings für Ihre Vorschläge zu Kürzungen und Umschichtungen. Sie wollen das Landeserziehungsgeld abschaffen, keine Schulden tilgen, sondern das Geld dem Pensionsfonds zuführen, die Mittel für den Staatsstraßenbau um insgesamt 180 Millionen Euro kürzen und das Darlehen vom Flughafen München bereits im nächsten Jahr zurückfordern. Hier, liebe Frau Stamm, liegen wir deutlich auseinander. Das Landeserziehungsgeld ist eine feste Säule der bayerischen Familienleistungen.

(Beifall bei der CSU)

Es schließt sich unmittelbar an das Bundeselterngeld an und sichert die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit. Deswegen lehnen wir eine Abschaffung des Landeserziehungsgeldes kategorisch ab.

Wir bedenken beides, Herr Güller: den Pensionsfonds und die Schuldentilgung. Wir stärken den bereits nahezu zwei Milliarden schweren Pensionsfonds durch jährliche Zuführungen in Höhe von rund 100 Millionen Euro

(Volkmar Halbleib (SPD): Statt 500 Millionen!)

und bauen konsequent die Schulden des Freistaates Bayern ab. So geht Politik, Frau Stamm.

(Beifall bei der CSU)

Gerade weil wir durch den Schuldenabbau Schuldzinsen sparen, können wir diese Ersparnisse für die Pensionszahlungen einsetzen. Das sind unsere zwei nachhaltigen Säulen der Pensionsvorsorge. Zuführungen an den Pensionsfonds auf Kosten der Schuldentilgung halten wir auch angesichts des aktuellen Niedrigzinsniveaus für den

schlechteren Weg. Besser ist es tatsächlich, Schulden abzubauen und reale Sollzinsen zu sparen, als sich mit kaum wahrnehmbaren Habenzinsen zu begnügen.

Zur Stärkung der bayerischen Infrastruktur gerade auch im ländlichen Raum – das wurde heute schon mehrfach angesprochen – sind die Mittel für den Straßenausbau auf dem hohen Niveau von aktuell 250 Millionen pro Jahr fortzuführen. Eine Kürzung dieser Investitionsmittel, wie von Ihnen gefordert, lehnen wir ab. Das Gesellschafterdarlehen der Flughafen München Gesellschaft ist zur Finanzierung der zweiten Stammstrecke in München vorgesehen. Eine vorzeitige Darlehensrückforderung ist zur Gegenfinanzierung nicht geeignet. Deshalb lehnen wir auch dies ab.

Wir halten deshalb von Ihren Kürzungsvorschlägen wenig. Aber selbst wenn man diese Vorschläge akzeptieren würde, wären immer noch rund 600 Millionen Euro der Mehrforderungen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eben nicht gegenfinanziert. Wenn Sie behaupten, der gesamte Haushalt wäre gegenfinanziert, dann bin ich gerne bereit, Ihnen anhand der gedruckten Vorlagen zu beweisen, dass 600 Millionen nicht gegenfinanziert sind.

Ungekrönte Meister der ungedeckten Schecks sind mit weitem Abstand die FREIEN WÄHLER. Ihre Forderungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 belaufen sich auf insgesamt rund 3,8 Milliarden Euro.

(Hans Herold (CSU): Wahnsinn!)

Lieber Herr Kollege Pohl, ich frage Sie, wo denn dieses Geld herkommen soll. In welchem Keller lagert die Kohle, Herr Pohl? – Er ist nicht da, sehe ich soeben. Wahrscheinlich ist er gerade unterwegs und sucht sie.

(Beifall bei der CSU)

Beispiel für die Forderungen der FREIEN WÄHLER – auch das wurde angesprochen – ist ein besonders aussagekräftiger Antrag: Wenn wir den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 % auf 15 % in einem Schritt anheben wür-

den, würde das den Freistaat Bayern rund 640 Millionen Euro im Jahr 2015 und rund 660 Millionen Euro im Jahr 2016 kosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wäre aber gut angelegt!)

Insgesamt würde uns das 1,3 Milliarden Euro kosten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei den Gemeinden wäre das besser angelegt!)

Herr Aiwanger, das wäre vielleicht gut angelegtes Geld, aber dann müssten Sie Schulden aufnehmen. Mehr fällt Ihnen leider zur Situation der Kommunen nicht ein. Das ist sehr, sehr wenig, lieber Herr Aiwanger.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das bedeutet weniger Nothilfeprogramme!)

Fordern ist einfacher, als die Zeche zu bezahlen, lieber Herr Aiwanger. Da seid ihr große Meister.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Geben ist seliger denn nehmen!)

Dann halten Sie sich einmal zurück und hören Sie zu. Das passt weder zu den aktuellen Ergebnissen der November-Steuerschätzung noch zum neuerlichen Rekordergebnis beim kommunalen Finanzausgleich 2015, der im Übrigen von allen kommunalen Spitzenverbänden Lob erfährt. Wir haben mit rund 8,3 Milliarden Euro erneut ein absolutes Rekordniveau beim kommunalen Finanzausgleich. Es bestehen keine Verteilungslasten und kein Defizit zulasten der bayerischen Kommunen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum sagen Sie es dann?)

Die Ausgaben des Freistaates Bayern sind im Zehnjahreszeitraum zwischen 2004 und 2014 um 39,8 % gestiegen. Die Leistungen des Freistaates Bayern an seine Kommu-

nen sind dagegen um 68,6 % gestiegen. Das widerlegt alles, was Sie uns mantrahaft hier immer vortragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Pflichtaufgaben der Kommunen sind noch stärker gestiegen!)

Wir stärken unsere Kommunen. Dafür brauchen wir aber auch einen starken Freistaat.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen brauchen wir keine Nachhilfe in Sachen Kommunalfreundlichkeit und schon gar keine in schlicht nicht finanzierbaren Forderungen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch! Doch!)

Ansonsten – Herr Pohl ist nicht da – entscheiden wir frei, wo wir zustimmen und wo wir nicht zustimmen können. Auch das sei ihm mit auf den Weg gegeben.

Die FREIEN WÄHLER fordern viel und gerne, aber über die Finanzierung sollen sich offenbar die anderen den Kopf zerbrechen. Die FREIEN WÄHLER tun so, als könnten sie alles. Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik, Herr Aiwanger, können Sie jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So gut wie Sie schon!)

Wie sieht es bei der SPD aus, lieber Herr Kollege Halbleib?

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Sehr gut!)

Ein Spiegel würde helfen. Die Mehrforderungen der SPD zum Doppelhaushalt 2015/2016 belaufen sich auf insgesamt rund eine Milliarde Euro. Ich gebe zu, das ist gegenüber früheren Doppelhaushalten vergleichsweise bescheiden für euch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind gerade einmal die Zinsen für die Landesbank!)

Sieht man aber die Rückforderung des Flughafendarlehens als ungeeignete Gegenfinanzierung an, wären wir sogar bei rund 1,25 Milliarden Euro ohne jegliche Deckung.

(Widerspruch bei der SPD)

- Bereinigt, Kollegen! Bei dieser Berechnung sind die von der SPD beantragten Steuermehreinnahmen durch die gleichzeitig geforderten tausend Stellen für Finanzbeamte aus zwei Gründen nicht berücksichtigt. Zum einen müssten die zusätzlichen Finanzbeamten erst einmal durch den Freistaat ausgebildet werden, bevor sie im Finanzamt eingesetzt werden können. Der Kollege Hans Herold hat darauf hingewiesen. Es sind 2.000, die wir derzeit ausbilden.

(Inge Aures (SPD): Viel zu wenig!)

Zum anderen lassen sich die Mehrergebnisse nicht einfach hochrechnen, wie Sie es gerne tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doch, die sind konservativ geschätzt!)

Über 80 % der Mehrergebnisse stammen aus der Prüfung der großen Fälle, die bereits jetzt lückenlos geprüft werden. Unterstellen Sie nicht ständig und permanent den kleinen Unternehmen, dass sie ihre Steuern nicht bezahlen würden und Dinge machen, die nicht in Ordnung sind.

(Beifall bei der CSU – Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Die Kleinen weniger, aber die Großen!)

Auch die SPD kann vor allem eines: Sie kann uns erklären, wo im Haushalt die Mittel sind. Gleichzeitig kann sie aber keine geeigneten Vorschläge zur Finanzierung ihrer Mehrforderungen machen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil Sie sie nicht akzeptieren!)

Ich gebe gerne zu, dass an einigen Stellen noch mehr Mittel wünschenswert wären. Wir müssen aber selbst bei einem so glänzenden Haushalt mit den finanziellen Möglichkeiten auskommen, Herr Kollege Halbleib. Wir können das – das zeigt unser Haushalt – bei gleichzeitigem Schuldenabbau. Sie können das offensichtlich nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Rücklagen abbauen!)

- Herr Aiwanger, Rücklagen müssen erst geschaffen werden, bevor man sie abbaut.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die stammen von Ihrem Vorgänger, und Sie schmelzen alles wieder ab! – Hans Herold (CSU): Erst hören, dann stören!)

Wir führen eine Luxusdiskussion. Suchen Sie sich in dieser Republik einmal Länder, die überhaupt eine Rücklage haben, die sie zur Verstärkung einsetzen können. Lassen Sie es doch sein. Vor allem im Interesse der bayerischen Bürgerinnen und Bürger nehmen wir uns kein Beispiel an Ihnen. Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen in Deutschland. Daran ändert sich auch nichts, wenn ständig von der versteckten Verschuldung geredet wird. Offenbar geht es nicht darum, unsere solide Finanzpolitik einmal zu loben. Man hat keine Alternativen, also redet man unsere Finanzpolitik permanent schlecht, obwohl wir einen guten, ausgeglichenen und wirklich hervorragenden Haushalt haben, der unsere Menschen in Bayern nach vorne bringt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr wurdet mehrfach gelobt! Zuhören, Herr Kollege! Mehr Lob kann ich nicht mehr aussprechen!)

Wir nehmen im Doppelhaushalt 2015/2016 erneut keine neuen Schulden auf und bauen sogar weitere Schulden in Höhe von insgesamt 1,05 Milliarden Euro ab. Insgesamt sind das rund 3,6 Milliarden Euro weniger Schulden in fünf Jahren, nämlich von 2012 bis 2016. Würden wir dagegen allen Anträgen der Opposition zustimmen, dann würden wir diese Schulden sofort wieder aufbauen, und zwar in nur zwei Jahren. Wir geben nur das aus, was wir erwirtschaftet haben.

Der Doppelhaushalt 2015/2016 hält weiter alle finanzpolitischen Leitlinien ein, die wir im Mai mit der Staatsregierung vereinbart hatten. Das Ausgabenwachstum ist auf maximal 3 % pro Jahr begrenzt. Der Haushaltsplan weist einen positiven Finanzsaldo aus. Die laufenden Einnahmen sind höher als die laufenden Ausgaben, und das bereits im Haushaltsplan.

Anders als die Luftschlösser der Opposition, die immer mehr fordert, als sich finanzieren lässt, realisieren wir das tatsächlich Machbare. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, im Sinne der Generationengerechtigkeit stets das fachlich Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren in Einklang zu bringen. Wenn wir zu den rot- oder grün-regierten Ländern blicken, können wir Folgendes feststellen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, diese Fähigkeit fehlt Ihnen nicht nur in Bayern. So plant Baden-Württemberg in diesem Jahr eine Neuverschuldung von rund 1,2 Milliarden Euro, bei sprudelnden Steuereinnahmen und guten wirtschaftlichen Bedingungen. Das Land Rheinland-Pfalz wird im Jahr 2014 rund 1,1 Milliarden Euro neue Schulden machen. In Nordrhein-Westfalen wird es sage und schreibe 3,3 Milliarden Euro an neuen Schulden geben. Das zeigt: Sie können das Geld mit vollen Händen ausgeben, aber nicht haushalten. Das muss ich feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Andere Länder machen Schulden. Wir schaffen durch unseren Schuldenabbau Freiräume für Bayerns Zukunft. Mehr Schulden – weniger Gestaltungsspielraum. Schuldzinsen sind Vergangenheitsbewältigung. Wir gestalten lieber die Zukunft der Bayern. Bayern ist bei den wirtschaftspolitischen Rahmendaten bundesweit spitze. Wir hatten im November mit 3,4 % wieder die niedrigste Arbeitslosigkeit in Deutschland. Sechs unserer sieben Regierungsbezirke hatten eine Quote von unter 4 %. Auch Mittelfranken liegt mit einer Quote von 4,4 % weit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,3 %. Die geringe Spreizung von lediglich 1,4 % im Vergleich unserer Bezirke zeigt die Erfolge bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern. Ein Blick

auf die Eckdaten des Doppelhaushalts 2015/2016 zeigt, dass wir unseren Wählerauftrag verantwortungsvoll wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Die Gesamtausgaben steigen im Jahr 2015 auf 51 Milliarden Euro; das ist eine Steigerung um 2,6 %. Durch diesen begrenzten Ausgabenanstieg wappnen wir den bayerischen Staatshaushalt für die Zukunft. Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und setzen zugleich Schwerpunkte für die Familien, die Bildung und den digitalen Aufbruch.

Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Daher ist die Bildung ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Die Ausgaben für unsere Schulen und Hochschulen steigen von rund 17,2 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf rund 17,7 Milliarden Euro im Jahr 2015. Im Jahr 2016 werden für die Bildung rund 18 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das ist mehr als ein Drittel unseres gesamten Staatshaushalts.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen im Doppelhaushalt insgesamt zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden Euro für die Bildung bereit, damit Bayern das Top-Bildungsland in der Bundesrepublik Deutschland bleibt.

Die Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Wir investieren deshalb mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr in familienbezogene Leistungen. Allein für die Förderung der Kinderbetreuung sowie für die Beitragsentlastung der Eltern sind im Jahr 2015 rund 1,67 Milliarden Euro vorgesehen. Ergänzend zum Krippenausbau bauen wir die Ganztagsangebote an den Grundschulen aus, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

Mit der Umsetzung unserer Strategie "BAYERN DIGITAL" fördern wir den digitalen Aufbruch in Wirtschaft und Wissenschaft. Im Doppelhaushalt sind dafür Mittel in Höhe

von insgesamt gut 430 Millionen Euro vorgesehen, davon 350 Millionen Euro für den flächendeckenden Breitbandausbau. Damit rüsten wir Bayern für das digitale Zeitalter. Man kann den Staatsminister der Finanzen und sein Haus für den Gedanken, diese Aufgabe bei den Vermessungsämtern anzusiedeln, nur loben. Man spürt und merkt, dass die Digitalisierung in Bayern greifbar vorangeht.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen eigene Akzente gesetzt, insbesondere für die Barrierefreiheit und die Bildung. Wir haben mit einem Gesamtvolumen von über 50 Millionen Euro wesentliche Punkte für die Entwicklung des Freistaats auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei wird. Das ist aber eine gesamtgesellschaftliche, gemeinschaftliche Aufgabe. Jeder muss dazu seinen Beitrag leisten. Wir wollen dabei als Staat in unserem Aufgabenbereich als Vorbild vorangehen. Wir werden uns in einem ersten Schritt auf die drei Handlungsfelder Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude konzentrieren.

Zum Abbau der Barrieren für Menschen mit Behinderung haben wir über die Initiativen unserer Fraktion mehr als 12 Millionen Euro zusätzlich auf den Weg gebracht. Mit zusätzlich 11 Millionen Euro soll die Barrierefreiheit an Amtsgerichten und Einrichtungen des Justizvollzugs, bei Polizeidienststellen, Schlössern und Burgen sowie in den publikumsintensiven Bereichen von Hochschulen und Museen verbessert werden. Mit einer weiteren Million wollen wir die Deutsche Bahn anschieben, ihre Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten. Wir werden mit zusätzlich 300.000 Euro den barrierefreien Zugang bei den KZ-Gedenkstätten ermöglichen. Damit steht im Doppelhaushalt ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 205 Millionen Euro zur Umsetzung der Barrierefreiheit bereit.

(Beifall bei der CSU)

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir bei den Schulen zusätzliche Schwerpunkte mit einem Volumen von insgesamt rund 16 Millionen Euro gesetzt. Auf Initiati-

ve unserer Fraktion sind zusätzliche 9,7 Millionen Euro zur Unterstützung des Ausbaus der Ganztagsangebote in den Haushalt eingestellt worden. Damit stehen für die Umsetzung der Ganztagsgarantie und damit für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf rund 420 Millionen Euro zur Verfügung. Neben einer zusätzlichen Million Euro für die Erwachsenenbildung und zusätzlich 1,8 Millionen Euro für die Förderung der Jugendarbeit im Jahr 2015 sind weiterhin rund 5 Millionen Euro für die Träger privater Ersatzschulen bestimmt, damit diese ihre wichtige pädagogische Arbeit leisten können.

Die Erhöhung der sogenannten Gitterzulage um insgesamt über 4 Millionen Euro war nicht nur ein Anliegen des Dienstrechtsausschusses, sondern auch ein Anliegen des gesamten Haushaltsausschusses. Hier gab es einen einstimmigen Beschluss. Das möchte ich ausdrücklich erwähnen. Diese Mittel kommen den im Justizvollzug eingesetzten Beamten zugute. Bisher wurden für die Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzugsdienst und im Justizvollzugsdienst Zulagen in unterschiedlicher Höhe gewährt, obwohl die Berufsbilder gleichermaßen einen hohen persönlichen Einsatz fordern und mit erheblichen Gefahren verbunden sind. Wir wollen daher mit der Gitterzulage für eine Angleichung an den Polizeivollzugsdienst sorgen.

Neben unseren zahlreichen weiteren Initiativen, insbesondere für die Familien, die Jugendarbeit, den Verkehr, den Tourismus, die Wissenschaft sowie die Gesundheit und die Pflege, stärken wir auch die Kunst. Mit einer Erhöhung der Personalkostenzuschüsse um 1,5 Millionen Euro im Jahr 2015 wollen wir die Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen verbessern, die gerade im ländlichen Raum eine hervorragende musische Bildung vermitteln.

(Beifall bei der CSU)

Aus meiner Sicht hat der Doppelhaushalt durch diese weiteren punktuellen Verbesserungen aufgrund der Initiativen unserer Fraktion an Ausgewogenheit gewonnen. Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist ein Dokument der Solidität und der Zukunftssicherung.

Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln. Wir nehmen keine neuen Schulden auf, sondern bauen Schulden ab. Wir investieren in die Familien, die Bildung und die Innovation. Herr Halbleib, stimmen Sie daher mit Begeisterung diesem Haushalt zu!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ansonsten begegnen wir alle uns wieder bei der Einweihung von Neu- und Umbauten staatlicher Gebäude, beim Durchschneiden von Bändern im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen und vielen ähnlichen Anlässen, bei denen Sie krampfhaft den Eindruck erwecken, Sie hätten den Haushalt mitgetragen. Sie haben die Chance dazu. Tragen Sie ihn mit!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Es folgen zwei Zwischenbemerkungen. Die eine kommt von Claudia Stamm, die andere vom Kollegen Halbleib. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Winter, es gäbe jetzt vieles zu sagen, zum Beispiel, dass auch jedes andere Flächenland ein Drittel der Ausgaben für die Bildung einsetzt. Den ständigen Vergleich mit Baden-Württemberg mag ich nicht; wir sind hier in Bayern und sollten nach Bayern schauen.

(Lachen bei der CSU)

Wenn Sie den Vergleich aber schon so platt und polemisch wie immer ziehen, zeigt sich: Es sind alte Schulden, die der ehemalige Ministerpräsident Mappus hinterlassen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt heißt es – hören Sie mir zu! -: Nichtetatisierung von Lehrerstellen, Sanierungstau usw. Das ist die Vergangenheit. Jetzt reden wir von den potenziellen Spitzenkan-

didaten. Sie rennen mit Wahlversprechen umher. Die würden in Baden-Württemberg 1 Milliarde Euro kosten.

Am Ende Ihrer Rede sind Sie leider vom anfänglichen Lob etwas abgewichen. Irgendwie hat Sie dabei wieder Ihre alte Denkweise gepackt, und Sie haben von Luftschlössern im Zusammenhang mit grüner Politik geredet usw. Es stimmt nicht, genauso wie es bei den Zahlen nicht stimmt; es sind keine 600 Millionen Euro, die bei uns nicht gedeckt sind. Wenn Sie wollen, können wir Ihnen das genau vorführen und zeigen. Es ist einfach falsch.

Peter Winter (CSU): Umgekehrt auch!

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich gehe noch kurz auf den Pensionsfonds und die Vorsorge ein. Das Prinzip lautete sozusagen: Schulden tilgen, Zinsen sparen, und zwar Schulden tilgen bis 2030. – Ende 2014 hat Bayern 20,5 Milliarden Euro Schulden. In diesem Betrag sind nicht einmal die Zahlungen zur Rettung der Landesbank eingerechnet; hier gehen wir sozusagen in Ihrer Unlogik mit. Wenn Sie weiterhin, wie Sie es tun, 500 Millionen Euro jedes Jahr tilgen, sind wir nicht 2030, sondern 2055 fertig. Damit ist das Konzept Pensionsfonds einfach geplatzt; denn ab 2030 sollten ja die Zinersparnisse als Ersatz für die Entnahmen aus dem Versorgungsfonds erhalten. Aber wenn die Schulden nicht getilgt sind, kann man auch diese Zinersparnisse nicht dafür verwenden. Gleichzeitig ist die Pensionsvorsorge mit diesem Haushalt um 2,1 Milliarden Euro unterfinanziert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind Luftschlösser!)

Ihr Konzept ist definitiv geplatzt. Wenn man nachrechnet, stellt man fest, dass Sie es nicht annähernd irgendwie verkaufen können, weil es einfach nicht stimmt. Weder stimmt, dass bis 2030 die Schulden getilgt sind, noch stimmt, dass die Zinersparnisse für die Pensionsvorsorge erhalten können. Wir häufen jetzt schon Beträge an. Wir haben konservativ gerechnet. Eigentlich stand im Gesetz, dass der Betrag, der einge-

zahlt werden müsste, dynamisch mit der steigenden Zahl von Beamten und Beamtinnen ansteigt. Das haben wir überhaupt nicht berücksichtigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kollegin Stamm, ich finde es trotz alledem gut, dass wir ein Drittel unseres Haushalts für die Bildung ausgeben. Allerdings tun wir das im Gegensatz zu den anderen Ländern nicht unter gleichzeitiger Schuldenaufnahme, sondern im Rahmen eines ausgeglichenen Haushalts. Das unterscheidet uns von den anderen.

Ich kann mich gut an die Zeit erinnern, als wir festgelegt haben, einen schuldenfreien Haushalt aufzustellen und die Schuldenfreiheit durchzuhalten. Sie haben darauf mit viel Häme und Vorbehalten reagiert. Wir haben es durchgehalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Substanzverzehr!)

Ich bin mir dessen sicher, dass unser Ministerpräsident wie auch unser Finanzminister im Rahmen der Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich die Freiräume in den Verhandlungen schaffen, damit wir die Mittel, die uns dann zur Verfügung stehen, zur Schuldentilgung verwenden können. Damit schaffen wir Zinersparnisse, die wir für den Pensionsfonds vorsehen. Der Pensionsfonds wird, wie ich bereits erwähnt habe, mit diesem Haushalt bei über 2 Milliarden Euro liegen. Dann stehen diese Mittel mit den eingesparten Zinsen für den Pensionsfonds zur Verfügung. Auch das gibt es in keinem anderen Land dieser Republik.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Winter, ich habe drei Bemerkungen zu den Anträgen vonseiten der Opposition, insbesondere vonseiten der SPD. Ich glaube schon, dass es bei 450 Anträgen, in denen es zum Teil nur um ganz geringe Summen ging,

die aber wurde Punkte betroffen haben, angemessen gewesen wäre, seitens der Regierungsfraktion anzuerkennen: Da hat die Opposition, da haben die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, den richtigen Punkt getroffen. – Dieses Bekenntnis habe ich heute leider bis zum Schluss vermisst.

Heute mokieren Sie sich über viele unserer Anträge. Ich kann Ihnen garantieren, dass in den nächsten Haushaltsberatungen plötzlich Anträge auftauchen, deren Inhalte früher mit großer Empörung abgelehnt wurden; die Anträge tauchen dann plötzlich mit dem Label "CSU" wieder auf. So ist es uns bisher immer gegangen. Ich weise Sie nur darauf hin, dass viele dieser Anträge wiederkommen werden, und das ist auch gut so.

(Zuruf von der CSU: Märchenerzähler!)

Eine Äußerung von Ihnen, Herr Kollege Winter, veranlasst mich, Ihnen Nachhilfeunterricht anzubieten. Sie haben die Logik überhaupt nicht verstanden. Wir haben in unseren Anträgen beispielsweise auf einen wunden Punkt hingewiesen: Wenn sich der Staat entschuldet, dann müssen auch die Kommunen in gewissem Umfang entschuldet werden. Darauf bezieht sich ein sehr großer Teil der Anträge.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem wollen wir mit unseren Haushaltsanträgen dokumentieren, dass die Gefahr, die auch der Ministerpräsident thematisiert hat,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

in die versteckte Verschuldung zu geraten, bei diesem Haushalt besonders groß ist. Deswegen haben wir auch dies thematisiert. Das haben Sie in Ihrer Gesamtrechnung überhaupt nicht berücksichtigt.

Ich gehe noch auf die Steuerverwaltung ein. Wer wie die CSU-Fraktion und die Staatsregierung über Jahre und Jahrzehnte die Unterbesetzung der Steuerverwaltung zu verantworten hat, muss sich in den Haushaltsanträgen sagen lassen, dass wir mit

einer vernünftigen Einstellungspolitik und Besetzung der 1.800 offenen Stellen Steuermehreinnahmen hätten, die wir ansetzen könnten. Selbstverständlich, was denn sonst? – Auf diese politische Art wird verdeutlicht, wo Sie in den letzten Jahrzehnten Fehler gemacht haben. Dabei ist konservativ gerechnet, was an Steuermehreinnahmen hereinkäme.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann es ganz leicht ausdrücken: Die CSU hat das Landesbankdesaster zu verantworten. Im Haushalt stehen 700 Millionen Euro ausschließlich für Zinszahlungen. Allein diese Summe würde reichen, um unsere Haushaltsanträge im Wesentlichen zu decken.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Peter Winter (CSU): Lieber Herr Kollege Halbleib, wir haben uns über die Vorgänge um die Landesbank lang und breit unterhalten. Ich muss Sie, wie leider schon im letzten Jahr, an Ihren Kollegen Dupper erinnern, der damals mit großer Freude das Engagement des Freistaats Bayerns begrüßt hat.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): So ein Käse! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auch andere Oberbürgermeister der SPD saßen in den Aufsichtsgremien und haben hinterher gewusst, dass das, was sie vorher beschlossen hatten, gar nicht so gut war.

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Herr Halbleib, wir diskutieren immer in aller Freundschaft. Aber wissen Sie: Wir würden Ihren Anträgen ja gerne zustimmen, wenn Sie geeignete Deckungsvorschläge machen würden. Die fehlen uns leider. Machen Sie geeignete Deckungsvorschläge! Wenn der Antrag dann okay ist, können wir überlegen, ob wir zustimmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie nehmen es aus der Rücklage! – Inge Aures (SPD):
Der Griff in die Portokasse!)

Ansonsten haben wir ja durchaus auch gemeinsame Vorschläge gemacht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie wissen, der Finanzminister hat in den Beratungen zum kommunalen Finanzausgleich erreicht, dass wir die Stabilitätsmaßnahmen für schwache, stark verschuldete Gemeinden verstärken. Uns ist es gelungen, eine einheitliche Maßgabe vorzugeben. Aber ich kann Ihnen aus meinem Stimmkreis Gemeinden nennen, auch SPD-geführte Gemeinden, die mittlerweile schuldenfrei sind. Ein Beispiel dafür ist Rothenbuch. Kollege Wengert kennt den Bürgermeister; wir haben uns vor Kurzem mit ihm unterhalten. Auch Großostheim ist eine solche Gemeinde. Diese Gemeinden haben sich angestrengt und die Maßnahmen durchgezogen. Es gibt viele Gemeinden, die das gemeinsam mit uns erreicht haben. Ich weiß auch, dass es in Oberfranken, bedingt durch die demografische Entwicklung, Gemeinden gibt, die die Stabilitätshilfen brauchen. Wir geben sie ihnen. Wir lassen die Gemeinden nicht im Stich. Wir stehen an ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, versuchen Sie doch wenigstens einmal anzuerkennen, dass in der Finanzverwaltung neue Stellen geschaffen wurden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich heute schon gemacht!)

neue Stellen dort angekommen sind und wir viele neue Stellen in der Ausbildung haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat der Finanzminister sogar gelobt!)

Ihre Rechnung, dass wir mit mehr Personal mehr Steuereinnahmen haben, stimmt einfach nicht. Den Beweis für die Richtigkeit dieser Rechnung sind Sie bis heute schuldig geblieben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Knoblauch das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Knoblauch (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren der Regierung, Hohes Haus! Lieber Kollege Winter, ich möchte mich als Erstes dafür bedanken, dass Sie anerkannt haben, dass die SPD-Fraktion komplette Deckungsvorschläge gemacht hat. Es gibt nur einen Unterschied: Wir wollen zusätzliche Steuern nicht von kleinen, sondern von großen Firmen einnehmen. Sie wollen aber etwas der Rücklage entnehmen. Das ist der Unterschied. Aber wenigstens haben Sie anerkannt, dass wir eine komplette Liste mit Deckungsvorschlägen vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will mich etwas mit den Kommunen beschäftigen. Ich glaube, wir können froh sein, dass wir die Kommunen als Grundlage der Demokratie und unserer Lebensqualität haben, die wir immer hervorheben. Natürlich sind die 8,3 Milliarden Euro eine stolze Summe, und die Kommunen benötigen sie dringend. Auch wenn das ein bisher noch nicht gekannter Betrag ist, machen wir trotzdem noch nicht gleich einen Höhenflug, lieber Kollege Bachhuber.

Zunächst müssen wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken, weil sie Steuern zahlen und durch ihre tolle Arbeit die Mittel zur Verfügung stellen. Die Betriebe leisten eine hervorragende Arbeit und haben die Grundlage dafür geschaffen, dass wir so viele Steuern bekommen, um den Kommunen 8,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen zu können. Die sprudelnden Steuereinnahmen sind nicht auf einen Beschluss

der Staatsregierung zurückzuführen, sondern auf die Leistungen unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wenn man das Finanzausgleichsgesetz etwas näher betrachtet, stellt man fest, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Zweitwohnungen – ich möchte von Zweitbürgern sprechen – sind schon genannt worden. Hier wird den Städten und Gemeinden, auch in den touristisch attraktiven Kommunen, etwas genommen, worauf sie angewiesen sind. Das wird sich noch fatal auswirken. Man muss sich nur vorstellen, dass ein Bürger, der im Finanzausgleich mitzählt, ungefähr 1.000 Euro ausmacht. Da kann man sich vorstellen, welche Auswirkungen es insbesondere bei kleineren Gemeinden gibt.

Zum Zweiten. Es wird total verschwiegen, dass die Kommunen, insbesondere diejenigen mit mehr als 10.000 Einwohnern, beim Zensus total vernachlässigt werden. Da werden sie allein gelassen. Der Bund hat für jeden Bürger die steuerlichen Identifikationsnummern herausgebracht. Die Kommunen haben dafür die Meldedaten zur Verfügung gestellt. Vorher hat alles gestimmt, und plötzlich stimmt es nicht mehr. 5 % bis 10 % der Einwohner sind aus den Kommunen verschwunden. Damit fehlen den Kommunen 5 % bis 10 % der Einnahmen aus dem Finanzausgleich.

Ein dritter Punkt: Artikel 7 des Finanzausgleichsgesetzes sollte eigentlich bewirken, dass die den Landratsämtern übertragenen Aufgaben durch die Leistungen des Freistaates abgedeckt sind. Die Bürgermeister und Landräte tragen aber an mich heran, dass sie sich vernachlässigt fühlen. Sie geben das Doppelte dessen aus, was sie erhalten, um Aufgaben des Staates zu erledigen. Insbesondere denke ich jetzt an die Ausländerbehörden, die wegen der Asylbewerber viel Arbeit haben. Letztlich bezahlen das wieder die kreisangehörigen Städte und Gemeinden über die Kreisumlage.

Natürlich müssen wir uns auch darüber unterhalten, was generell mit dem Finanzausgleich geschieht. Bei der Beratung des Nachtragshaushalts hieß es, dass es am Ende des Jahres ein Gutachten geben wird und man dann Neuregelungen schaffen kann. Aber daraus ist nichts geworden. Für das Gutachten liegt zwar ein Entwurf vor, aber

man spricht nicht darüber. Mehr als die Hälfte der Kollegen hier sind auch im kommunalen Bereich tätig. Unsere Aufgabe müsste doch eigentlich sein, uns intensiv einzubringen. Wir sollten es nicht einem Gutachter überlassen festzustellen, wie der Finanzausgleich in Bayern künftig aussieht. Das ist doch auch unsere Aufgabe. Deshalb fordern wir, dass wir als Parlament, als Haushaltsausschuss, mit unserer Erfahrung in die Gespräche eingebunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, der Finanzausgleich braucht eine neue Orientierung. Die Kommunen sind verunsichert und warten auf eine Lösung. Etwa die Hälfte der Kommunen haben erhebliche Probleme, ihren Haushalt auszugleichen. Wir können also nicht sagen, Herr Bachhuber, dass alles wunderbar ist. Sie sagen, dass die Stabilisierungshilfen gestiegen sind; das ist gerade die Bestätigung, dass es für die Kommunen immer schwieriger wird, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Beim Finanzausgleich müssen wir uns auch über gleichwertige Lebensbedingungen unterhalten. Ich halte es für richtig, dass wir vor einigen Jahren den Sockelbetrag für die Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern angehoben haben. Sie brauchen das wirklich. Ich sage Ihnen, dass es in jedem Landkreis eine, zwei oder drei Kommunen gibt, die zusammen mit ihrem Umland die Lebensqualität des jeweiligen Landkreises bestimmen. Sie unterhalten Hallenbäder, Eislaufplätze, Musikschulen, Kulturprogramme, Dreifachturnhallen usw. Wenn sie das nicht mehr vorhalten, ist die Lebensqualität in den Kommunen am Ende. Das müssen wir verhindern und im künftigen Finanzausgleich berücksichtigen.

Wir müssen auch betrachten, was die Kommunen leisten müssen. Die Verunsicherung habe ich schon genannt. Sie müssen bei der Inklusion, beim Breitband und bei der Barrierefreiheit mitmachen und die Straßen sanieren. Die Ganztagsklassen und Ganztagsangebote sollen mitfinanziert werden. Womit sollen sie das machen? - Wir brau-

chen die Hilfen für die Kommunen. Sonst geht die Lebensqualität und damit die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen verloren.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch Folgendes bedenken: Vor 50, 60 Jahren, als die Verfassung und die Gemeindeordnung geschaffen wurden, hat man die Pflichtaufgaben anders gesehen als heute. Wir müssen uns deshalb beim Finanzausgleich Gedanken darüber machen – das hatte ich eigentlich erwartet –, dass Standards, die inzwischen freiwillige Leistungen geworden sind, aus der Sicht des Bürgers Pflichtaufgaben sind. Wenn es kein Kulturprogramm mehr gibt und wenn andere freiwillige Leistungen, die im Gesetz stehen, nicht mehr angeboten werden, werden die Bürger die kleinen Orte auf dem Land verlassen. Dazu müssen wir uns etwas überlegen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Deshalb ist es unsere Aufgabe, auch im Haushaltsausschuss, lieber Peter Winter, gemeinsam eine Lösung zu finden, die den Kommunen, sowohl den kleinen als auch den mittleren, die Chance gibt, für die Bevölkerung das Beste zu tun. Wenn wir keine Regelungen treffen, werden die Kommunen abstürzen. Darum bitte ich darum und biete an, in den nächsten Monaten konstruktiv zusammenzuarbeiten, zumindest um beim Nachtragshaushalt die entsprechenden Regelungen zu treffen.

In dem Sinn möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss bedanken, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion, die im kommunalen Bereich tätig sind. Das gilt vor allem für den Kollegen Wengert. Herr Kollege Winter, Sie werden sicherlich mit dem Kollegen Halbleib die entsprechenden Regelungen treffen. Allerdings wäre es schön, wenn darüber nicht nur gemeinsam geredet würde, sondern wenn Sie einmal mit uns stimmen würden, weil wir eigentlich gute Regelungen vorschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Herold das Wort erteilen.

(Unruhe)

Ich würde Sie bitten, vielleicht ein bisschen leiser zu sein und die Gespräche draußen zu führen. Jeder verdient, dass ihm zugehört wird. - Bitte.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die heutige Diskussion zeigt sehr deutlich, genauso wie der Doppelhaushalt für die Jahre 2015/2016: Bayern ist das Land mit Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Knoblauch, ich glaube, Sie haben Peter Winter vorhin falsch verstanden. Peter Winter hat gesagt, dass die SPD keine Gegenfinanzierung bei diesen zahlreichen Anträgen gebracht hat, nur die Fraktion der GRÜNEN. Auch die FREI-EN WÄHLER haben Forderungen in einem Umfang von 3,7 Milliarden Euro gestellt, und zwar ohne jegliche Gegenfinanzierung. Das ist eine unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, ich glaube, Sie haben Ihre Leute nicht im Griff. Hier in München reden Sie so, während Sie daheim völlig anders reden.

(Beifall bei der CSU)

Daheim kommen Ihre Kommunalpolitiker, Ihre Bürgermeister zu mir und sagen: Lieber Hans Herold, kümmere dich als stellvertretender Landrat darum, dass im Landratsamt endlich weniger Personal vorhanden ist. Hier fordern Sie Stellenmehrungen ohne Ende. Wenn es aber daheim ernst wird, wenn es zum Beispiel um das Bauamt, das Wasserwirtschaftsamt Ansbach, das Umweltamt oder den Naturschutz geht, dann

reden Sie ganz anders, lieber Herr Aiwanger. Das ist eine Politik, die so nicht in Ordnung ist. Ich sage Ihnen das ganz offen.

(Beifall bei der CSU)

Bei mir im Stimmkreis bemüht sich unser Landrat, im Stellenplan für das Jahr 2015 ein paar Stellen mehr zu bekommen – Sie alle kennen die Situation in der Asylpolitik –, aber die FREIEN WÄHLER wehren sich ganz massiv dagegen. Lieber Herr Aiwanger, Sie sollten Ihrer stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gabi Schmidt sagen, dass sie dem Stellenplan im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim endlich zustimmen sollte.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Ja, das kennen wir schon. Hier reden Sie so und daheim ganz anders.

Ich bin sehr stolz darauf, dass der Freistaat Bayern auch dank des großen Fleißes seiner Bürgerinnen und Bürger immer wieder ein Top-Rating aufzuweisen hat, nämlich "AAA". Wir werden zum elften und zwölften Mal einen Doppelhaushalt ohne neue Schulden aufstellen. Wir werden eine massive Schuldentrückzahlung vornehmen können, insgesamt in Höhe von 3,6 Milliarden Euro in den letzten fünf Jahren. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, ein Land in Europa, das solche Dinge machen kann.

Wir haben die höchsten Investitionen in Bildung, Familie, Wissenschaft und Innovationen mit insgesamt über 20 Milliarden Euro. Das sind Zahlen, die die Zukunftsfähigkeit unserer jungen Generation garantieren. Wir haben nach wie vor eine sehr hohe investive Quote.

(Zuruf von der SPD)

- Ich weiß, dass das große Schmerzen verursacht, und zwar seelischer und körperlicher Art. - Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt: Das ist ein Haushalt, der seinesgleichen in ganz Deutschland sucht.

Als Kommunalpolitiker sage ich auch ganz deutlich: Gerade dieser kommunale Finanzausgleich ist für uns ganz wichtig. 8,3 Milliarden Euro nur im Jahr 2015 – damit können unsere Kommunen, Städte und Gemeinden ihre Hausaufgaben bestens erfüllen. Dafür ein ganz besonderes Dankeschön an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder: Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Ein Punkt ist mir abschließend sehr wichtig, nämlich der Hinweis auf unsere

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

tüchtigen Beamtinnen und Beamten des gesamten Freistaates Bayern. Sie erzählen uns immer wieder, wir hätten zu wenig Personal.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, denken Sie an meine Rede von vorhin. Reden Sie auch daheim so, nicht nur hier im Landtag. - Derzeit sind 2.000 junge Leute als Anwärtinnen und Bewerber an der Landesfinanzschule in Ansbach in Ausbildung, und wir haben zusammengerechnet die gleiche Zahl an den Beamtenfachhochschulen in Herrsching und Kaufbeuren. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass wir gerade in diesem Bereich sehr viel tun.

Heute ist Herr Habermann vom Bayerischen Beamtenbund anwesend. Ich will auch sagen, liebe Ingrid Heckner, dass wir in diesem Doppelhaushalt 7.500 Beförderungen vorgesehen haben. Wir haben in den letzten Jahren 50.000 Beförderungen bei den Beamten des Freistaates Bayern vorgenommen. Deswegen abschließend ein ganz besonderes Dankeschön an die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Frei-

staats Bayern für diese wichtige Arbeit, die letztendlich für uns alle geleistet wird:
Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Herold, darf ich Sie noch einmal an das Rednerpult bitten für eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Schmidt. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Herold, ich möchte Ihnen zu Ihren hellseherischen Fähigkeiten gratulieren. Ich war in der letzten Fraktionssitzung gar nicht anwesend. Insofern kann ich weder eine schriftliche noch eine mündliche Äußerung zu der Stellenmehrung gemacht haben. Ich finde es aber großartig, dass Sie jetzt schon wissen, wie ich mich entscheiden werde, denn ich bin erst in der Meinungsbildung. Nachdem das eine Erpressung war, geht es dann eher in die andere Richtung.

Hans Herold (CSU): Ich bin sehr dankbar dafür, wenn Sie ein freundliches Signal geben, dass auch die FREIEN WÄHLER möglicherweise diesem Stellenplan mit der – in Anführungszeichen – "geringen" Stellenmehrung bei uns im Kreistag zustimmen. Ihre Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, insbesondere Ihr Fraktionsvorsitzender, sprechen eine andere Sprache, liebe Frau Gabi Schmidt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie haben nur eine Zwischenbemerkung.
- Jetzt kommt der Kollege Dr. Kränzlein. Bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Kollege Herold, stimmen Sie mir zu, dass sich die Beförderung von Beamten aufgrund von Rechtsansprüchen ergibt und nicht aufgrund der Gnade der CSU-Fraktion im Landtag?

(Beifall bei der SPD)

Hans Herold (CSU): Herr Kollege, ich bin wirklich überrascht: Sie sagen bei jeder Wortmeldung, insbesondere im Haushaltsausschuss, dass Sie lange Zeit Bürgermeister waren; dann sollten Sie eigentlich wissen, dass es einen Unterschied zwischen Tarifangestellten und Beamten gibt. Deswegen ist es nicht so, dass immer ein Rechtsanspruch auf Beförderung besteht.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Also doch Gnade!)

- Leistung!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Wengert das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Paul Wengert (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Doppelhaushalt nochmals aus Sicht der Kommunen betrachten, und zwar aus Sicht der Kommunen, die Sie, lieber Herr Kollege Bachhuber, völlig ausgeblendet haben. Die Kommunen stehen nämlich nicht so super da, wie Sie das generalisierend für die bayerischen Kommunen glauben machen wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen zu meiner Rechten, überhaupt würde es Ihnen gut anstehen, gelegentlich etwas bescheidener aufzutreten. Demut ist keine Schande.

(Beifall bei der SPD)

Wie heißt das Sprichwort? – Mit vollen Hosen ist gut stinken.

Kollege Herold, unverantwortliche Politik müssen wir uns nicht vorhalten lassen, sonst könnten wir nicht auf 160 Jahre Parteigeschichte zurückblicken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Lieber Hans Herold, unser Haushalt wäre genauso ausgeglichen wie Ihrer. Lieber Peter Winter, Sie lehnen unsere Anträge nicht mangels Deckungsvorschlägen ab,

sondern weil ein in Ihnen drinsteckendes CSU-Gen bewirkt, dass Sie reflexartig reagieren, wenn die SPD, die GRÜNEN oder die FREIEN WÄHLER Anträge stellen – seien diese noch so gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unseren Kommunen bündeln sich zunehmend gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen, die sie alleine nicht bewältigen können. Dabei stoßen viele Kommunen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. An vielen Orten sind diese Grenzen bereits gefährlich überschritten. Es ist Pflicht des Staates, die Kommunen so zu stärken, dass sie dauerhaft leistungs- und handlungsfähig bleiben. Wir können nicht sehenden Auges zulassen, dass über ein Viertel der bayerischen Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen kann. Das ist keine Zahl, die ich mir aus den Fingern gesaugt habe, sondern eine Feststellung des Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags.

Der Freistaat als Glücklichermacher – das ist eine ganz neue Variante des Eigenlobs. Herr Kollege Bachhuber, entgegen Ihren vorherigen Äußerungen regnet es vielen Kommunen ganz dick rein. Zwar erreicht die Summe des kommunalen Finanzausgleichs mit rund 8,3 Milliarden Euro eine neue Höchstmarke, aber das ist – Kollegin Stamm hat schon darauf hingewiesen – in erster Linie den guten Steuereinnahmen geschuldet und nicht zusätzlichen Programmen zur Förderung der kommunalen Leistungsfähigkeit. Lieber Kollege Bachhuber, da können Sie noch so blumige Floskeln bemühen. Den entscheidenden Fortschritt haben die Finanzausgleichsverhandlungen nämlich auch diesmal nicht gebracht, nämlich die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steueraufkommen. Die SPD-Landtagsfraktion wird im Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden weiter die schrittweise Erhöhung von derzeit 12,75 % auf 15 % einfordern; denn die Kommunen brauchen mehr freie Gestaltungsspielräume.

(Beifall bei der SPD)

Der Kommunalgipfel von Ministerpräsident Seehofer hat bei Weitem nicht gehalten, was man sich nach seiner vollmundigen Ankündigung davon versprechen durfte. Im Gegenteil, mit der Rücknahme seines Versprechens in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 wurden die Erwartungen der Kommunen herb enttäuscht. Ich zitiere: "Bayern wird in zehn Jahren komplett barrierefrei sein: im gesamten öffentlichen Raum, im gesamten öffentlichen Personennahverkehr." Von einem Sonderinvestitionsprogramm, das vom Ministerpräsidenten ebenfalls angekündigt wurde, gab es keine Spur – schon gar nicht für die Kommunen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfeverbände in Bayern hat Ihnen das mit einer Resolution vom 2. Dezember deutlich ins Stammbuch geschrieben. Dort heißt es, dass die Bayerische Staatsregierung die Finanzhilfe des Freistaates Bayern auf staatliche Gebäude begrenzt und die Kommunen mit dem Thema "Bayern – Barrierefrei 2023" allein lässt.

Ebenso pure Ankündigungspolitik bleibt das in seiner Regierungserklärung gegebene Versprechen, dass es bis zum Jahr 2018 in allen Schularten und für jede Schülerin und für jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot geben wird. Der jüngste Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung weist aus, dass in Bayern nur jeder achte Schüler eine Ganztagschule besucht. Bundesweit ist es jeder dritte. Das beim Kommunalgipfel präsentierte neue Modell für die Ganztagschule ließ insbesondere bei der Rand- und Ferienzeitbetreuung viele Fragen offen. Die kommunalen Spitzenverbände konnten sich zu Recht nicht dafür erwärmen.

Ebenso Fehlanzeige: Antworten auf die Frage der Inklusion. Jetzt sollen erst einmal Arbeitsgruppen gebildet werden. Dafür hätte es keines Kommunalgipfels bedurft.

Erfreulicherweise gab es 2013 erstmals sogenannte Stabilisierungshilfen. Diesmal sollen noch 20 Millionen Euro auf die 100 Millionen Euro draufgelegt werden. Damit wurde immerhin eine Teilforderung der SPD-Fraktion erfüllt, aber nicht im ausreichenden Umfang, der den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung trägt. Erforderlich ist vielmehr ein kommunaler Entschuldungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro, um notleidenden Kommunen im ländlichen und strukturschwachen Raum zu helfen, ihre

Haushalte zu konsolidieren und sich wieder Spielraum für Investitionen zu verschaffen. Sie verweisen immer gerne auf andere Länder. Das tue ich jetzt auch. Andere Länder wie Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland und selbst das von Ihnen immer wieder gescholtene Nordrhein-Westfalen haben längst entsprechende kommunale Entschuldungsprogramme aufgelegt. Es reicht nicht aus, allein die Staatsschulden zu tilgen, vielmehr halten wir es für dringend geboten, auch die kommunalen Schulden zu verringern und den Kommunen dabei zu helfen, die das aus eigener Kraft nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch auf einige weitere, meiner Meinung nach dringende Maßnahmen eingehen. In den bayerischen Kommunen besteht bei den kommunalen Gebäuden ein immenser Sanierungsbedarf. Die kommunale Finanzausstattung erlaubt es den Kommunen häufig nicht, energetische Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Wir wollten im neuen Doppelhaushalt hierfür einen neuen Titel mit jeweils 20 Millionen Euro; denn verstärkte energetische Sanierung kommunaler Gebäude senkt eben auch die versteckte Verschuldung.

Ein weiterer Bereich erfordert finanzielle Mittel in einer Größenordnung, die notleidende Gemeinden völlig überfordert. Damit meine ich die kommunalen Bäder. Laut Antwort der Staatsregierung auf eine aktuelle Anfrage unseres Fraktionsvorsitzenden sind 263 von insgesamt 889 öffentlichen Schwimmbädern in Bayern sanierungsbedürftig. Das sind 30 %, und 65 droht die Schließung. Daher fordern wir einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder, wobei der Bewilligungsrahmen pro Haushaltsjahr 30 Millionen Euro betragen soll. Die staatliche Förderung muss dabei auch bis zu 100 % betragen können, sofern die betreffenden Kommunen keine Eigenmittel aufbringen können. Lieber Herr Kollege Winter, gerne werden wir mit Ihnen im nächsten und übernächsten Jahr dank staatlicher Hilfe wieder ein paar sanierte Bäder eröffnen.

Es ist auch gut, dass wir bei anderen Eröffnungen dabei sind. Schließlich wurden dafür Steuergelder verbaut und nicht Gelder aus der CSU-Parteikasse.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zudem möchten wir die Schülerbeförderung zukunftsfähig machen und fordern die Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Beförderungskosten der Schülerinnen und Schüler um 10 Millionen Euro. Wir wollen den ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren. Dazu soll der Haushaltsansatz von 118,6 auf 130 Millionen Euro erhöht werden, um gebietskörperschaftsübergreifende Kooperationen und die Vernetzung von ÖPNV-Systemen zu erleichtern und die Verkehrsmittel für Nutzerinnen und Nutzer von Fahrrädern, insbesondere von Pedelecs, zu ertüchtigen.

Weil es bald Weihnachten ist und weil ich mich als Präsident eines großen Chorverbands besonders darüber freue, möchte ich mit etwas Positivem schließen: Wir begrüßen ausdrücklich die Erhöhung der Zuschüsse für die Lehrpersonalkosten an unseren Sing- und Musikschulen um 1,5 Millionen Euro. Dabei handelt es sich ebenfalls um Steuergelder und nicht etwa um Gelder aus der CSU-Kasse. Damit wird die Bedeutung dieser Einrichtungen, die bisher kein Bundespräsident zu würdigen vergessen hat, unterstrichen und anerkannt. Diese Erhöhung entspricht einer seit Jahren erhobenen Forderung der SPD-Fraktion und deckt sich exakt mit unserem zuletzt zum zweiten Nachtragshaushalt am 31. März gestellten Antrag, den Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vor einem guten halben Jahr noch abgelehnt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwar ist es suboptimal, wenn unsere Anträge aktuell jeweils abgelehnt werden, aber letztlich ist es schon ein Erfolg unserer Arbeit, wenn ihnen dann, mit eigenem Etikett versehen und zeitlichem Verzug, doch noch gefolgt wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich das Wort Herrn Staatsminister Dr. Söder erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt noch 50 Minuten Zeit, um ausführlich auf alle Dinge einzugehen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wann sollen wir wiederkommen?)

zum Beispiel auf die Vergleiche mit der FDP, die Frau Stamm angestellt hat. Ich finde es spannend, wenn man sich hier im Landtag im selben Atemzug mit der FDP nennt. Es wären viele Dinge anzusprechen. Ich möchte Ihnen heute aber ein persönliches Weihnachtsgeschenk machen und es kurz halten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte nur noch zwei Dinge ansprechen, da sie mir persönlich wichtig sind.

Erstens. Herr Güller, zum Thema BayernLB: Wir haben Anfang des Jahres über die BayernLB gesprochen und sprechen Ende des Jahres über sie. Man muss schon eines festhalten: Anfang des Jahres hatten wir vier Risiken, die unwägbare waren und worüber wir uns große Sorgen gemacht haben. Wir wussten nicht: Bestehen wir den Stresstest der Europäischen Zentralbank? – Mission erfüllt; wir haben ihn bestanden. Wir waren tief verunsichert, was mit Ungarn werden wird, was mit der MKB werden wird. Es ist uns gelungen, das Thema MKB mit einem blauen Auge abzuschließen. Wir hatten für den nächsten Doppelhaushalt eine drohende Ausgabenbelastung von 400 Millionen Euro aus dem ABS-Portfolio. Dass wir das in der Summe sogar mit einem Gewinn für den Freistaat Bayern abschließen konnten, meine Damen und Herren, ist schon ganz ordentlich. Also: Von vier Risiken haben wir drei beseitigt. Dies lässt einen ein wenig ruhiger schlafen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Österreich möchte ich noch etwas anmerken. Ich glaube, wir befinden uns eigentlich gemeinsam auf demselben Weg. Ich habe immer betont: Die HGAA ist und bleibt der größte und schwerste wirtschaftspolitische Fehler der Nachkriegsgeschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es wird aber nicht leichter und besser, wenn wir ständig Tränen vergießen und immer wieder darauf eingehen. Wir befinden uns in einer wirklich sehr, sehr ernst zu nehmenden Auseinandersetzung. Von der HGAA wären an die Landesbank 2,3 Milliarden Euro an Darlehen zu zahlen. Österreich hat vor Gericht erkennbarerweise Probleme. Vor Gericht hat man immer dann Probleme, wenn plötzlich Befangenheitsanträge gegen alle gestellt werden. Dies hat die HGAA gemacht. Als man gemerkt hat, dass es immer schwieriger wird, hat man sogar ein Gesetz beschlossen, das besagt, dass diese Schuld nicht mehr besteht. Wenn dies ginge, wäre dies übrigens ein relativ einfaches Mittel zur Schuldentilgung. Jeder, der Schulden hat, könnte einfach ein Gesetz machen und festschreiben, dass die Schulden nicht mehr existieren.

Die Auseinandersetzung wird noch sehr ernst werden. Herr Güller, zunächst einmal geht es für die Landesbank um Probleme. Diese können sich dann auf uns auswirken, wenn es an Zahlungen mangelt. Ich sage Ihnen aber schon eines: Wir dürfen an dieser Stelle nicht einfach nachgeben und Angst haben. Auch der Bayerische Landtag muss – ich glaube, das macht er auch – die Entschlossenheit zeigen, dass wir den Freunden in Österreich nicht durchgehen lassen, dass sie quasi per Gesetz den Verpflichtungen, die sie zu leisten haben, einfach entgehen, meine Damen und Herren. Dagegen muss man vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt betrifft die Kommunen und das FAG. Mit 8,3 Milliarden Euro handelt es sich wirklich um ein Rekord-FAG. Wir müssen vor allem in die Rechnung einbezie-

hen, was wir im Vergleich zu anderen Ländern zusätzlich machen. Ich nenne beispielsweise den Breitbandausbau. Von den derzeit im Investitionsplan zugesagten 2 Milliarden Euro für den nationalen Breitbandausbau zahlen wir 1,5 Milliarden Euro. Dies ist eine kommunale Zuschusssache, meine Damen und Herren. Das gibt es nirgendwo sonst in Deutschland. Ich darf sagen: Das ist exzellent.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne auch die außerordentlich schwierige, an sich von den Kommunen zu leistende Gemeinschaftsaufgabe Asyl. Wer unterstützt in Deutschland? Der Präsident des Deutschen Städtetages und auch der Präsident des Bayerischen Städtetages sagen, wenn man Bayern mit den anderen Bundesländern vergleicht, ist es überhaupt keine Frage, dass der Freistaat Bayern hinsichtlich Asyl für seine Kommunen Bestmögliches leistet. Meine Damen und Herren, das sollten Sie auch einmal anerkennen. Wir nehmen uns immer selbst in die Pflicht, obwohl wir rechtlich nicht verpflichtet wären, wenn es darum geht, Schutzpatron für unsere bayerischen Kommunen zu sein. Da lassen wir uns von niemandem übertreffen.

(Beifall bei der CSU)

Man muss ehrlicherweise sagen, dass wir einen Entschuldungsfonds haben, nämlich mit den Stabilisierungshilfen. Dieses von mir und von uns gemeinsam initiierte Projekt startete ursprünglich mit 20 Millionen Euro, stieg auf 100 Millionen Euro und dann auf 120 Millionen Euro, Tendenz steigend. Die Mittel dienen zwar besonders, aber nicht nur zur Entschuldung. Sie eröffnen sogar den kleinen, extrem strukturschwachen Gemeinden die Chance, nicht nur Schulden zu tilgen, sondern sogar Investitionen zu tätigen, um etwas aus der Krise herauszukommen. Wir haben 169 Gemeinden, Städte und Landkreise, die in der diesjährigen Runde davon profitiert haben. Meine Damen und Herren, nach Oberfranken gehen 50 %. Im Landkreis Wunsiedel gehen an die Stadt, die Gemeinden und den Landkreis insgesamt 20 Millionen Euro. Wenn jemand sagt, wir würden den Schwächsten nicht helfen, dann ist er, ehrlich gesagt, nicht fair,

meine Damen und Herren. Kein Bundesland versucht so sehr wie wir, seinen strukturschwachen Gemeinden zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Da Sie immer noch nicht klatschen, Herr Wengert, was ich nicht verstehe, will ich Ihnen noch eine Chance geben, Ihre Weihnachtswünsche mit einem Weihnachtsklatschen zu verbinden. Ich möchte aus einem Brief zitieren. In dem Brief steht die ausdrückliche Erlaubnis, dass ich dies machen darf. Er stammt von jemandem, der nicht der parteipolitischen Familie der CSU angehört, ist also keiner, der loben müsste – das machen sie sowieso nicht.

(Zuruf von der SPD)

Dieser Kommunalpolitiker schreibt über die Zuweisungen der Stabilisierungshilfen: Bemerkenswert ist die Großzügigkeit des Freistaats Bayern bei den Stabilisierungshilfen.

(Zuruf von der SPD)

– Zuhören. Er schreibt weiter: Für uns ist es Ansporn, diese Hilfen zur Schuldentilgung einzusetzen und weiterhin auf Sparkurs zu bleiben. Vielen Dank für so viel wohlwollende Unterstützung. Herzliche Grüße, Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth. - Jetzt müssten Sie einmal klatschen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich habe noch 43 Minuten und 15 Sekunden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Dr. Jung ist der Ironie zugänglich! Das muss man auch einmal sehen!)

Nachdem aber alle zum Abstimmen da sind, möchte ich einen letzten Dank für viele gute und kluge Bemerkungen loswerden, für die besonders klugen Bemerkungen des

Kollegen Winter, des Kollegen Bachhuber und des Kollegen Herold. Ein herzliches Dankeschön!

Ich bedanke mich für die gute und kritische Zusammenarbeit. Normalerweise gibt es zum Schluss auch Weihnachtsgebete. Eines meiner Lieblingsgebete möchte ich zum Schluss vortragen – dies sollte auch für lange Debatten gelten. Es heißt: Lieber Gott, mach flott!

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich Ihnen ganz herzlich für die Zusammenarbeit. Ich glaube, wir leisten heute einen herausragenden Beitrag zur bayerischen Nachkriegsgeschichte. Dies ist wieder einmal ein historischer Moment in der europäischen Entwicklung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie sonst?)

Diesen sollten wir uns merken. Vielen Dank, alles Gute und gemeinsam viel Erfolg!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Söder, vor allen Dingen auch für die Zeit, die Sie uns geschenkt haben. Wie flott ich die Abstimmung vornehmen kann, liegt an Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich darf zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06 bekannt geben. Diese Bekanntgabe stand ja noch aus. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge,

soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FDP,

(Allgemeine Heiterkeit)

FREIE WÄHLER, Entschuldigung. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4430 verweise ich darauf, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3382 und 3383 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24. Hier werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 22. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/2870, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4383 mit 17/4385 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4667 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4383 bis 17/4385 abstimmen.

Besteht damit Einverständnis, dass wir zunächst, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, in einfacher Form über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4383 abstimmen und dass anschließend über die weiteren Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden kann? Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem FREIEN WÄHLER-Änderungsantrag auf der Drucksache 17/4383 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer hinsichtlich der übrigen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4258 und 17/4384 und 17/4385 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, das heißt, die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/4667. Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte. – SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015)".

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt bitte ich weiter um Aufmerksamkeit, damit man nach Möglichkeit nur einmal abstimmt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Das ist der Tagesordnungspunkt 23. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4263 mit 17/4276, 17/4335 mit 17/4348 und 17/4369 mit 17/4377 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4606.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/4377 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Besteht Einverständnis, dass ich drei Minuten sage? – Danke schön. Bitte, drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.28 bis 18.31 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich bitte wieder Platz zu nehmen, damit wir im Abstimmungsverfahren weitermachen können. - Meine Damen und Herren, ich kann erst abstimmen lassen, wenn alle ihren Platz wieder eingenommen haben.

Kolleginnen und Kollegen, wir führen zwischenzeitlich die beiden von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragten Einzelabstimmungen in einfacher Form über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4338 und 17/4344 durch. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Änderungsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/4338 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – CSU und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/4344 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FREIEN WÄHLER und die SPD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Ich unterbreche nun kurz, bis das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung vorliegt. Ich bitte Sie, solange auf Ihren Plätzen zu bleiben.

(Unterbrechung von 18.33 bis 18.34 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Ergebnis der durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es handelt sich um den Änderungsantrag der SPD betreffend "Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder", Drucksache 17/4377. Mit Ja

haben 38 gestimmt, mit Nein 86, Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4606 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge – soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist – als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 13)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 17/4606. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplanes 13 ist abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2015/2016, Tagesordnungspunkt 24. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 17/2871, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3710,

17/4158, 17/4259 und 17/4378 mit 17/4382 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/4669 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4259 und 17/4378 mit 17/4382 abstimmen.

Besteht damit Einverständnis, dass wir zunächst, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, in einfacher Form über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/4381 abstimmen und dass anschließend über die weiteren Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden kann? – Ich höre keinen Widerspruch. Ich lasse so abstimmen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/4381 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer hinsichtlich der übrigen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/4259, 17/4378 mit 17/4380 sowie 17/4382 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der SPD, FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/4669.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz angenommen. Es ist sozusagen ein Weihnachtsgeschenk der CSU-Fraktion, dass keine namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Kreuzer, wir danken dir! – Thomas Kreuzer (CSU): Der Zellmeier war's. Der hat die ganzen Namentlichen beantragt!)

Das Gesetz, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist somit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3710 und 17/4158 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage herzlichen Dank an das Hohe Haus. Damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf ein ganz herzliches Dankeschön zum Ausdruck bringen, nachdem wir uns jetzt in einer guten Gemeinsamkeit noch einige Minuten aufhalten. Ich danke herzlich für die intensiven Beratungen in den vergangenen Wochen im Haushaltsausschuss und in den zurückliegenden Tagen hier im Plenum. Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, besonders dem Vorsitzenden Peter Winter und dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib. Vielen Dank, lieber Herr Vorsitzender Winter, vielen Dank, Herr Kollege Halbleib.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke auch den Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n. Es war wirklich eine großartige Arbeit, die da geleistet worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf nur daran erinnern - diejenigen, die dem Hause länger angehören, wissen es -, dass es nicht unbedingt Tradition gewesen ist, dass der Haushalt noch beschlossen worden ist, bevor er im Grunde genommen in Kraft tritt. Dass wir zum Ende des Jahres den Haushalt 2015/2016 beschlossen haben, zeigt, dass dieses Hohe Haus diese besondere Herausforderung angenommen hat. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses für die intensive Arbeit, die hier im Bayerischen Landtag geleistet worden ist. Vielleicht können wir uns in Zukunft darauf verständigen, dass hier alle Kolleginnen und Kollegen ihr Bestes geben, einmal was die Arbeit hier im Hause betrifft, und zum anderen was die Arbeit in ihren Stimmkreisen und Wahlkreisen angeht. Alle nehmen ihre Verantwortung und ihre Aufgabe ernst. Ich danke allen dafür, vor allen Dingen auch unseren neuen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt ein Jahr diesem Hohen Hause angehören. Wir meinen, sie würden schon sehr viel länger dazugehören. Vor allem euch auch vielen Dank.

(Beifall bei der CSU, der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden hier im Bayerischen Landtag von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen. Das darf ich an einigen Zahlen deutlich machen. Ich nenne nur die Zugriffszahlen auf die Internetseite des Landtags. Rund 4.400 Bürgerinnen und Bürger greifen täglich auf unsere Webseite zu. Das sind im Übrigen täglich 500 mehr als im Jahre 2009. Da soll uns noch jemand sagen, dass man kein Interesse hat und dass man nicht ernst nimmt, was im Bayerischen Landtag geleistet wird. Wenn ich alleine daran denke, wie hoch die Anzahl der Petitionen ist, wird das offenkundig. Wir haben im Jahr 2014 bereits 1.900 Petitionen, die im Landtag von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen sind, die sich mit ihren Anliegen an uns gewandt haben. Ich will damit zum Ausdruck bringen, dass es an uns selbst liegt, was wir hier aus unserer Arbeit machen. Dieses Selbstbewusstsein sollten wir mit in das nächste Jahr nehmen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 23: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u. a. SPD; Haushaltsplan 2015/2016; hier: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drucksache 17/4377)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	38	86	11

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 22 bis 24

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

- I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015
(Drs. 17/2870)
- II. zum Einzelplan 13 und
(17/4606)
- III. zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)

- 1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4258
- 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4383
- 3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4384
- 4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015 (Drs. 17/2870)
Drs. 17/4385

II. Einzelplan 13 (Drs. 17/4606)

- 1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kein Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg
(Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 17/4263
- 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: so genannte „Fraktionsreserve“ streichen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/4264
- 3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine weiteren Zuschüsse an die Forschungsstiftung
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 17/4265

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern
(Kap. 13 06 Tit. 181 03)
Drs. 17/4266
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und 883 03)
Drs. 17/4267
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 17/4268
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4269
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm Energieagenturen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4270
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunale/r Klimaschutzmanager/in
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4271
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm barrierefreie Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4272
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/4273
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Krankenhausinvestitionskosten
(Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
Drs. 17/4274
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kein Ausbau des Flughafens Memmingen
(Kap. 13 12 TG 97)
Drs. 17/4275
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pensionsfonds aufstocken – versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 06 Tit. 325 51 und Kap. 13 20 Tit. 919 61)
Drs. 17/4276
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Gesundheitsmanagement
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4335

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbessertes Bayerisches Modernisierungsprogramm finanziell ermöglichen
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4336
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Bauunterhalt
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/4337
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/4338
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzzuweisungen nach Art. 7 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 17/4339
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/4340
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Überlassung von Mitteln aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für den kommunalen Straßenbau
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/4341
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Kommunaler Schulbau
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/4342
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4343
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4344
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Investitionskosten kommunale Krankenhäuser
(Kap. 13 10 TG 71 und TG 72)
Drs. 17/4345
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/4346
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunaler Schulschwimmbäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4347

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Pensionsfonds
(Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 17/4348
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Harald Güller u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Steuerermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 17/4369
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Streichung der Mittel
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/4370
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 17/4371
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/4372
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Schülerbeförderung zukunftsfähig machen
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/4373

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz
(Kap. 13 10 TG 72)
Drs. 17/4374
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/4375
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4376
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/4377

III. Haushaltsgesetz 2015/2016 (Drs. 17/2871)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4259
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
Drs. 17/4378

- | | |
|---|--|
| <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
Drs. 17/4379</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Haushaltspolitik stärker auf Regionen ausrichten
Drs. 17/4380</p> | <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter Schmerzensgeldansprüche
Drs. 17/4381</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2015/2016
(Drs. 17/2871)
hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
Drs. 17/4382</p> |
|---|--|

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 24.12.2014

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)